Moscheen als Mörderschmieden, Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 1 – 6. Januar 2017 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Nur durch massive Polizeipräsenz in Schach zu halten: „Nafris" an Silvester vor dem Kölner Hauptbahnhof

Bild: pa

Lösung heißt Rückführung

Dieses Silvester sollte endgültig jedem gezeigt haben, wer nicht hierher gehört

Trotz weniger Vorfälle hat sich das dramatische Scheitern der bisherigen Asylpolitik an Silvester erneut unübersehbar gezeigt.

Tausende Nordafrikaner konnten, wenn man den Berichten der Polizei folgt, nur durch massive Präsenz der Sicherheitskräfte davon abgehalten werden, zu Silvester ähnliche Szenen zu produzieren wie vor einem Jahr. Allein in Köln wurden mehr als tausend junge Männer aus dem Maghreb kontrolliert und aufgehalten sowie einige festgenommen.

Damit haben diese Asylsucher allen vor Augen geführt: Nicht nur, dass sie darauf pfeifen, sich jemals in unsere Gesellschaft zu „integrieren". Sie betrachten unser Land als verachtungswürdiges Feindesland, dem man es bei jeder sich bietenden Gelegenheit zeigen muss. Noch nie in der Geschichte von Zuwanderungsströmen hat sich eine Zuwanderergruppe derart skandalös gegenüber den Einheimischen aufgeführt. Zumindest nicht, ohne umgehend außer Landes gejagt zu werden.

Die Täter von Silvester 2015 aber haben, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Strafe erfahren. Das hat bei ihnen offenbar den letzten Rest von Respekt für unseren Staat und dessen Ordnung ruiniert, weshalb sie es mutmaßlich gleich noch einmal versuchen wollten.

> Schutz bei uns? Sie verhalten sich wie in Feindesland

Dass kaum jemand bestraft wurde, liegt daran, dass sexuelle Massenübergriffe im Schutze von Getümmel und Dunkelheit kaum nachzuweisen sind. Solchem Treiben steht ein Rechtsstaat, der auf den ethischen Grundlagen des zivilisierten Abendlandes fußt, daher weitgehend hilflos gegenüber.

Aus diesem Grunde ist es unmöglich, dass barbarisierte Horden, von wo auch immer, auf Dauer das Recht erhalten, in einem derart geordneten Gemeinwesen zu leben. Schon jetzt sind die Regeln des zivilisierten Zusammenlebens auf dem Rückzug, weil die Politik sich geweigert hat, unsere Grenzen zu schützen.

Die Politik reagiert bislang bloß mit dem Drehen an ein paar „Stellschrauben". Die einzige Lösung kann jedoch nur in einer massenhaften Rückführung jener Asylsucher liegen. Dabei sollte daran erinnert werden, dass Asyl- und Flüchtlingsstatus nie dazu gedacht waren, den Menschen Zutritt zu einer „neuen Heimat" zu gewähren. Sie sollen lediglich Schutz erhalten bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie in ihre eigene Heimat zurückkehren können.

Bei jenen Maghrebinern ist dieser Zeitpunkt: jetzt. In keinem ihrer Länder herrschen Krieg oder Regierungsterror. Also steht ihrer sofortigen Abschiebung faktisch nichts mehr im Wege. Wenn es gesetzliche Hürden gibt, dann sind diese von der Politik geschaffen worden und können von ihr ebenso abgeräumt werden.

An wirklich durchgreifende Maßnahmen aber wollen die politisch Verantwortlichen bislang noch nicht einmal laut denken. Solange wirkliche Einsicht bei ihnen aber keine Wurzeln schlägt und geeignete Schritte ergriffen werden, wird sich die Lage weiter zuspitzen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ausgespiegelt

Für gewöhnlich feiern Unternehmen ihre Gründungsjubiläen in 25er Schritten. Nicht so das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel". Der zelebriert dieser Tage mit einem gigantischen PR-Feuerwerk seinen 70. Geburtstag. Wahrscheinlich, weil die „Spiegel"-Macher selbst nicht mehr daran glauben, dass ihr „Scheißblatt", wie Willy Brandt den „Spiegel" einmal titulierte, in fünf Jahren, wenn der 75. zu feiern wäre, in dieser Form überhaupt noch existieren wird. Denn das ehemalige Leitmedium verkauft sich so schlecht wie nie.

Kein Wunder, denn das einstige „Sturmgeschütz der Demokratie" hat schon lange seinen Nimbus und sein Alleinstellungsmerkmal verloren. Statt exklusiven, seriösen und investigativen Journalismus zu bieten, langweilt der „Spiegel" seine Leser mit einem lauwarmen Themenallerlei. Vorbei die Zeit, als man sich deshalb noch über den „Focus" lustig machen konnte. Mussten die Regierenden früher den „Spiegel" fürchten, können sie sich heute auf ihn verlassen. Gerade zum Thema „Flüchtlinge" gibt es hier nichts zu lesen, was so nicht auch im Bulletin des Bundespresseamtes stehen könnte. Der „Spiegel" ist ein fester Bestandteil des Kartells der gleichgeschalteten Staats- und Konzernmedien geworden.

Früher griffen auch die Freunde des geschliffenen Wortes gern zum „Spiegel". Doch mittlerweile gibt es statt der zwar selbstgefälligen, aber geistreichen und bissigen „Spiegel"-Schreibe nur oberlehrerhaftes, geistloses Geschwätz, aufgelokkert durch verbale Ausfälle gegen alles, was nach Ansicht der Redaktion „rechts" ist.

Wäre der „Spiegel" immer noch das „Scheißblatt", das er zu Zeiten Brandts war, hätte er weiter seine Existenzberechtigung.

Wohin wird Donald Trumps Chinapolitik führen?

Ökonom der Universität Hongkong prognostiziert: »Das wahrscheinlichste Ergebnis ist ein Wirtschaftskrieg«

So eindeutig der gewählte Präsident Donald Trump gesonnen ist, die Politik der USA gegenüber der Russischen Föderation zu ändern und einen friedlichen Weg einzuschlagen, so unerbittlich verhält er sich zumindest vorerst gegenüber der Volksrepublik China.

Ob Trump sich und seinem Land mit letzterem einen Gefallen erweist, ist mehr als zweifelhaft, schließlich stehen die Dinge für die USA in Südostasien nicht zum Besten. Immer mehr Länder der Region quittieren ihre guten Beziehungen zu Washington und wenden sich Peking zu. Mit einem politisch derart gestärkten Widerpart aber sollten die USA sorgsam umgehen.

Dies gilt umso mehr, als Chinas Stärke nicht nur politischer Natur ist. Das wirtschaftliche Potenzial des Riesenreiches hat große Bedeutung für alle anderen gewichtigen Wirtschaftsräume dieses Globus, nicht zuletzt auch für die EU, wo man gut daran tut, die Beziehungen der USA zu China aufmerksam zu beobachten. Dazu schreibt die renommierte US-Agentur für Wirtschaftsnachrichten Bloomberg, es könne im neuen Jahr durchaus zu einem Handelskrieg zwischen China und den USA kommen, aus dem China als Sieger hervorgehen würde. Dabei zitiert die Agentur einen Ökonomen der Universität Hongkong, James Wong: „Die Kräfteverteilung in der Welt ist jetzt ungewisser als Anfang des 20. Jahrhunderts. Akteure wie China und Indien haben neue politische Anziehungszentren gebildet. Zugleich wird die entwickelte Welt sowohl von einer wirtschaftlichen als auch politischen Lähmung getroffen. Das wahrscheinlichste Ergebnis ist ein Wirtschaftskrieg."

> »Wir haben schon einen Handelskrieg«

Trump wiederum hatte schon während des Wahlkampfes in den USA Peking vorgeworfen, den Devisenmarkt im eigenen Interesse zu manipulieren, und angekündigt, er werde sich für Importzölle auf chinesische Waren in einer Höhe von 45 Prozent einsetzen. „Wir haben schon einen Handelskrieg", so Trump, „und wir verlieren ihn."

Die chinesischen Medien antworteten mit großem Kaliber, was in China so nicht ohne oberhirtliche Zustimmung möglich ist. Die „Global Times" schrieb schon vor der US-Wahl: „Der Aufstieg eines Rassisten auf den amerikanischen politischen Olymp würde nichts Gutes versprechen", und setzte hinzu, auch Adolf Hitler und Benito Mussolini seien durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen. Dieser Hinweis ist für jeden US-Amerikaner eine gewollte Beleidigung.

Trump seinerseits setzt auf das Prinzip des früheren Präsidenten Ronald Reagan, das im Schlagwort vom „Frieden durch den Vorteil der Stärke" zusammengefasst ist. Daher will er die Militärausgaben der USA massiv erhöhen und unter anderem die Zahl der Kriegsschiffe von 274 auf 350 aufstocken. Da diese Aufrüstung hauptsächlich die Pazifikflotte berührt, dürfte es den Chinesen schwerfallen, darin eine Maßnahme für den Frieden zu erblicken. Jedenfalls sah sich Peking vor Kurzem zu einer Machtdemonstration veranlasst. Erstmals passierte der chinesische Flugzeugträger „Liaoning" in einer Flottille von fünf weiteren Schiffen die Japanische See und operierte im Pazifischen Ozean. Dabei drang die chinesische Einheit bis in die Nähe des US-Marinestützpunktes Okinawa vor. Für Washington ist damit klar, dass die Grenze der USA zu China nicht mehr an der chinesischen Küste verläuft, sondern mitten im Pazifik.

Mit Interesse betrachtet man das beispielsweise im russischen Institut für Fernost-Studien. Direktor Wasilij Kaschin sagt: „Für Russland wäre das günstig, weil Trumps Aktionsprogramm für Asien nur durchgeführt werden kann, wenn die Amerikaner in anderen Regionen nicht mehr so aktiv vorgehen." Dann nämlich wäre Russland der lachende Dritte, ohne einen Handstreich. *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Bundestag als Vorbild

Brüssel – Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben weitreichende Änderungen von dessen Geschäftsordnung beschlossen – und sich dabei an der Praxis des Deutschen Bundestages orientiert. Damit wollen sie erklärtermaßen die Effizienz der parlamentarischen Arbeit steigern und transparenter machen. Zudem versprechen sie sich angeblich eine Stärkung des Parlaments als Kontrollinstrument der Kommission. Zukünftig kann eine parlamentarische Anfrage nur noch mit der Unterstützung eines Ausschusses, einer Fraktion oder von mindestens fünf Prozent aller Abgeordneten eingereicht werden. Außerdem wird es sowohl eine kleine Anfrage als auch eine große Anfrage mit Aussprache geben. Durch die Reduzierung der Fragen erhofft sich das Parlament erklärtermaßen eine Qualitätssteigerung der Antworten der Kommission. Außerdem gibt es Regeln für mehr Transparenz im Umgang mit Lobbyisten und härtere Strafen für verbale Entgleisungen im Plenum. *J.H.*

Fast 140000 ausgewandert

Berlin – Im Jahre 2015 sind rund 138000 Deutsche ausgewandert. Das waren sieben Prozent weniger als im Jahr davor, wie aus dem erst jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Migrationsbericht 2015 hervorgeht. Darin wird ausgeführt, dass in den 1970er Jahren noch konstant zwischen 50000 und 65000 Deutsche jedes Jahr fortgezogen sein. Seit 1989 sei die Zahl der Auswanderer dann auf mehr als 100000 pro Jahr gestiegen, bis sie 2008 mit rund 174000 den höchsten Stand seit 1954 erreicht habe. Bei den fortziehenden Deutschen handelt es sich nach Angaben der Bundesregierung einerseits um Auswanderer, die dauerhaft in ein anderes Land ziehen, zum anderen um „temporäre Abwanderer“ wie etwa Techniker, Manager, Kaufleute, Ärzte, Rentner oder Studenten, die nach einiger Zeit wieder zurückkommen. Hauptzielland der deutschen Auswanderer war 2015 die Schweiz mit einem Anteil von 13,2 Prozent, gefolgt von den USA mit 9,7 Prozent. *J.H.*

Aufgeblähtes Parlament

Berlin – Der Bund der Steuerzahler bleibt bei seiner Forderung nach einer Reform des Bundeswahlrechts. Seine Kritik richtet sich gegen die Zahl der Bundestagsabgeordneten. Mit der Bundestagswahl im Herbst könnte diese von aktuell 630 auf etwa 700 steigen. Die Sollgröße des Parlaments liegt jedoch bei lediglich 598 Sitzen. Grund für die Übergröße sind die sogenannten Überhangmandate. Diese entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erhält, als ihr eigentlich gemäß der Anzahl der Zweitstimmen zustehen. Seit der Wahlrechtsreform im Jahr 2013 werden diese zusätzlichen Sitze einer Partei bundesweit durch Zusatzmandate für andere Parteien ausgeglichen. Sollten nach der nächsten Wahl tatsächlich sieben Parteien ins Parlament einziehen, würde dies den Anteil der Zweitstimmen von Union und SPD weiter verringern. Da diese beiden Parteien jedoch die meisten Direktmandate erhalten, würde das zu einem Anstieg der Überhangmandate führen. Ein Plus von beispielsweise 70 Parlamentariern bedeutet laut Steuerzahlerbund einen Mehraufwand von jährlich mindestens 94 Millionen Euro. *J.H.*

Syrien-Troika ohne Weltmacht USA

Russland und Türkei bereiten Friedensverhandlungen in Astana vor – Obama will Söldner aufrüsten

Die Rückeroberung Ost-Aleppos und die Verdrängung des IS mit russischer Hilfe hat die Lage in Syrien deutlich verändert. Die islamischen Terroristen des IS haben strategisch wichtige Territorien verloren, und Friedensverhandlungen haben erstmals wieder eine vage Chance.

Noch vor Jahresende hatten Russland und die Türkei eine landesweite Waffenruhe zwischen Regierung und Opposition in Syrien ausgerufen. In der zweiten Januarhälfte wollen sich nun Wladimir Putin, sein iranischer Amtskollege Hasan Rouhani und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan in der kasachischen Hauptstadt Astana mit Vertretern der syrischen Opposition und der Regierung treffen, um bei Friedensverhandlungen zu vermitteln. Wie gut die Chancen dafür stehen, hängt nicht nur von den Konfliktparteien selber, sondern auch von der neu gebildeten geopolitischen Troika „Russland-Türkei-Iran“ und ihren jeweiligen Interessen ab und davon, inwieweit es den USA gelingt, Störfeuer gegen die Friedensverhandlungen zu legen. Darüber ist sich Putin im Klaren: „Die erzielten Vereinbarungen sind fragil. Sie brauchen besondere Aufmerksamkeit und Begleitung, um sie zu erhalten und zu entwickeln“, gab er zu bedenken.

Während Moskau und Teheran eher gleiche Ziele verfolgen, hat Ankara zuvor die oppositionelle Syrien-Allianz unterstützt. Die Ablehnung des Westens von Erdogans rigiden Maßnahmen nach dem Putschversuch in der Türkei hat den türkischen Machthaber an den Verhandlungstisch mit Russland und dem Iran gebracht. Die Einigung mit der türkischen Seite über Aleppo war eines der erfolgreichsten Manöver der russischen Diplomatie. Denn Ankara hatte zunächst die Aufständischen im Osten Aleppos unterstützt und die syrischen Kurden bekämpft, um ein Bündnis mit den Kurden im eigenen Land zu verhindern.

Russland wird seine Militärbasen in Syrien behalten, um den Einfluss der anderen sunnitischen arabischen Länder und der der USA in der Region zu begrenzen, wohingegen der Iran Syrien dazu nutzen wird, seine Bedeutung im arabischen Nahen Osten zu erweitern. Ob diese Troika von Bestand sein wird, muss sich noch zeigen. Sicher hat sie bisher schon gezeigt, dass es möglich ist, Verhandlungen von geopolitischer Bedeutung ohne die USA zu führen.

Der scheidende US-Präsident Barack Obama ist mit dieser Entwicklung alles andere als zufrieden, was er mit neuen Verbalattacken und Sanktionen gegen Russland zum Ausdruck bringt. Weil russische Hacker sich angeblich in die US-Wahl eingemischt haben und nun laut Angaben des Geheimdienstes CIA bei einem Stromversorger eingedrungen sein sollen, schickte Obama 35 russische Diplomaten samt ihren Familien nach Hause. Anstelle der erwarteten Retourkutsche reagierte Putin mit einer Einladung. Er bot Kindern von US-Diplomaten an, am Neujahrs- und Weihnachtsfest im Kreml teilzunehmnen.

Russland verfügt derzeit über die Lufthoheit in Syrien und ist nach dem Sieg gegen die Söldner in Aleppo in einer militärisch besseren Position. Bei der Aushandlung der Waffenruhe in Aleppo fungierten Russland und die Türkei als Garantiemächte. Der oppositionelle Syrische Nationalrat (SNC) rief alle Rebellengruppen auf, sich an die Abmachung zu halten. Obama kündigte an, mit islamischen Söldnern weiter gegen das Assad-Regime aufzurüsten.

> Putin: Verbalattacken in Richtung Obama, Grüße an Trump

Im seit 2011 andauernden Bürgerkrieg sind Friedensbemühungen unter Leitung der Vereinten Nationen, an denen Russland, die Türkei, der Iran, die USA, regionale Mächte und europäische Staaten beteiligt waren, dagegen mehrfach gescheitert. Erst im Oktober hatte der US-Außenminister John Kerry den Dialog mit Moskau über eine Waffenruhe abgebrochen, weil er Russland beschuldigte, sich nicht an die Verpflichtungen zu halten. Putin wich keinen Zentimeter zurück und setzte seinen Weg alleine fort mit einem für ihn positiven Ergebnis.

Immer mehr Länder rücken von US-geführten Isolationsversuchen Russlands ab. Vor wenigen Tagen deutete Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg einen markanten Kurswechsel bei der Militär-Allianz an: Demnach wird Russland nicht mehr als unmittelbare Gefahr gesehen.

Obamas designierter Nachfolger Donald Trump warnt davor, den US-Geheimdiensterkenntnissen zu viel Gewicht beizumessen. Russland die Schuld für die Cyber-Attacken zu geben, ohne Beweise dafür zu haben, hält er für ungerecht. Trump erinnerte daran, dass die US-Geheimdienste vor dem Krieg gegen den Irak die Behauptung aufgestellt hatten, dieser verfüge über Massenvernichtungswaffen. Die daraufhin beschlossene Invasion sei ein „Desaster“ gewesen. Dieser Einschätzung pflichtete Craig Murray, ehemaliger US-Botschafter in Usbekistan und WikiLeaks-Mann, bei. Dass die „Washington Post“ und die CIA von russischen Hackern sprächen, aber niemand verhaftet wurde, deute darauf hin, dass die Behauptung frei erfunden sei.

Trump sieht Russland als geopolitischen Gewinner des Jahres und lobt Putin als „schlauen“ Mann. Beobachter gehen davon aus, dass Trump der Konfrontation zwischen Moskau und Washington ein Ende bereiten wird, wenn er sein Präsidentenamt antritt. Er hat bereits angekündigt, viele Entscheidungen Obamas zurückzunehmen. Während des Wahlkampfs sprach Trump außerdem davon, eine Entideologisierung der US-amerikanischen Außenpolitik betreiben zu wollen. Das beinhaltet auch die Absage an Regimewechsel, wie sie in Syrien und bei der Arabellion angezettelt wurden. CIA-Agenten und sogar CIA-Direktor John Brennan haben eingeräumt, in Syrien eine militärische Rolle gespielt zu haben.



Geben sich als Garanten von Friedensbemühungen: Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan Bild: pa

Was sich im Nahen Osten aktuell andeutet, ist nicht nur die Bildung einer neuen Syrien-Allianz ohne die Weltmacht USA, sondern eine Korrektur der geopolitischen Ordnung, weg von einer von den USA dominierten Weltordnung hin zu einer bi- oder multipolaren unter Beteiligung mehrerer Akteure.

Die USA, die den Fehler begangen haben, sich nach dem Zerfall der Sowjetunion als Sieger über das „schlechte System“ des Kommunismus aufzuführen, bekommen nun zu spüren, dass die kapitalistische Demokratie Risse bekommen hat und diese nicht beliebig fremden Ländern, die eine andere Entwicklung genommen haben als die westliche Welt, übergestülpt werden kann. Trump scheint das verstanden zu haben.

Manuela Rosenthal-Kappi

Der Feind meines Feindes ist mein Freund

Israel liefert Irans ölreichem Nachbarn Aserbaidschan sein Raketenabwehrsystem »Iron Dome«

Als der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu vergangenen Monat Aserbaidschan besuchte, war Yossi Cohen, der Chef des mächtigen israelischen Geheimdienstes Mossad, nicht Mitglied seiner Delegation. Aber auch ohne seine Anwesenheit spielen Cohen und sein Dienst eine wichtige Rolle hinter den Kulissen und zementieren die strategische Allianz zwischen Israel und Aserbaidschan. Netanjahus Besuch umfasste ein Treffen mit Präsident Ilham Alijew. Seit 25 Jahren unterhalten die beiden Staaten diplomatische Beziehungen, und beide Politiker waren sich einig, dass diese weiter ausgebaut werden sollen. Es ist eine ungewöhnliche Allianz zwischen einer muslimischen Nation und dem jüdischen Staat. Mit wenigen Ausnahmen – Ägypten, Jordanien, die Türkei und Zentralasien – haben muslimische Nationen keine diplomatischen Beziehungen mit Israel.

Aserbaidschan grenzt im Süden an den Iran. Wie der Iran ist es überwiegend schiitisch, aber im Gegensatz zu diesem ist es kein Mullah-Staat, sondern hat eine weltliche und prowestliche Regierung. Im Iran gibt es eine Provinz, die sich „Aserbaidschan“ nennt, und deren Bevölkerung den Bewohnern des gleichnamigen Nachbarstaates sprachlich und kulturell näher steht als dem Gottesstaat. Von daher gibt es historische, diplomatische und territoriale Streitigkeiten zwischen Aserbaidschan und dem Iran, dessen größte Minderheit die aserische Bevölkerung ist. Im Laufe der Jahre wurde Aserbaidschan, das 1991 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion seine Unabhängigkeit erklärte, als Folge seiner geostrategischen Position allmählich zum engen Verbündeten Israels. Die Allianz basiert auf dem alten Diktum, dass der Feind meines Feindes mein Freund sei. Der Iran wird von Israel als sein gefährlichster Feind betrachtet. Im Jahre 2014 konnte der Iran eine von Aserbaidschan aus gestartete israelische Drohne über seinem Staatsgebiet abschießen.

> Dass das moslemische Aserbaidschan und das christliche Armenien Erzfeinde sind, ist für den Judenstaat zweitrangig

Seit fast einem Jahrzehnt verkauft Israel heimlich Waffen an Aserbaidschan. Der gesamte Umfang der Transaktionen wurde nie veröffentlicht. Aserbaidschan will die Waffen für mögliche Auseinandersetzungen mit Armenien über die umstrittene, von Armenien besetzte Region Bergkarabach sowie um den Iran abzuschrecken. Laut dem aserbaidschanischen Verteidigungsminister Jamalow wurde ein Vertrag im Umfang von fünf Milliarden US-Dollar zwischen den beiden Staaten über die Lieferung des israelischen mobilen Raketenabwehrsystems „Iron Dome“ (Eisenkuppel) unterzeichnet. Bereits bei dem im April wieder aufgeloderten Konflikt um die armenische Enklave Bergkarabach bildeten von Israel gelieferte Drohnen die stärksten Waffen des aserischen Gegners, der den Armeniern die größten Verluste zufügte.

Nicht weniger überraschend war die Aussage von Präsident Alijew, dass sein Land an Israel Rohöl verkaufe. Er fügte hinzu, dass er daran interessiert sei, den Handel zwischen den beiden Staaten zu „diversifizieren“. Netanjahu folgte mit der Bestätigung, dass fast die Hälfte der israelischen Ölimporte aus Aserbaidschan stamme. Das sind 40 Millionen Barrel Rohöl im Wert von 1,5 Milliarden US-Dollar. Netanjahu lobte die Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den beiden Ländern. Er sagte, dass in der großen „Dunkelheit“ in einigen Teilen der Welt, nicht zuletzt im Nahen Osten, die Beziehung ein Beispiel für die Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen Israel sowie der muslimischen und arabischen Welt sei.

Verraten fühlen sich dagegen die Aserbaidschan benachbarten Armenier, eigentlich ein viel älterer Verbündeter Israels in der Region. Armenien ist mit Georgien der einzige christliche Staat in dieser außer dem jüdischen Israel mehrheitlich muslimischen Region, in der sich die große Mehrheit der gegenwärtigen gewaltsamen Konflikte der Erde konzentriert. Die Armenier im Osmanischen Reich waren vor über 100 Jahren die ersten Opfer des ersten Völkermordes im 20. Jahrhundert. Viele glauben, dass dieser Völkermord zwei Jahrzehnte später Adolf Hitler das Drehbuch zum Holocaust an den Juden geliefert hat. Während der Shoah haben viele Armenier in Frankreich, Belgien und Polen verfolgten Juden geholfen und sie gerettet. Doch trotz immensen Drucks gewisser Parteien in Israel gehört der Judenstaat bis heute nicht zu den fast 30 Staaten, die den Völkermord an den Armeniern offiziell anerkannt haben.

Das Waffengeschäft mit Aserbaidschan wird in Armenien auch mit dem Argument heftig kritisiert, dass die Menschenrechtslage in Aserbaidschan sehr viel schlechter sei als in Armenien. Armenien wirft Aserbaidschan vor allem vor, einem in Ungarn verurteilten aserbaidschanischen Mörder von fünf armenischen Soldaten nach seiner Freilassung in Aserbaidschan zum Nationalhelden erklärt zu haben. Als dieser während einer gemeinsamen Nato-Übung fünf armenische Soldaten ermordete, hatte er „Allahu Akhbar“ gerufen.

Bodo Bost

Höllische Orte

Deutschlands Moscheen gelten als Brennpunkte der Radikalisierung – Ihre Geldgeber sitzen im Ausland

Der bedingungslose Glaube an Allah treibt die IS-Terroristen zu ihren Mordtaten. Fast alle wurden in Moscheen angestachelt und fanatisiert. Für viele Islamexperten sind die moslemischen Gotteshäuser Zentren des Dschihad.

Wie fühlt man sich, wenn man am Steuer eines 40-Tonners als Todesengel durch einen Weihnachtsmarkt rast? Wie ist es, wenn grässliche Geräusche in die Fahrerkabine dringen? Wenn die Reifen über lebende Körper rollen? Um so etwas durchzuziehen, muss man vollkommen abgestumpft sein – oder sehr fromm. Wer Allah bei so einer „schweren Prüfung“ in seiner Nähe weiß, wird die Kuffar, die Gottesleugner, die Ungläubigen, zu töten wissen. Tiefer Glaube lässt Menschen 40 Jahre lang das gelobte Land Kanaan suchen. Er lässt sie im Kolosseum des antiken Rom klaglos zur Löwenbeute werden oder – durchdringen von einem Gott der Gewalt – im modernen Berlin entsetzliche Mordtaten begehen.

Anis Amri, der tunesische Lkw-Schlächter, war tiefreligiös – natürlich. Wer die IS-Täter auch nur ansatzweise verstehen will, muss die „Fake-News“ der Mainstream-Medien über den angeblichen Gegensatz zwischen Islam und radikal-islamischem Terror ausblenden. Die IS-eigene Hochglanzzeitschrift „Dabiq“ – ja, auch so etwas gibt es, und es ist problemlos im Internet einsehbar – erklärt uns den Terror in der blumigen Sprache des Koran und ruft zur intensiven Zwiesprache mit Allah in den Gotteshäusern des Islam auf. Schließlich, so heißt es im Koran, ist das Gebet in der Gemeinschaft 25-mal so viel wert, wie eines, das zu Hause abgehalten wird.

So war auch Anis Amri ein fleißiger Moscheegänger. In der Berliner Fussilet-Moschee an der Perleberger Straße – nur wenige hundert Meter entfernt kaperte Amri den Lkw – soll er ein Stammgast gewesen sein. Auch auf Reisen war ihm die Gemeinschaft der Gläubigen wichtig. Allein in Dortmund besuchte er zwölf Gotteshäuser, fanden Ermittler heraus. In einigen leitete er sogar die rituellen Gebete.

Deutschlands Moscheen sind Planungszentren des Dschihad. Es sind Mörderschmieden, IS-Rekrutierungsbüros und höllische Orte, in denen Menschen sich einem Gott der Gewalt und des Hasses anheimgeben. „Hier findet die Radikalisierung statt“, heißt es auch in offiziellen Verlautbarungen des Verfassungsschutzes.

Natürlich gilt dies nicht für alle der etwa 2600 muslimischen Gotteshäuser hierzulande. Nur etwa 90 von ihnen stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die anderen? „Friedliche Orte des Gebets und der spirituellen Betreuung, sowie gleichermaßen soziale Treffpunkte, Bildungsstätte und Anlaufstellen, die ihren Besuchern praktische Lebenshilfe bieten“, formulieren es die Macher einer Studie über „Islamisches Gemeindeleben in Berlin“ harmlos. Das Gemeindeleben sei vor allem in der Form von eingetragenen Vereinen organisiert. „Mithilfe dieser Organisationsstruktur können Imame beschäftigt, religiöse Grundbildung für muslimische Kinder und Jugendliche angeboten und Gebetsräume zur Verfügung gestellt werden.“

Unterschieden wird grundsätzlich zwischen den repräsentativen Freitagsmoscheen und den einfa-

Terror in der blumigen Sprache des Koran

chen Mescit, die oft auch Hinterhofmoscheen genannt werden. Viele Gebäude dienten ursprünglich anderen Zwecken, denn der Bedarf ist groß. Mit der Asylflut der letzten Jahre ist die Zahl der Moslems in Deutschland auf etwa fünf Millionen angewachsen. Im hessischen Hanau wurde 2015 ein ehemaliger Aldi-Markt umgebaut. 2013 wurde aus der evangelisch-lutherischen Kapernaum-Kirche im Hamburger Stadtteil Horn das islamische Al-Nour-Zentrum. Als eines der größten islamischen Gebetshäuser gilt derzeit die Duisburger Merkez-Moschee, die 1200 Gläubigen Platz bietet und ihre Umgebung, das berüchtigte Problemviertel Marxloh, mit einem 34 Meter hohen Minarett beherrscht. Noch imposanter soll die Ditib-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld werden. Die Eröffnung ist für 2017 geplant. Auf 55 Metern Höhe wird der Muezzin fünf Mal am Tag die Gläubigen zum Gebet rufen.



Centrum-Moschee in Schleswig-Holstein: Dem Gebetshaus werden enge Verbindungen zur radikal-islamischen Milli-Görüs-Bewegung nachgesagt *Bild: pa*

Gottesfürchtige Menschen werden sich einfinden, um hier und anderswo den Predigten zu lauschen. Viel zu viele verlassen die Moscheen danach als potenzielle Gotteskrieger. Dabei sind es nicht nur die sogenannten Hassprediger, die als eine Art islamischer Popstars mit eingängigem Mix aus Fanatismus und Mordgedanken durch die Gotteshäuser touren. „In den Moscheen werden Erziehung und Sozialarbeit auf der Basis eines anderen Wertesystems, nämlich der Scharia geleistet. So können große Teile der Kinder und Enkelkinder der muslimischen Migranten weiterhin gegen unsere Gesellschaft erzogen werden“, warnte der im Libanon geborene Berliner Islamwissenschaftler Ralph Ghadbhan jüngst im „Focus“. Abdel-Hakim Ourghi, ein Freiburger Islamwissenschaftler mit algerischen Wurzeln, spricht vom massiven Beitrag, den Moscheen und Moscheeverbände zur islamischen Radikalisierung leisten: „Sie führen die jungen Muslime gewissermaßen auf diesen Weg. Ein entscheidender Faktor ist der Umstand, dass sie durch ihr Wirken eine enorme Kluft zwischen einer modernen und einer konservativ-religiösen Identität herstellen. So findet eine Art Vorradikalisierung statt.“

Hassprediger als islamische Popstars auf Tournee

Ourghi fordert unter anderem eine strikte Kontrolle der „ferngesteuerten“ Moscheen. Tatsächlich stammt ein Großteil des Geldes, mit dem die Gotteshäuser unterhalten werden, aus dem Ausland. Dies trifft vor allem auf die Ditib zu, die „Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion“. Sie ist der deutsche Arm des türkischen Religionsministeriums. Die Imame ihrer knapp 1000 Moscheen sind Staatsbeamte, die von Ankara entsandt und bezahlt werden – Gehalt: 5000 bis 6000 Euro pro Monat. Ditib-Imame vertreten einen staatsoffiziellen türkischen Islam und kommen in der Regel für fünf Jahre. „Der deutschen Lebenswirklichkeit sind sie völlig fremd“, weiß Susanne Schröter, die Leiterin der „Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam“. In Ditib-Broschüren wird auch schon mal der Märtyrertod verherrlicht und die Vielweiberei angeraten.

Arabischsprachige Moscheen werden wohl vielfach aus Saudi-Arabien, Kuwait und Katar finanziert. Die Öl-Scheichs aus Nahost vertreten eine noch extremere Ausrichtung ihrer Religion als die türkischen Glaubensbrüder. Die großzügigen Spender werden erwarten, dass die Empfänger eben diesen Steinzeit-Islam auch in Deutschland verbreiten. Besonders den extremistischen Salafisten soll ihr Geld zugutekommen, heißt es.

Die Islam-Finanziers zweifelsfrei zu benennen, ist allerdings schwer. „Das ist ein Feld, über das nicht gerne geredet wird. Verbände und Moscheegemeinden tun einen Teufel, das offenzulegen“, sagt die Expertin Susanne Schröter. Zur Verschwiegenheit kommt zuweilen eine große Vergesslichkeit hinzu. An den Vorbeter Anis Amri kann sich niemand mehr in den Dortmunder Moscheen erinnern. *Frank Horns*

MELDUNGEN

»Flucht« aus sicheren Ländern

Berlin – Die Zahl der Asylsuchenden aus Afghanistan, dem Irak und aus Pakistan ist deutlich angestiegen. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge lag die Zahl der Asylantragsteller aus Afghanistan in Deutschland im Jahr 2001 bei 11421, im Jahr 2007 bei 574 und schließlich 2015 bei 31902. Ähnlich war die Entwicklung bei Antragstellern aus Pakistan: Von einem Hochstand mit 1802 Antragstellern im Jahre 2001 sank diese Zahl auf 397 in 2008 und stieg bis 2015 wieder auf 8472. Im Fall des Irak lag die Zahl der Antragsteller 2001 bei 17708, drei Jahre später bei 1440 und im Jahre 2015 bei 31379. Alle drei Länder werden von der Bundesregierung und der EU mittlerweile als sichere Herkunftsländer eingestuft. *J.H.*

Terroropfer gehen leer aus

Berlin – Die Opfer und Angehörigen der Toten des Terroranschlags von Berlin bekommen keine finanziellen Zuwendungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG), weil der Angriff mit einem Lkw erfolgte. In Paragraf 1 Absatz 11 des Gesetzes heißt es nämlich: „Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf Schäden aus einem tätlichen Angriff, die von dem Angreifer durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeuges oder eines Anhängers verursacht worden sind.“ Roland Weber, Opferbeauftragter des Landes Berlin, erklärte gegenüber der „Berliner Morgenpost“, das Opferentschädigungsgesetz sei eigentlich prädestiniert, den in diesem Fall Betroffenen finanzielle Unterstützung zu gewähren, doch es gebe „fatale Lücken“. Für Weber ist es „ein Unding, dass ausgerechnet den Opfern und Angehörigen der Opfer dieses terroristischen Anschlages nach dem OEG nicht in der gebotenen Weise geholfen werden“ kann. Die Angehörigen des ermordeten polnischen Lkw-Fahrers hingegen können auf eine Zahlung hoffen, da bei dessen Tötung nicht der Lkw, sondern eine Schusswaffe das Tatwerkzeug war. *J.H.*

Zeitzeugen



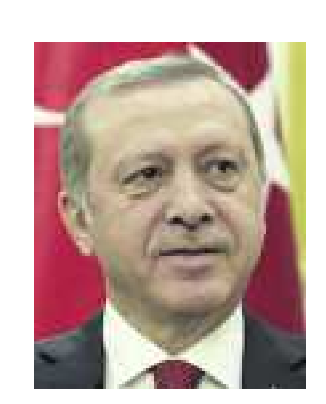
Atatürk – Der unter dem Ehrentitel Atatürk, Vater der Türken, bekannte Mustafa Kemal Pascha (1881–1938) gründete 1923 die türkische Republik. Sein zunächst demokratisches Regime driftete schon 1926 in die Diktatur ab. Mit seinen Reformen drängte Atatürk den Einfluss des Islam auf Staat und Gesellschaft radikal zurück.

Ismet Inönü – Atatürks enger Weggefährte und Nachfolger Ismet Inönü (1884–1973) führte 1945 das Mehrparteiensystem ein und verlor daraufhin 1950 per Abwahl das Präsidentenamt. Von 1961 bis 1965 fungierte er noch einmal als Ministerpräsident. In der Wahrnehmung steht er als „Mann nach Atatürk“ zwar im Schatten des legendären Republikgründers. Tatsächlich aber war es erst Inönü, der die Türkei zur vollgültigen Demokratie machte.



Kenan Evren – Um das Land vor Anarchie zu retten, putschte sich General Kenan Evren (1917–2015) 1980 an die Macht. Zwei Jahre später stellte er die Demokratie wieder her, blieb aber bis 1989 Staatspräsident. Wegen des Umsturzes verklagten ihn die Erdogan-Regierung und das Parlament 2010. 2014 wurde Evren zu lebenslanger Haft verurteilt, die er wegen Krankheit und aufgrund seines hohen Alters aber nicht mehr antreten musste. Beim Putsch kam es zu schwersten Menschenrechtsverletzungen.

Necmettin Erbakan – Necmettin Erbakan (1926–2011) war während des Evren-Putsches in Haft. Seit 1982 frei und seit 1987 wieder politisch aktiv, betrieb er die politische Islamisierung der Türkei. 1996 wurde er Ministerpräsident, musste aber schon 1997 auf Druck des Militärs zurücktreten, was als „unblutiger Putsch“ bezeichnet wurde.



Recep Tayyip Erdogan – Erdogan (geb. 1954) wurde 1984 Bürgermeister von Istanbul und saß seitdem auch im Vorstand der Partei Erbakans. Als Stadtoberhaupt erwarb er sich Ansehen als zupackender Problemlöser und Modernisierer der Infrastruktur. Dass er dahinter stets seine radikalislamischen Ziele als Anhänger der Scharia verfolgte, wurde international lange Zeit kaum angemessen wahrgenommen. Das hat sich geändert.

Das Ende einer Demokratie

Dieses Jahr dürfte Erdogans radikal-islamischer »Zug« in den Bahnhof einlaufen

Eigentlich hätte die Welt schon seit bald 20 Jahren wissen können, worauf Recep Tayyip Erdogan abzielt. Nun wird die dunkle Ahnung zur Gewissheit.

Als Istanbuler Bürgermeister zitierte der heutige türkische Präsident Erdogan 1998 Zeilen aus einem Gedicht: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind.“ Der Text geht weiter: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

Damals war er dafür zu zehn Monaten Haft verurteilt worden, kam aber nach vier Monaten wieder frei. 2001 wurde seine „Tugendpartei“ verboten, weil sie gegen die seinerzeit in der Türkei verlangte Trennung von Staat und Religion verstoßen habe. Kurz darauf ließ er sie als „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“, kurz AKP, wieder auferstehen.

Im gerade angelaufenen Jahr nun scheint der Zug in seinen Bahnhof einzulaufen. Erdogan wird seine ohnehin schon heftig verrutschte demokratische Maske wohl endgültig fallenlassen. Dazu aber benötigt er noch einmal die Unterstützung der Mehrheit des Volkes. Vielleicht wird es das letzte Mal sein.

Erdogan will durch die Hintertür des nun schon Monate andauernden Ausnahmezustands per Referendum seine Macht zementieren. Mit dem Vehikel des Referendums umgeht er die Hürde einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, die sonst für Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist.

> Per Referendum will der Präsident das Parlament umgehen

Nach Erdogans neuesten Plänen soll das von seiner Partei angestrebte Präsidialsystem in der Türkei nach Ablauf des Ausnahmezustandes vom Volk beschlossen werden. Seit dem nach dem Putschversuch von Mitte Juli verhängten Ausnahmezustand kann Erdogan die Türkei jetzt schon fast uneingeschränkt per Dekret regieren. Der Putsch, den er vielsagend bereits als „Geschenk Allahs“ bezeichnet hat, spielt also auch in dieser Hinsicht Erdogan in die Hände.

Die AKP und die kleinste, rechtsradikale Oppositionspartei MHP haben gemeinsam genügend Stimmen im Parlament, um ein Referendum über ein Präsidialsystem einzuleiten. Die radikal-islamische AKP und die ultranationalistische MHP verfügen zusammen über 356 Stimmen im Parlament. Eine 60-Prozent-Mehrheit von 330 Stimmen wäre für den Beschluss einer Volksabstimmung schon ausreichend.

Mit einer Zweidrittelmehrheit von 367 Stimmen hätte der Machthaber das Referendum auch per Verfassungsänderung durchsetzen können. Diese wird Erdogan aber nicht bekommen, weil die beiden anderen Oppositionsparteien im Parlament – die kemalistische CHP und die prokurdische HDP – bereits vor einer „Diktatur“ warnen und ihre Stimmen gewiss nicht für dieses Projekt hergäben.

Premier Binali Yildirim und Erdogan haben bereits angekündigt, in jedem Fall das Volk abstimmen zu lassen. Der Ausnahmezustand gilt derzeit bis Mitte Januar, kann aber weiter bis zum Referendum verlängert werden.

Welche Angelegenheiten durch Dekrete des Präsidenten und welche durch Gesetze des Parlaments geregelt würden, wird in einem Entwurf für die Verfassungsänderung dargelegt. Nach diesem Entwurf soll es in Zukunft keinen Ministerpräsidenten mehr geben, Yildirim schafft eigentlich damit seinen eigenen Posten ab. Auch der Präsident soll künftig einer Partei angehören dürfen, was er laut alter Verfassung, die vom Staatschef parteipolitische Neutralität verlangte, bislang nicht durfte. *Bodo Bost/H.H.*



Sein Arm reicht bis Deutschland: Massendemonstration von Erdogan-Anhängern Ende Juli 2016 in Köln Bild: action press

Stabilität war schon immer die Ausnahme

Die erste Reform in Richtung Demokratie erlebte das damalige Osmanische Reich 1876, als die erste Verfassung des Reiches erlassen wurde, welche die Macht des Sultans begrenzte und ein Parlament schuf. Schon zwei Jahre später aber setzte Sultan Abdülhamid II. die Verfassung de facto außer Kraft und herrschte bis 1908 allein. In jenem Jahr begann der zweite Anlauf zur Beteiligung des Volkes an der Macht.

Mit der Abschaffung der Monarchie 1923 entstand eine demokratische Republik unter dem legendären Präsidenten Mustafa Kemal, dem das Parlament später den Ehrentitel Atatürk (Vater der Türken) verlieh. Nach einem 1926 aufgedeckten Mordkomplott führte Atatürk das Land bis zu seinem Tode 1938 quasi diktatorisch.

Sein Nachfolger Ismet Inönü ließ erst 1945 wieder politische Parteien zu. 1950 gelang der Opposition die Machtübernahme durch freie Wahlen. Deren Führer Adnan Menderes versuchte als Ministerpräsident 1960 die

Mehrmals hat das Militär geputscht

Opposition auszuschalten, was einen Militärputsch auslöste. Ein Jahr später gab das Militär die Macht zurück und stellte die Demokratie wieder her. 1971 griff die Armee erneut ein, um Chaos und Extremismus entgegenzutreten.

1980 putschten die türkischen Streitkräfte unter General Kenan Evren aus ähnlichen Motiven. Evren zerschlug jeden Widerstand auf brutale Weise, mehr als 200 Menschen wurden hingerichtet oder zu Tode gefoltert.

Danach setzte eine Phase relativer Stabilität ein, bis im Verlauf der 90er Jahre radikalislamische Kräfte Aufwind erhielten. 1996 kam mit Necmettin Erbakan ein Vertreter der radikalislamischen Milli-Görüs-Bewegung an die Macht. 1997 zwang ihn das Militär jedoch zum Rücktritt. In der Partei Erbakans begann auch die politische Karriere des heutigen Präsidenten Erdogan, der sich allerdings von Erbakan und seiner Partei bald absetzte und seine eigene Partei AKP gründete. Heute erfüllt er Erbakans radikalislamisches Erbe. *H.H.*

Putsch-Nacht voller Rätsel

Opposition: »Untersuchungsausschuss« soll bloß verschleiern

Bereits in der Putsch-Nacht des 15. Juli erklärte Präsident Recep Tayyip Erdogan, dass die Sekte des pensionierten Predigers Fethullah Gülen, der in den USA lebt, hinter dem Putsch gesteckt habe. Innerhalb von zwei Tagen wurde ein Fünftel der türkischen Richterschaft als angebliche Gülen-Anhänger seiner Ämter enthoben. In den ersten drei Monaten nach dem Putsch wurden mehr als 36 000 Menschen in Untersuchungshaft genommen, weit über 100 000 Personen aus dem Staatsdienst fristlos entlassen oder suspendiert, vor allem Polizisten, Soldaten und Lehrer.

Vom ersten Moment an gab es aufgrund des stümperhaften Vorgehens der Putschisten Zweifel an der Echtheit des Putsches. Dass Erdogan und seine Getreuen in der Lage waren, den Umsturzversuch so rasch auszunutzen, nährte weitere Zweifel. Um diese zu entkräften hatte sogar Erdogan der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zugestimmt. Auch wegen der vielen Ungereimtheiten der Putsch-Nacht täte Aufklärung eigentlich gut.

> Wirklich Informierte dürfen nicht befragt werden

Wie war es möglich, dass der türkische Inlandsgeheimdienst MIT am Putschtag bereits um 14.45 Uhr von der bevorstehenden Aktion erfuhr, aber der Chef des Dienstes, Hakan Fidan, ein direkter Untergebener des Präsidenten, erst um 18 Uhr den stellvertretenden Chef des Generalstabes von Putschvorbereitungen unterrichtete? Erdogan erfuhr angeblich noch später davon. Anders als Tausende zu Unrecht beschuldigte Beamte wurde Fidan in keiner Weise für seine Nachlässigkeit bestraft.

Dies alles sollte der Untersuchungsausschuss eigentlich aufklären. Doch die Oppositionsabgeordneten des Ausschusses sind überzeugt, dass das Gremium nicht der Aufklärung dient, sondern der Verschleierung. Weder den Geheimdienstchef noch den Generalstabschef Hulusi Akar durfte der Ausschuss befragen, lediglich Gülen-Anhänger dürfen zu ihrer Beteiligung befragt werden. Der Ausschuss darf auch nicht wissen, mit wem Staatspräsident Erdogan in der Putsch-Nacht wann telefoniert hat, vom Inhalt der Gespräche ganz zu schweigen. *B.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Rot-Rot-Grün im Realitäts-Schock

Aufgeheizte Debatte: Terror und Gewalt haben den neuen Berliner Senat kalt erwischt



Nach dem Terroranschlag von Berlin wird bundesweit über mehr Videoüberwachung diskutiert: Kamera erfasst jungen Mann

Bild: pa

Während Berlin von einem Terroranschlag und brutalen Gewaltverbrechen heimgesucht wird, bietet der neue Senat in Sachen Innere Sicherheit ein Bild der ideologischen Erstarrung und der Zerstrittenheit.

Nur wenige Wochen nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags zeichnet sich innerhalb der Berliner Rathauskoalition aus SPD, Grünen und Linkspartei der erste handfeste Streit ab. Im Vorfeld einer Arbeitsklausur des Senats, in der am 8. Januar ein „Sicherheitspaket“ für Berlin diskutiert werden soll, sorgte der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) für einen Paukenschlag. Gegenüber dem Sender RBB sprach sich Müller für eine Videoüberwachung von Orten wie dem Alexanderplatz oder dem Kottbusser Tor aus.

Aus Sicht Müllers lassen sich per Videoüberwachung zwar keine Straftaten verhindern, aber die Ermittlung von Tätern erleichtern, und das sei ein Wert an sich. Grüne und Linke sträuben sich gegen mehr Videoeinsatz und spielen auf Zeit. Steffen Zillich, der Fraktionsgeschäftsführer der Linkspartei im Abgeordnetenhaus, warnte vor „hektischen Entscheidungen“. Die Fraktionschefin der Grünen, Antje Kapek, sprach sich dafür aus, zunächst eine „sachliche Analyse“ zu führen, „welche Instrumente für Berlins öffentliche Plätze am effektivsten sind“.

Berufen können sich Grüne und Linkspartei auf den erst wenige Wochen alten Koalitionsvertrag, in dem ein Verzicht auf Videoüberwachung des öffentlichen Raums hineingeschrieben wurde, womit sie auch beim linken SPD-Flügel auf Zustimmung stoßen. Halten Linkspartei, Grüne und SPD-Linke an ihrer Verweigerungshaltung fest, droht Berlins Regierendem Bürgermeister ernste politische Gefahr. Je länger sich die Diskussion hinzieht, desto mehr entsteht der Eindruck, dass Müller sich in der von ihm angeführten Koalition nicht durchsetzen kann.

> Linke spielen bei Videoüberwachung auf Zeit

Tatsächlich stellt die Innere Sicherheit nicht bloß für viele Berliner ein elementares Problem dar. Die Haltung der Deutschen zur Videoüberwachung ist eindeutig. In repräsentativen bundesweiten Umfragen werden regelmäßig Zustimmungswerte von mehr als 80 Prozent für eine Ausweitung der Kameraüberwachung an öffentlichen Plätzen ermittelt.

In Berlin gehen zudem die Argumente für eine Verweigerung aus. So konnte die Polizei im Fall des sogenannten U-Bahn-Treters und bei einem Mordversuch an einem Obdachlosen auf dem U-Bahnhof Schönleinstraße nur deshalb sehr schnell Ermittlungsergebnisse erzielen, weil Videoaufnahmen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) veröffentlicht worden waren. Auch sonst sind die Erfahrungen der BVG aufschlussreich, die 2011 begonnen haben, Bahnhöfe, Busse und Bahnen ganz massiv mit Videokameras auszustatten. Wie BVG-Sprecherin Petra Reetz mitteilt, stellte das Jahr 2011 mit 880 Fällen einen Höhepunkt bei Gewalttaten gegen Menschen im Bereich der Verkehrsbetriebe dar. 2015 wurden hier nur noch 484 Gewalttaten registriert.

Es hat sich bei potenziellen Tätern offenbar herumgesprochen, dass die Bahnhöfe, Busse und Züge der BVG videoüberwacht sind. Zu Taten komme es oft nur noch im Affekt, kommentiert Reetz die Entwicklung. Berichtet wird zudem von einem Rückgang der Vandalismus-Fälle um 70 Prozent, seitdem die BVG vielerorts Kameras aufgestellt hat. Abzuwarten bleibt, wie lange die rot-rot-grüne Koalition weiterhin starr an Grundsatzpositionen festhalten und diese Erfolgsbilanz ignorieren kann.

Lernbedarf deutete sich für die Politiker des linksgrünen Spektrums allerdings nicht nur in Sachen Videosicherung an. Insbesondere für Berlin waren die vergangenen Wochen eine harte Belastungsprobe für die Anhänger einer multikulturellen Zuwanderungsgesellschaft. Immer schwieriger wird es, das bislang gepflegte Klischee vom pauschalen Nutzen einer Massenimmigration oder der generellen Schutzbedürftigkeit aller Asylsucher aufrechtzuerhalten.

Der rot-rot-grüne Senat war erst kurze Zeit im Amt, da konnte die Berliner Polizei am 17. Dezember einen Fahndungserfolg im Fall des sogenannten U-Bahn-Treters melden. Wegen dringenden Tatverdachts in U-Haft genommen wurde ein 27-jähriger, aus Bulgarien stammender Zigeuner.

Nur wenige Tage später, am 19. Dezember, sorgte ein Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche für weltweites Entsetzen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand gilt als gesichert, dass es ein abgelehnter tunesischer Asylbewerber war, der mit einem Lkw in die Menschenmenge auf dem Breitscheidplatz fuhr.

Ausgerechnet in der Weihnachtsnacht kam es zur nächste schweren Gewalttat. Auf dem U-Bahnhof Schönleinstraße in Berlin-Neukölln versuchten dabei mehrere Personen, einen schlafenden Obdachlosen anzuzünden. Als Tatverdächtige gelten sieben Jugendliche und junge Männer im Alter zwischen 15 und 21 Jahre aus Syrien und Libyen, die als angebliche Flüchtlinge nach Deutschland gekommen waren. *Norman Hanert*

Bischöfe wider die Gebote

Von Theo Maass

Die Bischöfe beider großen christlichen Religionsgruppen in Berlin und Brandenburg haben sich anlässlich der Feiertage abermals darin versucht, zur Politik etwas beizutragen. Berlin-Brandburgs evangelischer Landesbischof Markus Dröge fand es richtig, anlässlich des von einem moslemischen Asylbewerber am Berliner Breitscheidplatz verübten Terroranschlages die „Globalisierung“ zu rechtfertigen.

„Eine Abschottung kann es in der globalisierten Welt gar nicht geben ... Wir müssen lernen, mit Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion zusammenzuleben“, so Dröge, der zuvor die AfD attackiert hatte, weil die Partei die Emotionen schüre. Sein katholischer Amtsbruder, der Berliner Erzbischof Heiner Koch, wollte ihm da nicht nachstehen: „Diejenigen, die zu uns kommen, werden uns auch verändern, und das macht manchen Angst. Integration bedeutet, selbst zu Veränderungen bereit zu sein ... Aber Obergrenzen für Menschlichkeit kann es nicht geben.“

Nun soll nicht das Recht eines Christenmenschen beschnitten werden, sich zu politischen Themen zu äußern. Wenn das aber mit dem moralischen Anspruch des Geistlichen geschieht, sind andere Maßstäbe anzuwenden. Das Christentum ist vom Ansatz her eine unpolitische Religion. So lesen wir im Neuen Testament bei den Evangelisten: „Gib Gott, was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ Von Jesu Jünger Petrus ist der Ausspruch überliefert: „Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen, es sei dem König, als dem Obersten.“ Damit wurde die Grundlage zur Trennung von Staat und Religion gelegt, was das Christentum beispielsweise vom Islam unterscheidet, wie in der Verfassung der islamischen Republik Iran nachzulesen ist.

Halten sich Dröge und Koch für eine Art „islamischen Wächterrat“, wenn sie die Geburt Jesu missbrauchen, um politische Ansichten zu verbreiten?

Beide Oberhirten sollten sich fragen, ob sie nicht gegen Gebote verstoßen haben. Das zweite Gebot fordert, den Namen Gottes nicht zu missbrauchen. Im dritten wird gefordert, die Sonn- und Feiertage zu heiligen. Mit billiger „Multikulti“-Propaganda stehen Koch und Dröge mit diesen Geboten offenkundig auf Kriegsfuß.

Gott gebietet im achten Gebot, überall und jederzeit die Wahrheit zu sagen und die Taten des Nächsten, wenn immer möglich, positiv auszulegen, damit ein vertrauensvolles Zusammenleben unter den Menschen möglich wird. Mit seinen ausgrenzenden Worten gegen die AfD hat Dröge wohl auch mit diesem Gebot Probleme. Vielleicht wären beide „Gottesleute“ an anderen Stellen besser aufgehoben.

Schiefes Licht auf die SPD

»Gesprächstermine für Sponsoring« auch in Brandenburg

Die Vorwürfe um „gekaufte“ Gesprächstermine mit SPD-Politikern haben nun auch Brandenburg erreicht. Wie die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ berichten, soll der SPD-Landtagsabgeordnete Sören Kosanke im November 2010 auf einer Veranstaltung des SPD-eigenen Vorwärts-Verlags mit Vertretern des Energiekonzerns Vattenfall und des Kraftwerkbauers Hitachi Power Europe gesprochen haben.

Für das von der Vorwärts-Tochter Network Media organisierte Gespräch sollen die beiden Firmen insgesamt 9500 Euro als Sponsoring gezahlt haben. Dies geht aus dem Bericht von SPD-Bundesschatzmeister Dietmar Nietan hervor.

Ins Rollen gekommen war die Affäre um einen exklusiven Zugang zu SPD-Spitzenpolitikern im November 2016 durch Recherchen des ZDF-Magazins „Frontal 21“. Namentlich genannt wurden in diesem Zusammenhang die SPD-Bundesminister Heiko Maas, Andrea Nahles, Manuela Schwesig sowie andere SPD-Spitzenpolitiker. Finanziert wurden die Gespräche von Unternehmen, Lobbyverbänden und Banken. Als oberster Aufseher aller Unternehmensbeteiligungen der SPD hatte Nietan nach Bekanntwerden der Praxis betont, mit dem Sponsoring könne kein Zugang zu Amtsträgern, Abgeordneten oder Parteifunktionären erkauft werden.

> Energiekonzerne zahlten für Termin mit Politiker

Bemerkenswert ist im Fall des Landtagsabgeordneten dennoch der Umstand, dass Kosanke seinerzeit wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion war und als hoffnungsvolles Nachwuchstalent der märkischen Sozialdemokraten galt. Das Thema des Gesprächs mit den beiden Firmen aus der Energiebranche soll die Energiestrategie des Landes gewesen sein.

Kosanke selbst hat inzwischen erklärte, er habe für seine Teilnahme kein Honorar bekommen. Zudem zeigte sich der SPD-Politiker verärgert über das Vorgehen von Mitarbeitern der Vorwärts-Tochter. Es habe der Eindruck entstehen können, dass sich der Zugang zu ihm oder anderen Politikern „in irgendeiner Art durch Zahlungen“ habe vereinfachen lassen. Die „Vorwärts-Gespräche“ scheinen sich indessen für die SPD in finanzieller Hinsicht kaum gelohnt zu haben. Laut Nietans Abschlussbericht wurden von 2010 bis 2016 durch die gesponserten Gespräche 191800 Euro eingenommen. Auf der Gegenseite sind Kosten von 49500 Euro, etwa für die Bewirtung oder Mieten, angefallen. *N.H.*

Doch mit Kopftuch?

»Linke« will Neutralitätsgesetz aufweichen

Der künftige Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) stellt das Berliner Neutralitätsgesetz in Frage. Dieses gilt seit rund zehn Jahren und schreibt ein weitgehendes Verbot religiöser Symbole in Teilen des öffentlichen Dienstes vor. Nichtjurist Lederer meint: „Die strikten Regelungen des Berliner Neutralitätsgesetzes sind nach meiner Auffassung laut der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu überprüfen.“

> Lederer sieht beim Staat »Bringepflicht«

Lederer fordert mehr Studien und Erkenntnisse darüber, ob Kopftuchverbote die Integration behindern oder fördern. Wobei er für „Toleranz“ wirbt: „Sie sind Ausdruck der Tatsache, dass ich beim Anderen das Anderssein respektiere.“

Eine konkrete Gefahr von Konflikten sei erforderlich, um ein Kopftuchverbot für Lehrer an öffentlichen Schulen zu rechtfertigen. Und die müsse erst einmal nachgewiesen werden, meint der neue Senator: „Da besteht beim Staat eine Bringepflicht.“ Damit könnte Lederer schon in der Startphase der rot-rot-grünen Landesregierung mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller in Konflikt geraten. Müller hatte sich noch vergangenen August klar gegen eine Änderung des geltenden Gesetzes gewandt. „Hier in Berlin stellt sich diese Frage gar nicht. Wir haben klare Regeln ... Im Senat, auch im Roten Rathaus können religiöse Symbole oder Kleidungsstücke getragen werden, wenn sie nicht gegen die Grundsätze des Neutralitätsgebots verstoßen.“ Lederers Vorstoß könnte vom Versuch der Linkspartei beeinflusst sein, verstärkt Stimmen von Zuwanderern zu gewinnen. *Hans Lody*

IB blockiert CDU-Zentrale

Am 21. Dezember kam es angesichts des Terroranschlages eines abgelehnten Asylbewerbers am Breitscheidplatz gleich zu drei Protestaktionen. Etwa 50 Aktivisten der „Identitären Bewegung“ (IB) führten eine Blockadeaktion vor der CDU-Bundesgeschäftsstelle durch. Die Teilnehmer riefen unter anderem „Merkel muss weg“ und „Schützt unsere Frauen“. Einige Aufmerksamkeit rief auch eine Kundgebung des Vereins „Ein Prozent“ hervor. Daran nahmen die AfD-Spitzenpolitiker Björn Höcke und Alexander Gauland sowie der bekannte Rechtsintellektuelle Götz Kubitschek und „Compact“-Chefredakteur Jürgen Elsässer teil. Versuche von Linksextremisten, die Kundgebung zu stören, unterband die Polizei konsequent. Am Breitscheidplatz selbst wurde eine „rechte“ Demonstration von einigen Hundert Linksextremisten gestört. Aaron Bruckmiller vom „Berliner Bündnis gegen rechts“: „Die Solidarität war an diesem Abend stärker als der Hass.“ *H.L.*

MELDUNGEN

Hoher Blutzoll in Afghanistan

Kabul/Bagdad – Nach Angaben der UN fielen von Anfang 2013 bis Ende März 2016 insgesamt 19 091 Angehörige der afghanischen Sicherheitskräfte. Zudem starben 2013 in Afghanistan insgesamt 2969, im Folgejahr 3701 und im Jahr 2015 3545 Zivilpersonen an Kriegsfolgen. Für den Irak gehen die UN für den Zeitraum von März 2013 bis September 2016 von insgesamt 12 800 getöteten Angehörigen der irakischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte aus. Zwischen 2008 und 2015 sind den UN-Angaben zufolge mehr als 46 000 zivile Opfer gewaltsamer und bewaffneter Konflikte im Irak zu beklagen. *J.H.*

Tadschikistan baut Staudamm

Duschanbe – Tadschikistan hat mit dem Bau des mit 335 Metern höchsten Staudammes der Welt begonnen. Die Errichtung des Rogun-Wasserkraftwerkes am Wachsch, einem Nebenfluss des Amu-Darja, wurde schon seit 40 Jahren geplant, konnte aber bisher aufgrund technischer, politischer und finanzieller Schwierigkeiten nicht verwirklicht werden. Erst nach der Unabhängigkeit des Landes fand sie mit dem seitherigen Präsidenten Emomali Rachmon einen engagierten Fürsprecher, der mit großem Nachdruck auf ihre Umsetzung hinarbeitete. Das Kraftwerk soll die unsichere Energieversorgung verbessern und außerdem die Ansiedlung von energieintensiven Industrien zur Schaffung von Arbeitsplätzen erlauben. Da es auf mehr als den doppelten Landesbedarf an Strom einschließlich zweier geplanter Aluminiumschmelzen projektiert ist, hofft man zudem auf einen Energieexport in die Nachbarländer, besonders nach Indien und Pakistan. Die so erzielten Einnahmen werden dringend zur Versorgung der seit Jahren wachsenden Bevölkerung benötigt. *T.W.W.*

Ex-Poroschenko-Vertrauter packt aus

Der in die USA emigrierte Alexander Onischtschenko belastet den ukrainischen Präsidenten schwer

Alexander Onischtschenko, ein Milliardär, Politiker, Reitsportmäzen und Olympiateilnehmer, der früher auch einmal als Abgeordnete in der Rada, dem ukrainischen Parlament, gesessen hat, hat sich in die USA abgesetzt. Gegen seinen früheren Freund und Verbündeten, den ukranischen Präsidenten Petro Poroschenko, hat er ebenso schwere wie konkrete Korruptionsvorwürfe erhoben.

In der ukrainischen Zeitschrift „Serkalo nedeli“ lancierte der Abtrünnige einen Artikel, in dem er berichtet, Poroschenko nutze Kredite des Internationale Währungsfonds (IWF) für eigene, korrupte Geschäfte. In der Zeitschrift heißt es: „Im ersten Fall handelt es sich um den Kauf von Abgeordnetenstimmen, die für unumgängliche Entscheidungen notwendig waren. Im zweiten Fall geht es um die Erpressung von Unternehmensanteilen zugunsten des Geschäftsmannes Poroschenko. Im dritten Fall geht es um die Verteilung von verdeckten Dividenden unter den Mitgliedern derselben Gruppe im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Unternehmens Ukrgasdobytscha.“

Was die Glaubwürdigkeit des Zeugen Onischtschenko angeht, so wird sie kaum bezweifelt. „Ich habe viele belastende Informationen über Poroschenko“, sagt er und erklärt dazu, er habe mehr als ein Jahr lang seine Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten mit einem kleinen Gerät in seiner Armbanduhr aufgenommen.

Mit den IWF-Geldern seien einige Entscheidungen möglich geworden, beispielsweise die über die Entlassung und Benennung des Generalstaatsanwalts, die Entlassung des Chefs des Sicherheitsdienstes oder aber die Reform des Gerichtswesens, „die etwa 70 bis 80 Stimmen zu wenig erhalten hatte und daher nachgekauft werden musste“.

Rückenwind erfährt Onischtschenko durch Maxim Tucker, der sich in der „Times“ mit Poroschenko beschäftigt, trotz dessen Drohungen. Poroschenkos Anwälte, so Tucker, hätten ihm gedroht, vor Gericht zu gehen, wenn er sein Material veröffentliche. Die britische Kanzlei „Atkins Thomson“ wiederum teilte der ukrainischen Zeitung „Ukrainskaja Prawda“ mit, sie sei von Kiew beauftragt, die Veröffentlichungen Onischtschenkos zu verhindern. Die Kanzlei werde gegen alle europäischen Medien vorgehen, die das Material veröffentlichten.



Bild: Imago

Versorgt die Öffentlichkeit mit interessanten, wissenswerten Informationen: Alexander Onischtschenko

Dass die US-Behörden durch den geflohenen Onischtschenko irgendetwas Neues über die schmierige Mischung von Politik und Großkapital in der Ukraine erfahren hätten, nimmt niemand an. Was jedoch die US-Amerikaner angeht, so schreibt die „Serkalo nedeli“: „Aber vor dem Hintergrund der Veröffentlichung dieser Ereignisse spricht die Tatsache ,dass amerikanische Staatsanwälte operative Informationen erhalten haben, dafür, dass sich nun der US-Justizapparat mit dem (ukrainischen) Präsidenten befassen wird. Und das ist ein großes Problem, sowohl für Poroschenko selbst als auch für sein Land.“

> Der Milliardär gilt als glaubwürdiger Zeuge

Ob es von dem geflüchteten Ex-Abgeordneten Onischtschenko eine gute Idee war, sein Heil ausgerechnet in den USA zu suchen, muss allerdings bezweifelt werden. Schließlich ging von dort der Regimewechsel in Kiew aus, von dem er sich nun abwandte, und von dort gibt es die engsten Verbindungen zur ukrainischen Regierung. Und wenn auch innerhalb der Ukraine Poroschenko Abgeordnete kaufen kann oder mit der Abwertung der nationalen Währung Griwna persönlich zwei Millionen US-Dollar nebenher verdient, wie ihm die frühere Präsidentin und heutige Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko vorwirft, so gilt doch eines: Die wirklich wichtigen Entscheidungen der Ukraine fallen in Washington.

Wirklich wichtig – das war den US-Amerikanern beispielsweise die Besetzung des Amtes des Generalstaatsanwaltes, für die doch die IWF-Gelder gebraucht wurden. Bis zum Frühjahr dieses Jahres war dies der altbewährte und erfahrene Jurist Viktor Schokin. Der hatte allerdings bei dem US-Vize-Präsidenten Joe Biden Missfallen erregt mit einer Geschichte, die bis in das Jahr 2014 zurückreicht. Damals war Bidens Sohn Hunter Vorstandsmitglied in dem ukrainischen Energieunternehmen Burisma geworden, das dem Oligarchen Mykola Slotschewski gehört. Slotschewski wurden zu jener Zeit in London die Konten gesperrt, es ging damals um Geldwäsche und dergleichen. Bei der Verfolgung dieser Angelegenheit hat sich offenbar der damit befasste ukrainische Generalstaatsanwalt Schokin bei den Bidens unbeliebt gemacht. Als zu Beginn dieses Jahres eine Milliarde US-Dollar fällig waren, welche von den USA an die Ukraine transferiert werden sollten, sprach Joe Biden zu Poroschenko laut dem politischen Magazin „The Atlantic“: „Petro, du bekommst deine Milliarde nicht. Gut – du kannst deinen Generalstaatsanwalt behalten. Aber du musst verstehen – wir zahlen nicht, wenn er bleibt.“

Folglich wurde Schokin am 3. April 2016 entlassen und durch einen Mann ersetzt, welcher der US-amerikanischen Seite recht war. Die Wahl fiel auf den wegen schwerer Unterschlagung vorbestraften vormaligen Innenminister Jurij Luzenko. Luzenko ist kein Jurist, und deswegen musste das Gesetz geändert werden. Die dafür notwendige Mehrheit wurde durch den obengenannten Stimmenkauf erreicht. Im Jahr 2013 Haft-Entlassung, im Jahre 2014 Vorsitzender der Regierungs-Partei „Block Poroschenko“ und wieder ein Jahr darauf Generalstaatsanwalt – eine wahrhaft ukrainische Karriere, gefördert durch die USA.

Wie eng diese Verbindungen tatsächlich sind, lässt sich daran erkennen, dass US-Vizepräsident Biden bei seinen vielen Aufenthalten in Kiew und den dabei üblichen Besuchen beim ukrainischen Ministerrat den Platz des Präsidenten einnimmt. Ein Schuft, der Böses dabei denkt.

Florian Stumfall

Nach dem Fall Aleppos

Der Syrienkrieg wird nicht enden, aber er ändert sich

Der Verlust von Aleppo ist ein harter Schlag für die syrischen Rebellen, die auf die Unterstützung von Ländern wie der Türkei, den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien setzten und nun das Vertrauen ihrer Sponsoren verlieren könnten. Das heißt nicht etwa, dass die Rebellion und der Krieg nun bald vorbei seien. Stattdessen werden sich Art und Intensität der Auseinandersetzung ändern.

In den von Baschar al-Assad zurückeroberten Gebieten könnten bald die Russen und die Iraner die Kontrolle übernehmen, um zu verhindern, dass sich dort Oppositionsnester neu bilden. Viele sunnitische Syrer werden diese Truppen als Besatzungstruppen ansehen. Daraus könnte irgendwann ein neuer Konfliktherd entstehen. Die Rebellion gegen Assad wird sich nach dem Verlust von Aleppo weiter radikalisieren, das heißt islamisieren. Viele Rebellen in Nordsyrien sind bereits zum Islamischen Staat (IS) übergelaufen und verstärken dessen Reihen.

Es scheint, dass die Russen und Assad den geschlagenen Kämpfern der Al-Nusra-Front nur den Abzug aus Aleppo nach Idlib gewährt haben, um irgendwann gegenüber dem Westen atgumentieren zu können, auch diese Provinz von den Terroristen befreien zu müssen. Das dürfte jedoch noch dauern, denn nach der Kraftanstrengung in Aleppo sind die Kräfte Assads und der Russen so erschöpft, dass jetzt erst einmal eine Verschnaufpause notwendig ist. Nach fünf Jahren macht sich auf allen Seiten eine gewisse Kriegsmüdigkeit breit, außer beim IS, der seinen Kämpfern nichts weniger als das Paradies im Jenseits verspricht.

Die Rebellen haben keine signifikante geografische Basis mehr. Mit dem Verlust von Aleppo haben sie die letzte große syrische Stadt verloren. Geblieben ist ihnen vor allem die Provinz Idlib, wohin die geschlagenen radikalen Moslems aus Aleppo abgezogen sind.

> Kriegsmüdigkeit macht sich breit, aber nicht beim IS

Aber Idlib wird von einer Vielzahl von Milizen, Gruppen und Fraktionen mit starken radikalen islamischen Einflüssen kontrolliert, die mehr gegeneinander als miteinander kämpfen. Die syrische Rebellion litt von Anfang an unter den Rivalitäten und Interessengegensätzen der arabischen und westlichen Unterstützer der Gegner des „Meisters von Damaskus“.

Da gibt es die Rebellen der Freien Syrischen Armee (FSA), die von der Türkei unterstützt werden und die derzeit weiter nordöstlich von Aleppo gegen den IS und die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG kämpfen. Obwohl die FSA ursprünglich gemeinsam mit den Kurden gegen die Regierung von Assad angetreten war, unterstützen sie die Türkei in deren Streben nach einer türkisch beherrschten Pufferzone in Nordsyrien, die klar gegen die Kurden gerichtet ist, die dort einen eigenen Staat errichten wollen. Die für Assad wie für den Westen und die Türkei gefährlichste Gruppe sind die radikalen Moslems des Islamischen Staates, die Damaskus sowie der internationalen Koalition unter Führung der USA und den türkischen Truppen in Nordsyrien trotzen.

Die Aufständischen sind auch noch im Süden Syriens aktiv, in den Regionen Daraa und Quneitra. Dort bleibt Ihr Handlungsspielraum jedoch sehr begrenzt, weil sie dem Gutdünken des jordanischen Königs unterworfen sind, der die Grenze für sie öffnet und schließt, wie er will, und der nicht vergessen hat, dass es 1970 Hafiz al-Assad war, der das Königreich beim Palästinenseraufstand davor gerettet hat, Ostpalästina zu werden. *Bodo Bost*

Landsleute gegen Geld

Kabul erklärt sich zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber bereit

Von der Sowjetunion lernen heißt bekanntlich siegen lernen. In der Hoffnung aus den Erfahrungen der UdSSR in Afghanistan gelernt zu haben, verband der Westen seinen Militäreinsatz mit einem noch größeren Einsatz von Entwicklungs- und Aufbauhelfern in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen. Immerhin konnte man so unter großen militärischen und zivilen Opfern weite Teile des Landes befrieden und entwickeln. So bestätigt selbst die Internationale Organisation für Migration, dass zwar einige Regionen Afghanistans gefährlich seien, aber große Teile des Landes eben auch nicht.

Trotzdem ist seit dem westlichen Engagement in Afghanistan die Zahl afghanischer Asylbewerber in Europa ständig gestiegen. Offenbar gibt es da einen Zusammenhang. Viele Afghanen wurden von westlichen Militärs und Entwicklungshelfern in Helferdiensten angestellt und erlebten so die Vorzüge des Westens, die so verlockend waren, dass man selbst dorthin wollte. So zogen dann Zigtausende, fast allesamt junge Männer, die 5000 Kilometer auf ihrer Suche nach einem besseren Leben durch mehr als zehn Länder. Sie stoppten nicht in Pakistan, im Iran oder im Nahen Osten, nicht in der Türkei und auch nicht auf dem Balkan, sondern erst in Deutschland.

Politisch Verfolgte, die in Europa unter die Asylgesetze fallen würden, gibt es in Afghanistan kaum, denn das Land hat nach der westlichen Übernahme mehrere weitgehend freie Wahlen erlebt mit mehreren problemlos vollzogen Regierungswechseln, was für die Region ein großer Erfolg war. So kam es in Europa, vor allem in Deutschland, zu einem großen Stau von ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerbern aus Afghanistan.

> Die EU finanziert weiterhin Programme zur Reintegration

Dieser Stau soll nun abgebaut werden. Dazu hat die EU mit der afghanischen Regierung eine Vereinbarung ausgehandelt. Diese Vereinbarung berücksichtigt auch die Tatsache, dass die jungen Männer, von denen ein großer Prozentsatz in Europa gescheitert ist, was die hohe Kriminalitätsrate beweist, in ihren eigenen Heimatländern zum Aufbau gebraucht werden. In Afghanistan hat sich Deutschland engagiert, mehr als irgendwo sonst. Aber die Aufbaumühen wären vergeblich und sogar fatal, wenn man zugleich das Signal aussendet, dass das Leben in der Heimat nur die zweitbeste Option ist.

Bereits im Vorfeld der Geberkonferenz für Afghanistan vom Sommer hatte Kabul eine Rücknahmevereinbarung für abgelehnte Asylbewerber mit der EU akzeptiert, gemäß der das Land gegen Aufbaugelder in Milliardenhöhe abgelehnte Asylbewerber zurücknimmt. In dieser Vereinbarung sagt die afghanische Regierung die unkomplizierte Wiederaufnahme von Afghanen zu, deren Asylantrag in der EU abgelehnt wurde. Dazu gehört auch die schnelle Ausstellung von Reisedokumenten. Zudem soll am Flughafen in Kabul der Bau eines speziellen Terminals für Abschiebeflüge zur Aufnahme und Registrierung der Abgeschobenen geprüft werden. Die EU verpflichtet sich im Gegenzug, weiterhin Reintegrationsprogramme zu finanzieren.

Nach einem internen EU-Dokument aus dem Monat März hielten sich rund 80 000 ausreisepflichtige Afghanen in der Europäischen Union auf, die in naher Zukunft in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können. In diesem Monat soll der nächste Flug starten. *B.B.*

Zuverlässig im Wandel?

Ruhmloser Abgesang auf den Steinkohlebergbau – Jahresbericht 2016 des Gesamtverbandes Steinkohle

In der „kohlepolitischen Verständigung“ von 2007 wurde anhand der desolaten Lage der Eisen- und Stahlindustrie beschlossen, nach dem Jahr 2018 keine heimische Steinkohle mehr zu fördern. Dies fand damals den Beifall derer, die das „postindustrielle“ Zeitalter herbeisehnten. „Zuverlässig im Wandel“, so ist der Titel des Jahresberichts 2016 des Gesamtverbandes Steinkohle.

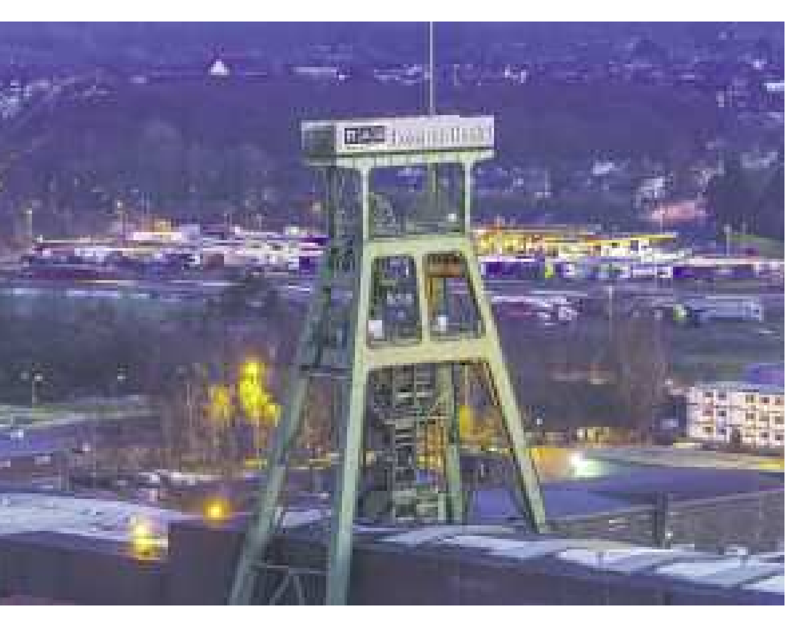
Nun jubeln die, deren Schlagwort „Dekarbonisierung“ lautet. Zur „Gestaltung eines würdigen Abschieds“ haben die RAG-Aktiengesellschaft, die ehemalige Ruhrkohle AG, und die RAG-Stiftung das Projekt „Glückauf Zukunft“ gestartet, um das Ruhrgebiet zur „Klimaschutz-Modellregion“ zu machen. Gedacht ist an Projekte für „erneuerbare Energien“, an „Windkraftanlagen auf Halden“, „Solarparks auf Brachflächen“, die Wärmegewinnung aus Grubenwasser. Doch dies ist ein Wunschtraum, der gnadenlos an den natürlichen Randbedingungen scheitern wird. Musste der Bergbau sterben, damit die Illusion von „Klimaschutz“ leben kann? Die RAG begnügt sich mit dem Satz: „Ob dies aber auf lange Sicht klug ist, bleibt fraglich“.

Die Steinkohle ist das „Kapital“, das die Natur in ihrem ewigen Wandel im Ruhrgebiet deponiert hat. Zusätzlich konnte an tektonischen Störungen Magma aufsteigen, wodurch Eisenerzlagerstätten entstanden. Im „Karbonzeitalter“ vor 360 bis 300 Millionen Jahren wurden im Wechsel von Sumpflandschaften und Überflutungen des Meeres zahlreiche Schichten abgelagert. Unter Druck entstanden durch Inkohlung die Kohleflöze. Sieben Meter dicke Torfschichten wurden zu 0,6 Meter dicken Steinkohlenflözen verdichtet. In der Kreidezeit vor 135 bis 65 Millionen Jahren überdeckte ein tropischer Ozean das Ruhrgebiet und überschwemmte alles mit einer mächtigen Mergelschicht. Durch Absenkung neigten sich die Flöze um sechs Grad nach Norden hin. Auch die Wechsel von Eis- und Warmzeiten formten an der Topographie mit, wobei die Ruhr das Schmelzwasser nach Westen abführte. Die Steinkohle entdeckte man im Mittelalter. Man dachte, es wären „brennende Steine“. Oblag das „freie Kohlegraben“ zunächst den Bauern, so wurde dies unter Karl dem Großen zu untersagen versucht. Die Kohle wurde als „Bodenschatz“ und „Naturalabgabe“ unter das Eigentum der Herrschenden gestellt.

Die Vorphase der Industrialisierung ging von der Jülich-Clevischen Bergordnung vom 24. April 1542 aus. Am 13. Juli 1753 erhielt der Kölner Erzbischof die Erlaubnis, am Sterkrader Bach einen Hochofen mit Hammerwerk zu errichten. Damit beginnt die Geschichte der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet. Den staatlichen Dirigismus im Steinkohlenbergbau führte Friedrich II. am 29. April 1766 ein. 1784 wurde Karl Freiherr von und zum Stein Direktor des Bergamtes Wetter an der Ruhr. 1787 wurde ein Schiebeweg mit eisernen Schienen gebaut, wodurch die erste „Eisenbahnstrecke“ in Deutschland entstand, indem die Pferde durch Dampfzüge ausgetauscht wurden. 1802 wurde die erste Dampfmaschine importiert. Die Dynamik war ungeheuer. 1825 begann man mit dem Bau einer Eisenbahnlinie von Köln nach Minden und 1847 fuhr der erste Dampfzug durch das Ruhrgebiet. 1811 errichtete Friedrich Krupp in Essen eine „Krupp Gussstahlfabrik“. Ab 1819 wurden Dampfmaschinen gebaut, die Stahlherstellung begann 1826. 1850 entstand der erste Malakoff-Turm und 1854 wurde der erste Kokshochofen errichtet. Die erste Phase der Industrialisierung dauerte von 1835 bis 1873. Die Ruhr war die Transportader. Der Kohleumschlag betrug 1830 etwa 275 000 Tonnen, 1849 zirka 514 000 Tonnen und 1860 rund 868 000 Tonnen, um dann rapide abzufallen auf nur 10 000 Tonnen 1884 und 3000 Tonnen 1889. Die Eisenbahn war bequemer.

> »Ob dies aber auf lange Sicht klug ist, bleibt fraglich«

Die Bevölkerung stieg in dieser Zeit gewaltig. Zahlreiche Dörfer erhielten Stadtrecht. Mülheim am 4. September 1846, Dortmund am 10. April 1874, Oberhausen am 10. September 1874. Um 1900 gab es 170 Zechen mit 228 000 Beschäftigten. Sie förderten 60,1 Millionen Tonnen Steinkohle. Mit dem Ruhrstatut vom 28. April 1948 wurde die Kohle- und Stahlproduktion der Internationalen Ruhrbehörde unterstellt, bevor am 23. Juli 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl begründet wurde. 1950 arbeiteten in 143 Zechen 433 359 Beschäftigte und förderten 103 Millionen Tonnen Steinkohle. Das Maximum wurde 1956 erreicht mit 494 000 „Kumpeln“ und 124,6 Millionen Tonnen Steinkohle. Ab 1958 begann das sogenannte Zechensterben durch den Import billiger Kohle aus den USA wie die Überschwemmung durch billiges Heizöl. Am 31. Oktober 1964 wurden 31 Großzechen mit 64 000 Kumpeln und einer Jahresförderung von 26,5 Millionen Tonnen zur Stilllegung angemeldet. Auf der Zeche Monopol wurde 1977 eine Tiefe von 1415 Meter erreicht. Von 1974 bis 1977 ging die Rohstahlerzeugung von 32,2 auf 21,5 Millionen Tonnen zurück. 200 000 Arbeitsplätze gingen verloren. 1990 gab es noch 19 Zechen mit 101 000 Arbeitern und einer Förderung von 54 Millionen Tonnen Steinkohle. 2004 gab es noch vier Bergwerke und Ende 2018 wird das letzte geschlossen. Das „Ruhrgebiet“ wird es in seiner klassischen Prägung nicht mehr geben, ohne dass auf Steinkohle verzichtet werden kann. 2005 wurden 42 Prozent heimisch erzeugt, 2010 noch 23 Prozent, 2015 noch elf Prozent% und ab 2019 werden es null Prozent sein. Dafür steigt der Import von 58 über 77, dann 89 auf 100 Prozent. Die Gesamtmenge an Steinkohle wird ziemlich konstant etwas unter 60 Millionen Tonnen Steinkohleeinheit (SKE) liegen. Die Importkohle wird also die wichtige „Brückenfunktion der Ausgleichs- und Reservekapazität für den fluktuierenden Wind- und Solarstrom ausüben“. Glaubt die Politik, dieser Etikettenschwindel würde nicht auffallen?



Die letzte Ruhrgebietszeche wird 2018 geschlossen: Fördergerüst des Bergwerks Prosper Haniel in Bottrop Bild: Imago

Wie also wird die Zukunft aussehen? Um diese zu „meistern“, hat man 2010 das Projekt „Innovation City Ruhr“ ins Leben gerufen. Es wird wie folgt beschrieben: „Das Ziel dieses ehrgeizigen Projekts lautet, am Beispiel einer typischen Ruhrgebietskommune einen klimagerechten Stadtumbau mit Halbierung der CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2020 bei gleichzeitiger Sicherung des Industriestandorts und spürbarer Verbesserung der Lebensqualität zu demonstrieren.“ Modellkommune ist die Stadt Bottrop. Bottrop soll ein Musterbeispiel sein für eine „Energiewende von unten“. Um die CO_2-Emissionen um 38 Prozent zu senken, hat man rund 290 Millionen Euro investiert. Doch dies ist nur eine fiese Milchmädchenrechnung, indem man nur die Emissionen durch die „heimische Kohle“ reduziert, aber die Emissionen durch die importierte Kohle unter den Teppich kehrt. Wenn man dann noch die Gewinnung von Erdöl und Erdgas einstellt, ist Deutschland rechnerisch Null-Emittent an CO_2 und damit „Vorreiter“ in Sachen „Klimaschutz“. Man mag sich nach außen brüsten, das Pariser Abkommen zur Einhaltung des Zwei-Grad-Zieles erfüllt zu haben, aber auf wen macht dieser Selbstbetrug Eindruck? Auf das Wetter mit absoluter Sichergeit nicht und damit auch nicht auf dessen „Abfallprodukt“, das Klima. Mag auch der „Leitzielcharakter der Klimaziele“ zwecks Erreichung der globalen „Klimaneutralität“ in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts rechnerisch auf dem Papier erfüllt werden, die Wetterrealitäten werden sich davon nicht beeindrucken und beeinflussen lassen.

Mag auch das „Ruhrgebiet“ als „Industrieregion“ ob der weltweit freien Märkte mit ihren ökonomischen Regeln nicht zu retten gewesen sein, doch der zur „Stabilisierung“ einer nicht existenten „Globaltemperatur“ als „Leitziel“ eines nicht existenten „Globalklimas“ die gesamte „Industrie“ dekarbonisieren zu wollen, ist an Wahnsinn nicht zu überbieten. Die Erde war nie ein Wetterparadies und wird auch nie eines sein. *Wolfgang Thüne*

MELDUNGEN

Effizienter gegen Schwarzarbeit

Berlin – Die Bundesregierung stärkt die für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständigen Landesbehörden. So müssen Ausweispapiere in Zukunft nicht nur der Zollverwaltung, sondern auch Bediensteten der zuständigen Landesbehörden vorgelegt werden. Die Landesbehörden erhalten zudem weitere Prüfungsbefugnisse. Zollbehörden dürfen in Zukunft Daten aus dem Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes abfragen. Zu den weiteren Maßnahmen gehört der Ausschluss von Firmen, die bereits mit Vorschriften zur Verhinderung von Schwarzarbeit in Konflikt gekommen sind, von der Teilnahme an Ausschreibungen. *J.H.*

EU verlängert Sanktionen

Brüssel – Die EU hat ihre Strafmaßnahmen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise um weitere sechs Monate bis zum 31. Juli 2017 verlängert. Sie hatte die Sanktionen Mitte 2014 wegen Moskaus angeblicher Unterstützung für Rebellen in der Ostukraine verhängt und seitdem immer wieder verlängert. Die Maßnahmen richten sich unter anderem gegen russische Staatsbanken, den Im- und Export von Rüstungsgütern sowie die russische Öl- und Gasindustrie. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.031.973.208.240 €
Vorwoche: 2.038.969.952.663 €

Verschuldung pro Kopf:
24.727 €
Vorwoche: 24.811 €

(Dienstag, 3. Januar 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Spanien in der Mautfalle

Das EU-Mitglied muss defizitäre Privatstraßen aufkaufen

Die spanische Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy von der Volkspartei (Partido Popular, PP) wird möglicherweise mehr als fünf Milliarden Euro aufbringen müssen, um bislang privat betriebene Mautstraßen zu verstaatlichen. Wie das Ministerium für Bau und Verkehr in Madrid im Dezember der Öffentlichkeit mitteilte, haben die Betreiber von neun mautpflichtigen Autobahnen ihre Zahlungsunfähigkeit angekündigt. Absehbar ist damit, dass eine Klausel aus dem Vertragswerk zu den Mautprojekten zum Tragen kommt, dass den Konzessionären das Recht einräumt, ihre Autobahnlizenzen an die öffentliche Hand zurückzugeben. Zentrum der Krise ist die Region Madrid, in der es allein um die Verstaatlichung von sechs Autobahnen geht. Betroffen ist zudem auch der Raum Marbella an der Costa del Sol. Bei den Betreibern handelt es sich um Tochterfirmen großer Bau- und Mischkonzerne, die bereits bei der Errichtung der Straßen beteiligt waren.

Kritiker sehen gleich eine Reihe von Gründen für das Scheitern. Generell wurden in Spanien in den Jahren des Immobilienbooms viele an sich unwirtschaftliche Infrastrukturprojekte in Angriff genommen, weil für sie EU-Fördergelder flossen. Bei den in Schwierigkeiten geratenen Mautstraßen spielt zudem eine ganz grundlegende Fehlkalkulation eine Rolle. Die mautpflichtigen Strecken wurden zu bereits bestehenden Straßen gebaut. Zugrunde lag die Annahme, dass sich genug Autofahrer fänden, die eine Maut bezahlen, um die oftmals überlasteten vorhandenen Verbindungen zu umgehen.

Für die Regierung unter Rajoy ist das offensichtliche Scheitern mehrerer Mautbetreiber samt Verstaatlichung gleich ein besonderes Problem. Erneut droht nämlich nicht nur die Glaubwürdigkeit der Politik im Allgemeinen, sondern auch die von Rajoys PP im Besonderen Schaden zu nehmen. So sind die Projekte überwiegend in der Regierungszeit von Rajoys Parteifreund José María Aznar entstanden, der bis zum Jahr 2004 amtierte. Dabei ist der Ruf der Volkspartei bereits angeschlagen, seit die Existenz von schwarzen Parteikassen bekannt ist. In diese sollen seit 1990 Schmiergelder geflossen sein, bei denen auch schon die spanische Bauindustrie eine herausgehobene Rolle spielte.

> Über fünf Milliarden Euro kostet die Verstaatlichung

Die Übernahme des unternehmerischen Risikos bei den Mautprojekten durch den Staat dürfte nun für neuen Verdruss bei den Bürgern sorgen. Von Kritikern wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, mit welchen Aussagen spanische Politiker noch vor einigen Jahren für die Infrastrukturprojekte geworben haben. Die Autobahnprivatisierung wurde zum Beispiel als „unabdingbar“ und „von höchstem öffentlichen Interesse“ dargestellt. Erweckt wurde zudem der Eindruck, die Autobahnen würden den Bürger keinen einzigen Euro kosten. Tatsächlich drohen die gescheiterten Mautprojekte bald tiefe Löcher in den Staatshaushalt zu reißen. Die neun Autobahnen und Schnellstraßen, die von ihren Betreibern aufgegeben oder vom Konkursrichter beschlagnahmt wurden, sollen Medienberichten zufolge mit fast fünf Milliarden Euro verschuldet sein. Der Betrag entspricht annähernd jener Summe, die Spanien nach Auflagen der EU im Jahr 2017 einsparen soll, um sein Haushaltsdefizit auf 3,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen. *Norman Hanert*

Annäherung der Erzrivalen

Lufthansa und Etihad versuchen, sich zu arrangieren

Nachdem sich die deutsche Lufthansa und die arabische Fluglinie Etihad über Jahre einen harten Konkurrenzkampf geliefert haben, streben die beiden Fluglinien nun Medienberichten zufolge nun eine Zusammenarbeit an. Demnach sind zunächst nur einige Gemeinschaftsflüge geplant, doch wird offenbar eine noch viel weitergehende Kooperation ausgelotet. Bereits unter Dach und Fach gebracht haben Lufthansa und Etihad die Anmietung von 38 Flugzeugen samt Crews durch die Kranich-Airline. Bislang waren diese Flieger bei Air Berlin im Einsatz, an der Etihad 29 Prozent hält. Berichtet wird nun, dass Lufthansa auch an der Übernahme weiterer 75 Air-Berlin-Maschinen interessiert sein soll. Aufmerksam verfolgt wurde in der Luftfahrtbranche zudem, dass an die Spitze von Air Berlin der Lufthansa-Manager Thomas Winkelmann rücken wird.

Käme es tatsächlich zu einer verstärkten Kooperation, würde dies für beide Seite eine deutliche Kurskorrektur darstellen. Lufthansa hatte bislang darauf verzichtet, mit einer der Golf-Fluglinien eine Partnerschaft einzugehen. Sowohl Emirates als auch Quatar Airways hatten in der Vergangenheit erkennen lassen, mit der Lufthansa ein Bündnis eingehen zu wollen. Lufthansa wiederum hat den finanzstarken Fluglinien vom Arabischen Golf vorgeworfen, sie würden mit den Öleinnahmen der Golf-Emirate subventioniert.

Hilferufe von Seiten der Luftansa an die Politik, sie möge für Chancengleichheit im Luftverkehr sorgen, waren bislang ziemlich erfolglos. Als Folge konnten sich die Golf-Fluglinien als feste Größen im weltweiten Luftverkehr etablieren.

> Konfrontationskurs der Lufthansa schadete beiden

Dass nun eine Annäherung von Lufthansa und Ethihad als denkbare Option gilt, hat sehr stark mit der Neuausrichtung des Europa-Geschäfts bei Etihad zu tun. Über Beteiligungen hat die arabische Fluggesellschaft in den letzten Jahren versucht, auf dem europäischen Luftverkehrsmarkt mitzumischen. Allerdings hat sich dieses Konzept inzwischen als massive Fehlinvestition entpuppt, die Etihad bereits mehr als 2,5 Milliarden Euro gekostet hat. Bereits im Jahr 2011 war Etihad unter ihrem australischen Chef James Hogan bei Deutschlands zweitgrößter Fluglinie, Air Berlin, eingestiegen. Branchenkenner vermuten, dass allein dieses Engagement die Araber mittlerweile eine Milliarde Euro gekostet hat. Selbst ein Notverkauf des deutschen Tochterunternehmens unter Wert gilt mittlerweile nicht mehr als ausgeschlossen.

Auch die 49-Prozent-Beteiligung der Araber bei der italienischen Fluggesellschaft Alitalia hat sich als geschäftlicher Misserfolg herausgestellt. Alitalia fliegt pro Tag rund eine halbe Million Euro Verlust ein und ist weit davon entfernt, wieder Gewinne zu produzieren. Ähnlich wie bei Air Berlin scheint die Geduld von Etihad auch bei der angeschlagenen italienischen Fluggesellschaft am Ende zu sein. Laut einem Bericht der überregionalen italienischen Tageszeitung mit Sitz in Rom „Il Messaggero“ ist man am Arabischen Golf mit dem Management von Alitalia so unzufrieden, dass ein personeller Wechsel an der Spitze der Fluglinie angestrebt wird. Aufgetaucht sind inzwischen allerdings auch Spekulationen, in denen Lufthansa als möglicher Käufer von Alitalia gehandelt wird. *N.H.*

Salamitaktik

Von Jan Heitmann und Manuel Ruoff

Hätte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) seinen Vorschlag am vergangenen Wochenende gemacht, hätte man ihn für einen Silvesterscherz halten können. Aber der Mann meint das völlig ernst: Er will Fleischbezeichnungen für vegetarische und vegane Lebensmittel verbieten. Begriffe wie „vegetarisches Schnitzel“ oder „vegane Currywurst“ seien nämlich irreführend und verunsicherten die Verbraucher.

Die muss er für ziemlich dämlich halten. Denn so, wie jeder weiß, dass als zuckerfrei gekennzeichnetes Gebäck keinen Zucker und alkoholfreies Bier keinen Alkohol enthält, weiß jeder, dass vegetarische Fleischwurst eben gerade kein Fleisch enthält. Das Voranstellen der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ verunsichert die Verbraucher nicht, sondern es erleichtert die Auswahl, weil man auf einen Blick erkennen kann, was drin ist. Irritierend wären dagegen irgendwelche Phantasiebezeichnungen. Denn dann müssten Fleischesser und Fleischverächter gleichermaßen erst die Zutatenliste im Kleingedruckten auf der Verpackung durcharbeiten, um zu wissen, ob das Lebensmittel für sie geeignet ist. So, wie es jetzt ist, ist es gut.

Man sollte auch nicht das Grundsätzliche dieses Vorstoßes übersehen. Es ist eine Vorgehensweise bei Rot-Grün auszumachen, Begriffe, die bei den Deutschen traditionell (positiv) besetzt sind, mit neuen, eigenen Inhalten zu füllen, in der Absicht, dass diese Begriffe so zu Euphemismen für Dinge oder Personen werden, die in der Öffentlichkeit traditionell ein eher negatives Image haben, aber Rot-Grün am Herzen liegen. Man denke nur an den Missbrauch des Begriffs „Flüchtlinge“ für Immigranten aus meist fremden Kulturkreisen.

Wo ein direkter Missbrauch nicht möglich ist, wird eine Salamitaktik angewendet, die den Umweg über eine Ergänzung sucht. Ein Beispiel hierfür ist die „Homo-Ehe“ oder auch die „vegetarische Fleischwurst“. Nun könnte man einwenden, niemand würde die „vegetarische Fleischwurst“ mit einer Fleischwurst und die „Homo-Ehe“ mit einer Ehe verwechseln. Doch das ist ja erst der Anfang der rot-grünen Salamitaktik. Nachdem der Begriff der „Homo-Ehe“ erfolgreich eingeführt werden konnte, wird nun argumentiert: „Das Wort macht keinen Spaß: Homo-Ehe. Es zeigt in kürzester Weise, dass nicht alles gleich ist. Denn wenn eine Ehe nun zwischen Hetero- oder Homosexuellen geschlossen wird, sollte sie einfach ‚Ehe‘ heißen. Begrifflich und inhaltlich unterschiedslos – schließlich tendieren Unterschiede in diesem Zusammenhang zur Wertung. Solange eine Ehe unter Homosexuellen nur mit dem Zusatz ‚Homo-‘ auskommt, ist sie nichts weiter als eine Variation einer Norm, die woanders liegt“ (www.gedankenzirkus.de/gegen-den-begriff-homo-ehe/). Es scheint demzufolge nur eine Frage der Zeit zu sein, bis von rot-grüner Seite gefordert werden wird, „begrifflich und inhaltlich unterschiedslos“ von „Fleischwurst“ zu sprechen. Und wenn dann Otto Normalverbraucher es wagen sollte zu klagen, dass in der ihm verkauften „Fleischwurst“ kein Fleisch sei, wird es heißen: „Von ‚fleischiger Fleischwurst‘ war zu keinem Zeitpunkt die Rede.“

Vorbei mit der Leichtigkeit

Von Bodo Bost

Politik und Medien feiern die betont friedliche und gewaltfreie Silvesternacht. Schlimme Exzesse konnten diesmal nicht verhindert werden, weil es keine Zusammenrottungen von „Flüchtlingen“ zu Gruppenkriminalität mehr gab, sondern nur durch ein enormes Polizeiaufgebot. Dennoch kam es auch dieses Jahre sehr wohl zu zahlreichen „Einzelübergriffen“, deren Ausmaß noch nicht absehbar ist. Trotz eines noch nie dagewesenen Polizeiaufgebots gelangten auch an diesem Silvesterabend hunderte Personen nordafrikanischer Herkunft, zumeist aus Düsseldorf, in das Kölner Zentrum. Schon gegen 21.30 Uhr hatten Einsatzkräfte eine Gruppe von rund 1000 Menschen nordafrikanischer Herkunft am Hauptbahnhof eingekesselt und ihre Personalien aufgenommen. Unter diesen waren auch Personen, die bereits aktenkundig waren. Wer als Mitglied der kriminellen Banden vom letzten Jahr bekannt war, wurde in den Zug gesteckt und weggeschickt, so, als ob damit das Problem gelöst wäre. Auf Festnahmen verzichtete die Polizei, obwohl der Polizeipräsident zugab, dass von vielen mit „Delikten ähnlicher Qualität“ wie im letzten Jahr hätte gerechnet werden müssen.

Sexuelle Übergriffe trotz riesigen Polizeiaufgebots

Auf die Frage, warum erneut so große Gruppen geschlossen in Knotenpunkten vieler Städte auftauchten, hatten die Offiziellen keine Antwort. Fakt ist, dass aus weiteren Großstädten ähnliche Beobachtungen an Silvester gemeldet wurden. „Dies ist kein reines Kölner Phänomen“, erklärte ein Polizeisprecher.

Die Zeitung „Kölner Stadtanzeiger“ berichtete mit Liveticker von den Entwicklungen rund um die Domplatte in Köln. Die Berichterstattung begann mit der Predigt von Kardinal Rainer Maria Woelki, in der er noch einmal an die Silvesternacht vor einem Jahr erinnerte. Seit jener Nacht habe sich „auf erschreckende Weise“ das Bewusstsein geschärft, „wie gewalttätig Sexismus ist und wie gefährdet Frauen mitten unter uns sind“, so Woelki. Dass es sich zumeist um arabischstämmige Männer handelt, die diesen gewalttätigen Sexismus ausüben, hat der Kardinal nicht erwähnt.

Ähnliche Tendenzen gibt es in Sicherheitskreisen. Dort haben die nordafrikanischen Sexualverbrecher bereits das Kürzel „Nafris“ erhalten, was für „nordafrikanische Intensivtäter“ steht. Nafri hat etwas „Postfaktisches“ an sich, es klingt so ähnlich wie Klingone, so, als wären diese Wesen nicht von dieser Welt. Offenbar möchte man in Polizeikreisen weniger den Akzent auf Araber als auf Afrikaner legen. Dabei würde sich kaum ein Maghrebiner als Afrikaner bezeichnen, sondern fast alle als Araber.

Den Nafris haben es die Kölner zu verdanken, dass ihre traditionelle Silvesterkultur jetzt wohl endgültig der Vergangenheit angehören wird.



Von Feierlaune keine Spur: Polizisten sichern die Silvesterfeier am Kölner Rheinufer

Bild: action press

Frei gedacht



»Sie bereiten etwas vor!«

Von Eva Herman

Das geht ja gut los im Neuen Jahr! Während uns noch die warmen Trostworte der Kanzlerschen Neujahrsansprache im Geiste nachklingen, dass alles ja halb so schlimm ist, fängt das Grauen gleich auch schon wieder an. Nein, es gab Silvester offensichtlich nicht so viele sexuelle Übergriffe wie 2016, wenn man den bislang veröffentlichen Informationen Glauben schenken will. Was natürlich in erster Linie dem Einsatz der Polizei zu verdanken ist. Aber es waren in dieser Nacht zahlreiche Gruppierungen tausender Nordafrikaner in ganz Deutschland unterwegs, die „unerwartet“ zu den Feiern kamen und durch hohes Aggressionspotential auffielen. Was hatten die denn eigentlich vor? Das ist doch die erste Frage, die man nun dringend öffentlich debattieren und untersuchen muss. Warum so viele auf einmal?

Da war zum Beispiel die Kölner Polizei in der Silvesternacht mit 1700 Beamten im Einsatz gewesen, die 650 Nordafrikaner kontrollierten. Die Gruppen mit „hohem Aggressionspotenzial“, mit einer „Grundaggressivität“, hatten eventuell vor, das Silvesterfest zu einem „unvergessenen Erlebnis“ für die Einheimischen zu machen. Grünen-Chefin Simone Peter trat dann eine sinnlose Debatte los: Völlig inakzeptabel sei „der Gebrauch von herabwürdigenden Gruppenbezeichnungen wie ‚Nafris‘ für Nordafrikaner durch staatliche Organe wie die Polizei“. Was die Politikerin nicht fragte, was offenbar niemanden hier im Land interessiert, ist, was die nordafrikanischen „Flüchtlinge“, in Köln und anderen deutschen Städte, in dieser Nacht eigentlich wirklich vorhatten. Wir diskutieren jetzt lieber über „Nafris“.

Es gab in Deutschland in der Silvesternacht eine ganze Reihe von Versammlungen tausender Nordafrikaner, die alle durch „Grundaggressivität“ aufgefallen waren. Allein in Nordrhein-Westfalen waren laut Polizei 2000 Personen der „fahndungsrelevanten Klientel“ unterwegs. Aber auch in Hamburg hatten sich Gruppen von „Störern“ formiert, in Hannover, in Essen (etwa 450 „Nafris“), in Dortmund „fielen etwa tausend Personen auf“, in Frankfurt am Main zählte die Bundespolizei an die 1900 Personen, die in kleineren Gruppen angereist waren.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Hallo, noch einmal, was hatten die vor? Wer steckt hinter diesen Versammlungen? Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr de Maiziere, Herr Maas, warum stellen Sie diese Frage nicht? Was geht hier im Land vor, über das Sie mit uns nicht sprechen wollen?

Also gut, ich darf ein bisschen nachhelfen. Es war, wie zum Beispiel die englischsprachige Tageszeitung „Express“berichtet, der IS, der seine Anhänger im Westen dazu aufgerufen hatte, die Silvesterfeiern anzugreifen und sie in „blutige Schlachtfelder“ zu verwandeln. Die dem IS nahestehende Nashir Media Foundation hatte verschiedene Bilder veröffentlicht, die zur Nachahmung des Islam-Terroranschlags in Berlin ermuntern sollten. Auf einem der Bilder ist ein messerschwingender Islamanhänger zu sehen, der einen flüchtenden Weihnachtsmann verfolgt. „Ihr ungläubigen Hunde, die ihr euch auf Weihnachten vorbereitet. Macht euch bereit zum Blutvergießen. Die Augen der einsamen Wölfe sind auf euch gerichtet und wir versprechen euch einen schrecklichen Tod. Wir werden eure Silvesterfeiern im Chaos der Bomben enden lassen und Euch niedertrampeln.“

In einer anderen Terrordrohung hieß es: „Eure Feiern werden sich in Schlachtfelder und Kampfgebiete verwandeln. Erwartet uns!“ Tja, liebe Leute, wie schnell es gehen kann, das haben wir im letzten halben Jahr alleine in Deutschland gesehen: Würzburg, Ansbach, Hannover, Berlin, usw., alles Anschläge von IS-nahen Terroristen, die, als „Flüchtlinge“ getarnt, ungesehen ins Land gelassen wurden. Wer es nicht glauben mag, Angela Merkels Neujahrsansprache anschauen: Sie bestätigt alles, mit seelenruhiger Miene.

Deutschland ist in großer Gefahr! Im Sommer 2016 schrieb ich bereits: „Deutschland wird möglicherweise schneller in einen Blitzkrieg gezogen, als man denkt. Da berichtet ein IS-Aussteiger der Bremer Polizei von einem geplanten, großangelegten Terrorangriff auf Deutschland. Es sei der Daesh (IS), welcher mehrere Angriffe gleichzeitig durchführen will, ein Blitzkrieg solle es werden. Diese Aussagen werden von den Behörden als glaubwürdig eingestuft. Absurd, wie die Politiker, vor allem aber die Massenmedien, mit dieser Lage umgehen: Sie verschweigen, vertuschen, verschwurbeln und beschönigen. Eventuell war die Blutwoche im Juli ein Versuchsballon für den geplanten Blitzkrieg. Europa, allen voran Deutschland, sollen ganz offensichtlich zum Kalifat erklärt werden. „Sie bereiten etwas vor, das überall, zur gleichen Zeit, passiert“, sagt Ex-IS-Mann Harry S. „Es soll eine Art islamistischer Blitzkrieg werden. Er nennt als Hilfe das Handbuch für Terroristen, und wie man dazu wird. Titel: ‚Wie man im Westen überlebt: Ein Handbuch für Mujahideen‘. Hierin lernt der Terror-Willige, wie man sich im Westen, auch in Deutschland, unauffällig zum ‚Gotteskrieger‘ entwickelt: Möglichst westliches Aussehen, möglichst auch westliche Eigenschaften annehmen, wer keinen Bart hat, soll sich auch keinen wachsen lassen. Die eigene Identität darf nicht erkennbar werden! Des Weiteren lernt man das Bombenbauen, wie man Waffen schmuggelt und unauffällig weitere tötungswillige Kämpfer rekrutiert. Die Anleitung für die Terroristen beginnt mit der Drohung:` Im Herzen Europas beginnt ein Krieg “.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

In einem 2015 erschienen Propagandavideo des IS wurden für Deutschland und Österreich ebenfalls Terroranschläge angekündigt. Speziell Bundeskanzlerin Merkel wurde persönliche Rache angedroht für das „Blut von Muslimen, das in Afghanistan vergossen wurde“. In dem fünfminütigen Video sind zwei deutschsprachige IS-Kämpfer zu sehen, welche europäische Muslime auffordern, sich dem selbsternannten „Islamischen Staat“ in Syrien und Irak anzuschließen, um in Deutschland und Österreich „den Dschihad zu führen“ sowie „jeden Ungläubigen abzuschlachten“. Wörtliches Zitat: „Du brauchst nicht viel. Nimm ein großes Messer und schlachte jeden Kafir (Ungläubigen)! Sie sind wie Hunde!“

An Merkel gerichtet hieß es weiter: „Oh Merkel, du schmutzige Hündin: Wir werden uns rächen für die Beschimpfung des Propheten“, warnt der österreichische Dschihadist. „Wir werden uns rächen für die Waffenlieferung an die Abtrünnigen hier im Islamischen Staat. Unsere Rache wird bei euch vor Ort sein!“

Die Ausländerfeindlichkeit hierzulande ist zweiseitig. Und sie wird durch vorsätzliche Unterlassung der Regierung gefördert. Einerseits herrscht eine aggressive Feindlichkeit großer ausländischer Gruppen gegen Deutsche. Andererseits wächst ein pauschaler Generalverdacht der Deutschen gegen Ausländer. Dieses Gesamtergebnis ist interpretierbar durch eine rassistisch angelegte Politik der Bundesregierung und deren mitspielende parlamentarische „Oppositionelle“. Wenn sich dieses Land nicht endlich wieder eines Rechtsstaates besinnt, statt sich durch politisch korrektes Vokabular durchzuwursteln, sehe ich schwarz!

Die Neujahrsfeier war ein symptomatischer Beginn. Die Polizei hat Schlimmes verhindert, weil sie gut vorbereitet war. Doch kann man künftig jede Großveranstaltung so schützen?

2017 wird ein schweres Jahr werden!

Elbjuwel aus Glas

Auferstanden aus Frustrationen – Mit siebenjähriger Verspätung wird die Elbphilharmonie eröffnet

Darauf haben die Hamburger lange warten müssen. Aber am 11. Januar wird nach langen Verzögerungen endlich die Elbphilharmonie eröffnet, die in den letzten Jahren ein ähnliches Politikum war wie die mit ihr oft in einem Atemzug genannten Finanzgräber BER und Stuttgart 21.

Einen Superlativ hält die Elbphilharmonie bereits: Sie ist das teuerste Gebäude Deutschlands, und weltweit steht sie auf Platz acht der teuersten Hochhäuser. Doch über die Kosten, die über Jahre das beherrschende Thema bei diesem Prestigebau waren, regt sich jetzt kein Hamburger mehr auf. Man strömt zu den Besucherterrassen, genießt von einer Plaza aus den Ausblick auf Stadt und Elbe, fotografiert den Bau mit seinem wellenförmigen Glasdach aus allen Himmelsrichtungen und gibt den Kampf nicht auf um Restkarten des bereits bis Ende Januar eigentlich ausverkauften Eröffnungsfestivals.

Von Boykottstimmung kann keine Rede sein. Viele hatten sich geschworen, keinen Schritt in das Haus zu setzen. Man grollte über die ständigen Kostensteigungen und Terminverschiebungen der Eröffnung und fragte sich, ob die vielen Millionen anstatt in der elitären Kultur nicht besser in sozialen Projekten, in dem Wohnungs- oder Straßenbau angelegt wären. Jetzt hat sich die Meinung gründlich geändert. Die Welt blickt auf Hamburg, und da geht so manches lokalpatriotisches Herz auf.

Ein neues Wahrzeichen sollte her, eines, das eine internationale Ausstrahlung besitzt wie die Oper von Sydney. Die „Michel" genannte barocke Michaeliskirche, die bislang den höchsten Ehrenplatz unter Hamburgs Bauwerken einnahm, ist über die Landesgrenzen hinaus kein wirksamer Werbeträger für die Stadt. Außerdem galt es, das Schmuddel-Image aufzupolieren, zu dem die Sündenmeile Reeperbahn ebenso beiträgt wie der triste Hafenbereich.

So markiert die Elbphilharmonie Hamburgs Aufbruch in eine neue Zeit. Auf einem ehemaligen Kakao- und Kaffeelager erbaut, bewacht sie wie eine gläserne Burg den Eingang zur neuen Hafencity, die bis vor Kurzem als Europas größte Baustelle galt und wo direkt am Hafen ein auf weltoffen getrimmter Stadtteil entstanden ist inklusive Schiffsterminal für Ozeanriesen wie die „Queen Mary 2".

Die riesige Elbphilharmonie scheint daneben selbst wie ein Gigant auf der Elbe vertäut zu sein. Dass sie mit 110 Metern und 26 Stockwerken zu einem der höchsten Gebäude der Stadt geworden ist, ist ihr kaum anzumerken. Ihr ist das Turmartige eines Wolkenkratzers genommen, da sie auf dem denkmalgeschützten Kaispeicher mit roten Ziegelsteinen errichtet wurde, der so lang ist wie das Bauwerk jetzt hoch ist.

Ein gigantisches Mehrfunktionenhaus ist so entstanden, das in der Stadt seinesgleichen sucht. Neben drei Konzertsälen beherbergt es ein Fünf-Sterne-Hotel, 45 Luxuswohnungen und ein Parkhaus für Konzertbesucher. Kein Wunder, dass die Stadtväter keine Erfahrung hatten mit Bauwerken dieser Größenordnung und sich kräftig bei der Kosten- und Terminplanung verkalkulierten.

Nachdem 2001 erste Gedankenspiele zu dem neuen Gebäude aufgekommen waren, schätzte der Senat die Gesamtkosten auf 186 Millionen Euro. Das meiste sollte über Spenden finanziert werden, die restlichen 77 Millionen Euro durch die öffentliche Hand. Das war ein schöner Traum, am Ende kam auf Hamburgs Steuerzahler das Zehnfache zu. Wenigstens gibt es einen Trost für Berliner oder Stuttgarter: Anders als beim BER oder bei Stuttgart 21, wofür auch Hamburger mit zur Kasse gebeten werden, blieb die Elbphilharmonie ein reines Landesprojekt, das ohne Bundesmittel auskam.

Es sollte das bauliche Erbe von Bürgermeister Ole von Beust (CDU) werden, der sich maßlos mit der Aufgabe überschätzte, ein Objekt ohne rechte Winkel und mit 2200 Glaselementen auf ein altes Hafengebäude zu bauen. Weil es zwischen der Stadt als Bauherren, dem Schweizer Architektenteam und der Baufirma an Abstimmung mangelte und ständig neue bauliche Wünsche berücksichtigt werden sollten, wurde die Fertigstellung des Baus immer wieder verschoben. Ein Jahr lang wurden die Bauarbeiten sogar ganz eingestellt, weil man statische Probleme bei der Dachkonstruktion befürchtete. Gerichtsurteile, Finanzhilfen und ein Machtwort der 2016 im Amt verstorbenen Kultursenatorin Barbara Kisseler sorgten ab Ende 2012 für den zügigen Weiterbau und dafür, dass die erste Konzertsaison mit siebenjähriger Verspätung endlich durch den nunmehrigen Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) eröffnet werden kann.

Einen Wermutstropfen gibt es aber: Bei den beiden Eröffnungskonzerten am 11. und 12. Januar mit dem Residenzorchester des Hauses, dem NDR-Sinfonieorchester unter Thomas Hengelbrock, mussten Startenor Jonas Kaufmann und die schwedische Sopranistin Camilla Tilling absagen. Für sie springen Pavol Breslik und Anja Harteros ein bei den Konzerten mit Werken von Beethoven, Cavalieri, Liebermann, Messiaen, Praetorius, Rihm, Wagner und Zimmermann.

Bleibt die Gretchenfrage: Wie hält es der 2100 Besucher fassende große Konzertsaal mit der Akustik? Man hat hier viel investiert, einen weltbekannten japanischen Akustiker engagiert und den Saal freischwebend auf Stahlfedern gesetzt. Wenn die Elbphilharmonie hier versagt, wird man sich wieder nach der über 100 Jahre alten Laeiszhalle sehnen. Die hat einen guten Klang, aber von vielen Plätzen aus nur eine eingeschränkte Sicht auf die Bühne. Dieses Haus wird jetzt saniert. 10,75 Millionen Euro kommen dabei vom Bund für ein ausgedientes Haus. Im Pokern sind die Hamburger gut. *Harald Tews*

Der NDR überträgt die Eröffnung am 11. Januar ab 18.30 Uhr live im Radio und im Fernsehen

Konzertsaal, Hotel, Wohn- und Parkhaus: Die auf einem Speicher erbaute Elbphilharmonie Bild: tws

MELDUNGEN

Russland stahl die »Victoria«

Berlin – Die seit Kriegsende verschollene Skulptur „Victoria von Calvatone" aus der Berliner Antikensammlung, die sich bis 1939 im Alten Museum auf der Museumsinsel Berlin befand, ist in Russland wieder aufgetaucht. Angeblich war die Victoria bei der Ankunft in der St. Petersburger Eremitage 1946 in der Abteilung für französische Plastik des 17. Jahrhunderts eingeordnet. Mehrere Jahre hat sie sich im Sonderdepot des Museums befunden, und erst vor Kurzem konnte sie identifiziert werden. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Eremitage haben beschlossen, die Skulptur gemeinsam zu restaurieren. Nicht vereinbart wurde hingegen eine Restitution der Kriegsbeute zurück nach Berlin. *tws*

Das »Mystorial« eines Schweizers

Hamburg – Der Schweizer Sänger DJ BoBo feiert mit seinem Programm „Mystorial" sein 25-jähriges Bühnenjubiläum. Die Welttournee, auf der das neue Album auf der Bühne vorgestellt wird, startet im Januar mit 24 Konzerten in Deutschland. Die ersten Termine finden vom 13. bis 15. Januar im Europa Park Rust statt. Am 21. April geht es in Schwerin weiter. Danach folgen Berlin (22.4.), Dresden (23.4.), Köln (28.4.), Erfurt (29.4.) und Magdeburg (30.4.). Im Mai finden weitere Termine in deutschen Städten statt. Karten gibt es bei www.eventim.de und unter der kostenpflichtigen Telefonnummer (01806) 7570 074. Die Karten sind ab 37 Euro erhältlich, jugendliche Fans bis 20 Jahre zahlen nur die Hälfte. *tws*

Wider den Zeitgeist

Vorbild Galileo Galilei – Der Astronom und sein Kampf gegen Lügen

Das Leben des Galilei regte Bertolt Brecht 1939 zu seinem gleichnamigen Stück an. Es geht um Verrat an der Wissenschaft und um den Übergang von „alter zu neuer Zeit", was in Brechts marxistischem Weltbild übersetzt heißt, die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus.

Tatsächlich bietet das Schicksal des Galileo Galilei, der vor 375 Jahren gestorben ist, reichlich dramatischen Stoff für ein hochaktuelles Schauspiel. Es geht darum, gegen den Strom der herrschenden Meinung anzuschwimmen, sich nicht dem Mainstream von Politik und Medien verpflichtet zu fühlen sowie politisch unkorrekte Meinungen gegenüber einem angepassten Zeitgeist zu vertreten. Für all diese modernen Tugenden könnte ein mutiger Autor den Renaissancemenschen Galilei zum Vorbild nehmen.

Denn Galilei trat als Einzelkämpfer gegen die katholische Kirche an. Seine Behauptung, dass sich die Erde um die Sonne drehte, galt als Blasphemie. In der Bibel steht etwas anderes: Gott hat die Erde in den Mittelpunkt gestellt, um die sich Sonne, Planeten und Sterne drehen. 2000 Jahre lang war dieses geozentrische Weltbild kirchliche und wissenschaftliche Doktrin, bis Copernicus im ostpreußischen Frauenburg etwa 20 Jahre vor Galileis Geburt feststellte, dass es genau umgekehrt ist und sich die Erde um die Sonne dreht. Das heliozentrische Weltbild war aufgrund von mathematischen Berechnungen der Planetenbahnen geboren.

Galilei trat nun die optische Beweisführung an. Dazu nutzte er 1609 in Padua als erster zu astronomischen Zwecken ein Fernrohr, das kurz zuvor ein holländischer Brillenmacher erfunden hatte. Mit 30-facher Vergrößerung erkannte er zu seiner Überraschung bei der Venus ähnliche Phasen wie beim Mond: Mal ist sie kreisrund, mal nur ein schmales Horn. Das ließ sich nur mit dem neuen copernicanischen System erklären.

Als Galilei wenig später Hofmathematiker des Großherzogs in Florenz wurde, war es gefährlich, solche neuen revolutionären Ansichten, die das kirchliche Weltbild erschütterten, zu vertreten. Der Arm Roms reichte bis in die Toskana. Galilei versuchte auf leicht ironische Weise, mit einer Dialogschrift seine Erkenntnisse zu verbreiten. 1632 erschien der „Dialogo", in dem ein Einfaltspinsel namens Simplicio die Meinung der Kirche vertritt.

Für diese Ketzerei sollte der Autor büßen. Während eine Pest wütete, wurde der fast 70-jährige, kränkelnde Galilei in einer Sänfte nach Rom zum Heiligen Offizium der Inquisition geschickt, um seine Theorien zu widerrufen. Die Verhandlung in der Basilika Santa Maria sopra Minerva würde man heute wohl als Schauprozess bezeichnen. Galilei hatte weder einen Anwalt noch bekam er Akteneinsicht. Am Ende gab er nach, die Kirche hatte gesiegt, und er musste kniend mit der Hand auf der Bibel eine Abschwörungsformel lesen: „Ich, Galileo Galilei, habe mit eigener Hand abgeschworen." Dass er beim Verlassen des Gerichts trotzig den berühmten Satz gemurmelt haben soll „Und sie bewegt sich doch", ist wohl nur eine Legende.

Nur weil er aus Zwang Verrat an der eigenen Wissenschaft beging, wurde Galileis Kerkerstrafe in Hausarrest umgewandelt. Die letzten Lebensjahre verbrachte er in seinem Landhaus bei Florenz, wo er am 8. Januar 1642 starb.

1992 rehabilitierte Papst Johannes Paul II. Galilei posthum. Da hatte sich auch die Kirche längst mit der Realität abgefunden und das heliozentrische Weltbild akzeptiert. Die Kirche ist nicht untergegangen, nur weil sich die Erde um die Sonne dreht. Rom hatte weniger Angst vor Galilei als vor der Reformation. Als der Prozess lief, befand sich nördlich der Alpen der Dreißigjährige Krieg gerade in der Halbzeit. Man wollte die Ausbreitung neuer Ideen mit allen Mitteln verhindern.

Es ging also um Machterhalt, und Galilei rüttelte mit nonkonformen Ideen daran. Das macht ihn so modern, dass selbst Brecht neben ihm alt aussieht. 1945 widerrief er sein Galilei-Stück in Teilen, als er nach den Atombombenabwürfen der USA eine pessimistischere Fassung des Stücks anfertigte. Die zuvor von ihm gefeierte „neue Zeit" kann auch ziemlich übel sein. *H. Tews*

Fast wie zu Kaisers Zeiten

Krefelds Kaiser-Wilhelm-Museum präsentiert sich im neuen Glanz

Krefeld sei die Stadt von Samt und Seide. Obwohl es bis auf die Herstellung von Krawatten keine Textilproduktion mehr in der niederrheinischen Stadt gibt, wirbt Krefeld immer noch mit diesem Slogan. Krefeld ist auch eine Stadt der Kunst. Das Kaiser-Wilhelm-Museum ist der Mittelpunkt der örtlichen Kunstmuseen.

Seine Geschichte reicht bis in das Jahr 1872 zurück, als der Krefelder Architekt Hugo Koch erste Ideen dafür entwickelte. Gebaut wurde es dann zu Ehren von Kaiser Wilhelm I. von 1884 bis 1897 im Stil des Eklektizismus. Die Kosten in Höhe von damals 400 000 Mark wurden durch Spenden der Bevölkerung aufgebracht. Eröffnet wurde es das nach Kochs Plänen erbaute Museum am Rande der heutigen Innenstadt dann 1899.

Nach einer langen und wechselvollen Geschichte wurde das Museum 2010 geschlossen, ab 2012 saniert und mit moderner Technik für Klima, Brandschutz und Sicherheit ausgestattet. Der Zugang ist nun auch barrierefrei. Das erklärte Ziel: Das Haus soll national wie international wettbewerbsfähig werden. Anfang Juli vergangenen Jahres erfolgte die Wiedereröffnung.

Die äußere Fassade ist aus Denkmalschutzgründen erhalten geblieben und das Innere komplett neu gestaltet. Dies ist allein schon im Eingangsbereich zu sehen. Im Erdgeschoss gibt es den Kassenbereich und den Museumsladen, und auch die Museumspädagogik sowie die Verwaltung sind hier untergebracht.

Der prunkvolle Treppenbereich aus der Anfangszeit des Gebäudes wurde entfernt. Die Treppenaufgänge befinden sich jetzt links und rechts vom Eingang und sind durch Glaswände vom Eingang abgetrennt. Dieser Ansatz hat auch architektonisch einen Sinn. Durch die Fenster im Treppenhaus soll der Blick des Besuchers auf die nahegelegene Innenstadt, also nach außen, gelenkt werden.

In den beiden oberen Stockwerken gibt es rund 1000 Quadratmeter Ausstellungsfläche pro Etage, wobei durch die Umgestaltung des Treppenhauses zusätzliche Flächen hinzugekommen sind. Weiße Wände lenken den Blick auf die Kunst. War das Gebäude 1899 bei der Eröffnung sehr klassisch, ist das Museum heute sehr modern. Es soll eben ein Ort der Begegnung sein.

Das „Abenteuer unserer Sammlung I" heißt die noch bis zum 19. Februar laufende erste Kunstpräsentation des wiedereröffneten Museums. Fotografie, Licht- und Videokunst, Malerei, Holzschnitte, Bildhauerei, Steinzeug und Porzellan sind zu sehen. Klassiker der Malerei wie Claude Monet, Heinrich Campendonk, Wilhelm Lehmbruck, Max Slevogt und Emil Nolde sind modernen Künstlern wie Bernd und Hilla Becher, Christo, Candida Höfer und Tony Cragg gegenübergestellt. Im zweiten Obergeschoss sind zwei Ausstellungsbereiche Johann Thorn Prikker und Joseph Beuys vorbehalten. Der Besucher erhält so einen sehenswerten Überblick über die Kunst des 20. Jahrhunderts. *Andreas Rüdig*

Kaiser-Wilhelm-Museum, Joseph Beuys-Platz 1, Krefeld, geöffnet Dienstag bis Sonntag 11 bis 17 Uhr, Montag geschlossen. Eintritt: 7 Euro. Telefon (02151) 97558-0, www.kunstmuseenkrefeld.de

Bild: Volker Döhne, Kunstmuseen Krefeld

Im Rampenlicht: Kaiser-Wilhelm-Museum

Putschisten oder radikalen Moslems helfen?

Der algerische Bürgerkrieg stürzte die westliche Wertegemeinschaft in ein moralisches Dilemma

Vor 25 Jahren verhinderte das algerische Militär, dass die radikalen Moslems die Macht im Lande übernahmen. Damit löste es einen Bürgerkrieg aus, der bis 2002 andauerte und zur Bildung von muslimischen Terrorgruppen führte, deren Nachfolger noch heute für Unsicherheit in manchen Regionen des Maghreb-Staates sorgen.

Nach acht Jahren blutigen Krieges erlangte die französische Kolonie Algerien im Juli 1962 ihre Unabhängigkeit. Anschließend verließ ein Großteil der Fachkräfte aus dem Mutterland die neu gegründete Demokratische Volksrepublik. Dadurch kam es in der Folgezeit zu erheblichen wirtschaftlichen Problemen und Versorgungsengpässen, die sich weiter verschlimmerten, als in den 80er Jahren der Ölpreis verfiel und die Exporteinnahmen Algeriens drastisch sanken. Darauf reagierte Präsident Chadli Bendjedid mit weitreichenden Privatisierungmaßnahmen, die nun allerdings auch noch zu Massenentlassungen und sozialen Spannungen führten. Von letzteren profitierte ganz besonders die Islamische Heilsfront (FIS, Front Islamique du Salut). Diese erste nach der demokratischen Verfassungsänderung von 1989 offiziell zugelassene radikale islamische Partei schaffte es, bis Anfang der 90er Jahre die Mehrheit der oppositionellen Bewegungen hinter sich zu vereinen. Ihr Erfolg beruhte vor allem auf dem großen Einfluss der radikalen Moslems in den Bildungseinrichtungen sowie ihrem ausgedehnten Netzwerk, zu dem 9000 Moschee-Gemeinden gehörten.

Als am 12. Juni die ersten freien Kommunalwahlen stattfanden, nahm auch die 1989 gegründete FIS daran teil. Im Wahlkampf versprach sie sowohl materielle Verbesserungen als auch eine radikale Wende weg vom verhassten bisherigen System und hin zur Herrschaft des Korans und der Scharia. 54,2 Prozent der abgegebenen Stimmen errang die FIS, womit sie die seit der Erlangung der Unabhängigkeit Algerien regierende sozialistische Nationale Befreiungsfront (FLN, Front de Libération Nationale) klar schlug, die nur auf 28,1 Prozent kam.

Dies alarmierte nicht zuletzt das Militär des Landes, das ähnlich wie in der Türkei zu den Säulen des Säkularismus in Algerien zählte und den Aufstieg der FIS mit allergrößtem Misstrauen verfolgte. Allerdings wartete es noch bis zur ersten Runde der Parlamentswahlen am 26. Dezember 1991 – hoffend, die Islamisten hätten ihren Zenit bereits überschritten. Doch dem war nicht so. Die FIS unter Spitzenkandidat Abdelkader Hachani gewann 188 von insgesamt 430 Sitzen und es war zu erwarten, dass sie beim zweiten, abschließenden Wahlgang am 13. Januar 1992 zahlreiche weitere Mandate und damit die Zweidrittelmehrheit erlangen würde. Damit wäre die FIS in der Lage gewesen, die Verfassung zu ändern und Algerien ganz legal in eine islamische Republik nach dem Vorbild des Iran zu verwandeln – der übrigens auch als Hauptfinanzier der FIS auftrat. Deshalb beschlossen Verteidigungsminister Khaled Nezzar und Innenminister Larbi Belkheir, die nicht nur Kabinettsmitglieder, sondern auch Generalmajore des Heeres waren, umgehend zu handeln.

Am 11. Januar 1992 annullierten die beiden im Einklang mit weiteren hochkarätigen Militärs das Wahlergebnis vom Dezember. Dem folgten die Auflösung des Parlaments, der erzwungene Rücktritt von Präsident Chadli Bendjedid, die Ausrufung des Notstands und das Verbot der FIS. Anschließend etablierten die Militärs den „Hohen Staatsrat“, dessen Vorsitz Muhammad Boudiaf übertragen bekam, ein prominenter Rebellenführer aus dem Befreiungskrieg, der nach der Gründung der Republik vom FLN-Regime ins marokkanische Exil gedrängt worden war und der nun als überparteiliche Integrationsfigur fungieren sollte.



Algeriens säkular gesinnte Streitkräfte brachten die Islamische Heilsfront um den Wahlsieg: Soldat der Republikanischen Garde in seinem gepanzerten Fahrzeug Bild: Getty

Allerdings konnte Boudiaf die geplanten Reformen nicht einmal ansatzweise in Angriff nehmen, weil er am 29. Juni 1992 von seinem der FIS nahestehenden Leibwächter Lambarek Boumaarafi erschossen wurde, wonach der Diplomat Ali Hussain Kafi an die Stelle des Ermordeten trat.

> Vor 25 Jahren putschte das Militär

Das Attentat bot der Junta um Nezzar willkommene Handhabe, mit äußerster Härte gegen die zunehmend militanter auftretenden Islamisten vorzugehen. Diese hatten sich inzwischen in der straff salafistisch ausgerichteten Groupes Islamiques Armés (GIA) sowie der Armée Islamique du Salut (AIS), dem bewaffneten Arm der zerschlagenen FIS, zusammengeschlossen. Daraufhin entbrannte ein Bürgerkrieg, in dem die GIA die Parole ausgab, die Regierung in Algier bestehe aus „Ungläubigen“, und der durch massive Gewalttaten sowie wechselseitige „False-Flag“-Aktionen geprägt war, also (Un-)Taten unter falscher Flagge, um den Gegner in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen und ein umso härteres Vorgehen gegen ihn als legitim erscheinen zu lassen. So verübten Agenten des staatlichen Geheimdienstes Département du Reinseignement et de la Sécurité (DRS) terroristische Anschläge, die anschließend den radikalen Moslems in die Schuhe geschoben wurden. Diese wiederum sandten Mordkommandos aus, deren Aufgabe darin bestand, an angeblichen Kontrollstellen Zivilisten zu massakrieren und das Ganze dann als Übergriff von Regierungstruppen erscheinen zu lassen. Darüber hinaus töteten die GIA-Kämpfer auch mehr als 700 Frauen mit „unislamischem Lebenswandel“.

Das westliche Ausland stand nach dem Putsch vor dem Dilemma, dass es weder die repressive Junta in Algier noch die muslimischen Terrorbanden unterstützen wollte, aber unbedingt ein Ende der Kämpfe in nur knapp 200 Kilometern Entfernung von der europäischen Küste wollte. Dann freilich machte die GIA den Fehler, auch Frankreich den „Heiligen Krieg“ zu erklären und in diesem Zusammenhang Staatspräsident Jacques Chirac ultimativ aufzufordern, zum Islam zu konvertieren. Daraufhin gewährten Paris, die EU und der Internationale Währungsfonds dem seit 1994 bankrotten algerischen Staat umfangreiche Finanzhilfen. Nach fünf GIA-Bombenanschlägen an der Seine kam dazu ab 1995 noch die Lieferung von Rüstungsgütern wie Kampfhubschraubern und Nachtsichtgeräten vonseiten Frankreichs.

Der durch den Putsch von Anfang 1992 entfesselte Bürgerkrieg in Algerien endete 2002 mit dem Triumph der Regierung des neuen Präsidenten Abd al-Aziz Bouteflika über die GIA, nachdem die AIS bereits 1999 die Waffen gestreckt hatte. Der Aufstand der radikalen Moslems wegen des vorenthaltenen Wahlsieges kostete zwischen 60 000 und 150 000 Personen das Leben.

Allerdings konnten längst nicht alle islamischen Terrorgruppen in Algerien ausgemerzt werden. Davon zeugt beispielsweise die Existenz von Organisationen wie al-Qaida au Maghreb islamique (AQMI) oder Jund al-Khalifa. Letztere schwor mittlerweile dem Anführer des Islamischen Staates, Abu Bakr al-Baghdadi, die Treue. Die Bedrohung durch den radikalen Islam besteht also weiter fort.

Wolfgang Kaufmann

Eine posthume Genugtuung war ihr vergönnt

Charlotte Berend-Corinth opferte ihre eigene Karriere der ihres Lehrers und Mannes Lovis Corinth

Charlotte Berend-Corinth ist vor allem als Schülerin, Modell und Geliebte des Malers Lovis Corinth überliefert, der die um Jahrzehnte jüngere Frau schließlich heiratete. Der berühmte Künstler, der ein wildes Leben mit Wein, Weib und Gesang gelebt hatte und längst zum Menschenverächter geworden war, gewann mit sinkender Schaffenskraft eine aufblühende Kindfrau, die ihn mit ihrer Lebensfrische zu einem neuen Schaffenshoch inspirierte. Dabei wurde die Malerin Berend von ihrem alternden Mann zur Hausfrau, Mutter und Seelentrösterin degradiert, was sie selbstlos hinnahm. Trotzdem haderte die Künstlerin nicht mit ihrem Schicksal. Im Gegenteil. Selbst nach dem Tod ihres Mannes, als sie endlich Zeit für ihre eigene Kunst besaß, pflegte sie vor allem die Erinnerung an ihn. So blieb die begabte Frau, die als Malerin, Lithographin, Buchillustratorin und Autorin der Moderne auf eigene Leistungen verweisen konnte, auch über ihren Tod vor 50 Jahren hinaus im Schatten ihres berühmten Mannes.

Die Künstlerin wurde am 25. Mai 1880 als Tochter des jüdischen Kaufmanns Berend in Berlin geboren. Bereits als Kind offenbarte sie mit ihrer Schwester Alice künstlerische Talente. Alice schrieb und entwickelte sich zur Schriftstellerin. Charlotte zeichnete und bestand nach heimischem Schulbesuch mit Billigung der Eltern 1898 unter 85 Bewerben die Aufnahmeprüfung für die Staatliche Kunstschule in Berlin. Sie war die zweite Frau im männlichen Studentenkreis. Schon das sagt etwas über ihre Begabung aus. Zu ihrem Vater sagte sie voller Selbstbewusstsein: „Ich will nicht Klavier klimpern, Deckchen sticken und Fränzösisch parlieren. Ich will Malerin werden.“ Der Vater tolerierte den eigenwilligen Ausbruch seiner Töchter aus dem bürgerlichen Rollenverständnis. Zwei Jahre danach wählte der Kaufmann Berend nach Fehlspekulationen an der Börse und Verlust seines Vermögens allerdings den Freitod. Ein Schock für die Familie, dem gravierende finanzielle Einschränkungen bis hin zum Wohnungswechsel vom vornehmen Kurfürstendamm nach Halensee folgten.

> Für ihren Mann bedeutete ihre Malerei »Egoismus

1901 erfuhr Charlotte von der neuerlichen Anwesenheit des Malers Corinth in Berlin, dessen Bilder sie schätzte. So nahm sie ihre besten Arbeiten und begab sich in die Klopstockstraße, um sich dem Meister vorzustellen. Sie wurde seine Schülerin, bald sein bevorzugtes Modell und schließlich seine Geliebte. Corinth ahnte wohl, was er an der talentierten jungen Frau mit Persönlichkeit hatte. Sie wurde seine Muse und im Interesse der Bewahrung seine Frau. Es gab viele glückliche Tage und besonders glückliche im Landhaus in Lychen bei Templin in der Uckermark, wo sie über Jahre immer wieder viele Wochen verbrachten. Doch als Charlotte dann der Berliner Sezession ein recht gelungenes Bild einreichte, fehlte in der prominenten Jury nur eine Stimme zur Annahme. Es war die Stimme ihres Mannes. Für Corinth bedeutete ihre Malerei „Egoismus“.

Später schrieb sie dazu: „Zu Hause war es in den letzten Jahren nicht leicht für mich. Jedes Gespräch drehte sich um diese oder jene Verträge, die zu machen waren. Alle Verleger wollten uns leider betrügen, und wir sind fast immer reingefallen ... Ich schrieb diese Briefe, aber ungern, machte die Steuern ab, mit Widerwillen, ich machte den praktischen Apparat, und da unsere Existenz damit verbunden war, so war es verantwortungsvoll ... Da er diese Sachen nicht konnte und betrogen wurde, habe ich mich zur vernünftigen Frau entwickeln müssen.“ An anderer Stelle heißt es: „Wenn ich zurückdenke, wie ich es durchgesetzt hatte zu malen, trotz Schwangerschaft, trotz Arbeit bei den kleinen Kindern, trotz Wirtschaft, Kochen jahrelang, Modell stehen, trotz aller Kraftabgaben an Corinth und an die Kinder jederzeit, durchs ganze Leben hin. Und immer ruft die innere Stimme: Gib dich nicht auf! Ich bin trotz Fleißes nur sprunghaft vorangekommen, denn ich durfte nur einen Teil meiner Kraft für mich brauchen.“

Nach der Ablehnung ihres Bildes durch die Berliner Sezession legte ihr der bekannte Maler Ferdinand Hodler seine Bewunderung zu Füßen und vermerkte seine Enttäuschung über Corinth. Aber Berend-Corinth ignorierte alle Annäherungsversuche und hielt zu ihrem Mann, der 1925 in Zandvoort in Holland verstarb. Sie organisierte nun Ausstellungen für seine Bilder, gründete in Berlin eine eigene Malschule, reiste viel, malte verstärkt auch selbst und festigte als Künstlerin mit ihren Bildern ihren eigenen Ruf, ehe sie 1939 in die USA emigrieren musste, wo sie am 10. Januar 1967 in New York verstarb. Kurz darauf wurden ihre Bilder in den gleichen Räumen der Berliner Nationalgalerie gezeigt wie die ihres berühmten Mannes 1926. Eine späte Genugtuung. *Martin Stolzenau*


Im Berliner Atelier 1908: Lovis und Charlotte Corinth Bild: CF

Licht ins Dunkel der Südtirol-Frage

Jüngste Forschungen legen offen, wie Rom während der »Bombenjahre« manipulierte und täuschte

Geschichte bedarf bisweilen der Revision. Revision heißt, sie aufs Neue in den Blick zu nehmen. Eine „revisionistische“ Umschreibung zeitgeschichtlicher Gewissheiten ist aufgrund der neuerlichen Inaugenscheinnahme des an Spannungen reichsten Kapitels der jüngeren österreichisch-italienischen Beziehungen zwingend geboten.

Dieses Kapitel ist vom Südtirol-Konflikt sowie vom Freiheitskampf mutiger Idealisten geprägt gewesen. Der österreichische Militärhistoriker Hubert Speckner, der sich wie nie jemand zuvor intensiv mit den brisantesten Akten seines Staates über die Geschehnissen der 1960er Jahre befasste, hat dazu nun Ende vergangenen Jahres eine beeindruckende, großformatige Publikation von nahezu 800 Seiten vorgelegt, in der er manches zuvor für sicher, weil „wahr“ Gehaltene ins rechte Licht rückt und damit vom Kopf auf die Füße stellt.

Das vom Verlag Gra&Wis in Wien herausgegebene Buch „Von der ‚Feuernacht‘ zur ‚Porzescharte‘. Das ‚Südtirolproblem‘ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“ ist Ergebnis und Ertrag disziplinierter langjähriger, umfassender Studien im Archiv der Republik, der 1983 gegründeten jüngsten Archivabteilung des Österreichischen Staatsarchivs. Darüber hinaus erstreckten sich seine Studien auf die – der Öffentlichkeit nicht zugänglichen – Bestände der Staatspolizei (StaPo) und der Justiz sowie auf einschlägige Dokumentationen des Entschärfungsdienstes des Innenministeriums und erfassen schließlich auch „streng geheime“ Bestände des Verteidigungsministeriums über den Einsatz des österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Italien im Jahre 1967. Daraus ergab sich für den promovierten, an der Landesverteidigungsakademie in Wien tätigen Oberst der Befund, dass der Truppeneinsatz sozusagen den Höhepunkt der „verstärkten Grenzüberwachung“ der Sicherheitskräfte der Republik Österreich nach der „Feuernacht“ (11./12. Juni 1961) in Südtirol bildete. Damals hatten Aktivisten des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) in einer konzertierten Aktion mittels Sprengung von ungefähr 40 Hochspannungsmasten die Energieversorgung im Bozner Becken zeitweise lahmgelegt und damit der Industrie Norditaliens partiell Schaden zugefügt.

Von 1961 bis zum Sommer 1967, dem absoluten „Höhepunkt“ der Südtirol-Problematik nach dem Zweiten Weltkrieg, geriet Österreich unter wachsenden Druck durch Italien.



Auch hierfür wurde der BAS zu Unrecht verantwortlich gemacht: Sprengung des Hoferdenkmals in Innsbruck Bild: Interfoto

Der spektakulärste und für die damaligen österreichisch-italienischen Beziehungen folgenschwerste Vorfall trug sich am 25./26. Juni 1967 auf der Porzescharte, am Grenzverlauf zwischen Osttirol und der italienischen Provinz Belluno, zu. Die vorliegenden österreichischen Akten beweisen zweifelsfrei, dass die offizielle italienische Version, gemäß der die angeblich von drei „Terroristi“ aus Österreich begangene Tat – Sprengung eines Strommastes und Verlegen einer Sprengfalle, bei deren Detonation vier Soldaten getötet und einer schwer verletzt worden sein sollen – so nicht stimmen kann. Darüber hinaus ging aus mehreren Geländebegehungen und Feldstudien sowie aus der Expertise ausgewiesener Sachverständiger die sprengtechnische Unmöglichkeit dieser bis heute offiziellen Darstellung hervor, was Italien bis zur Stunde ignoriert. Für die Experten gilt es als gesichert, dass sich dort mindestens drei Explosionen ereignet haben müssen. Und es zeigt(e) sich mit einiger Deutlichkeit, dass Angehörige von „Gladio“ im Zuge der von staatsstreichbeseelten Militärgeheimdienstoffizieren verfolgten „Strategie der Spannungen“ als wahre Verursacher der Geschehnisse gelten müssen. „Gladio“ (Kurzschwert) war der Deckname für eine geheime sogenannte Stay-behind-Organisation oder Überrollgruppe, deren Sinn und Zweck es eigentlich war, nach einem Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in Italien Guerillaoperationen und Sabotageakte gegen die Invasoren durchzuführen, und deren Machenschaften erst nach dem Kalten Krieg zu Beginn der 1990er Jahre publik wurden. Was für die 1971 in Florenz zu Unrecht – weil für eine nicht begangene Tat und darüber hinaus wider die Europäische Menschenrechtskonvention, weil in Abwesenheit – zu lebenslanger Haft verurteilten drei Österreicher, von denen noch zwei am Leben sind, bis zur Stunde folgenlos geblieben ist.

Aus dem was Speckner sorgsam zusammengetragen, gründlich ausgewertet und im Zusammenwirken mit Sachverständigen aufbereitet sowie durch schlüssige Analysen untermauert hat, lassen sich wichtige Erkenntnisse gewinnen und resümierend einige „revisionistische“ Schlüsse ziehen. Der BAS-Grundsatz, wonach „bei Anschlägen keine Menschen zu Schaden kommen dürfen“, wurde trotz Eskalation der Gewalt zwischen 1961 („Feuernacht“) und 1969 (mehrheitliche Annahme des sogenannten Südtirol-Pakets durch die Südtiroler Volkspartei) weitestgehend eingehalten. Der Tod nahezu aller während dieser Jahre gewaltsam ums Leben gekommenen Personen ist nicht dem BAS als solchem anzulasten, wie dies fälschlicherweise von der italienischen Justiz und diversen Medien wahrheitswidrig festgestellt sowie verbreitet wurde und noch heute behauptet wird.

Stattdessen handelt es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um Unfälle – so im Falle des Todes von Bruno Bolognesi in der Pfitscherjoch-Hütte am 23. Juni 1966 sowie von Herbert Volgger, Martino Cossu und Franco Petrucci am 9. September 1966 auf der Steinalm-Hütte. Oder um einen Unfall in Verbindung mit einer Geheimdienstaktion – so im Falle des Todes von Olivo Dordi, Francesco Gentile, Mario Di Lecce und Armando Piva auf der Porzescharte am 25./26. Juni 1967. Oder um reine Geheimdienstaktivitäten wie im Falle des Todes von Filippo Foti und Edoardo Martini im „Alpenexpress“ zu Trient am 30. September 1967. In den Fällen des Todes von Vittorio Tiralongo (3. September 1964) sowie des Palmero Ariu und des Luigi De Gennaro (26. August 1965), schließlich auch des Salvatore Gabitta und Guiseppe D’Ignoti (24. August 1966) sind die allfälligen Strafverfahren ohne Anklageerhebung infolge nicht ausreichender Erkenntnisse ohnedies eingestellt worden.

Für einige im Zusammenhang mit der Südtirol-Frage zwischen 1961 und 1963 in Österreich geplante und/oder ausgeführte Anschläge ist dem BAS ursprünglich fälschlicherweise die Täterschaft zugeschrieben worden. Es waren dies die Explosion einer am Denkmal der Republik in Wien angebrachten Sprengladung (30. April 1961), die Sprengung des Andreas-Hofer-Denkmals in Innsbruck (1. Oktober 1961), Schüsse auf die italienische Botschaft in Wien (8. Oktober 1961), Anschlagsversuche am Wiener Heldenplatz (27. Dezember 1961) und auf das sowjetische Ehrenmal („Russendenkmal“) in Wien (18. August 1962) sowie der für den Gendarmen Kurt Gruber todbringende Sprengstoffanschlag in Ebensee (23. September 1963), bei dem es zudem zwei Schwer- und neun Leichtverletzte gab. Diese Taten waren indes von italienischen Neofaschisten beziehungsweise von österreichischen Rechtsextremisten, die nicht dem BAS angehörten oder mit ihm in Verbindung standen, begangen worden.

> Neues Standardwerk des an der Landesverteidigungsakademie in Wien tätigen Obersten Hubert Speckner

Ein Zusammenhang zwischen den Anschlägen und dem BAS wurde wahrheitswidrig von ideologisierten Personen sowie von (bewusst) falsch informierten/informierenden Medien in Österreich und nicht zuletzt von italienischen Stellen zur Gänze behauptet, um den BAS zu diskreditieren.

Der Südtiroler Freiheitskampf der 1960er Jahre war letztendlich erfolgreich und hat entscheidend zur politischen Lösung des Konflikts durch das Südtirol-Paket beigetragen. Speckner legt dar, dass zum „Höhepunkt“ des Aufbegehrens der BAS-Aktivisten etwa 15 000 Angehörige italienischer Sicherheitskräfte zusätzlich in Südtirol stationiert wurden und somit dort das italienische Militär auf insgesamt etwa 40 000 Mann aufgestockt worden war. Dennoch war deren Einsatz letztlich praktisch wirkungslos. Aufgrund dieses Umstands hatte der Ruf der italienischen Streitkräfte stark gelitten. Und wegen dieses Gesichtsverlusts und der enorm hohen zusätzlichen Kosten hätten in Rom letztendlich die Tauben über die Falken die Oberhand gewonnen. Darauf sei es zurückzuführen, dass unter Aldo Moro, Ministerpräsident von 1963 bis 1968 und 1974 bis 1976, eine politische Lösung, das Südtirol-Paket, habe erreicht werden können. Damit dürfte durch Speckners Studie auch die von dem Innsbrucker Zeitgeschichtler Rolf Steininger aufgestellte und – wider alle Einwände von Zeitzeugen – vertretene These, dass der Südtiroler Freiheitskampf kontraproduktiv gewesen sei („Trotz und nicht wegen der Attentate wurde die 19er Kommission eingesetzt“) als widerlegt gelten.

Auf italienischen Druck hin und aus angeblicher Staatsräson hatte Wien damals wider besseres Wissen in vielen die Südtirol-Frage bestimmenden Angelegenheiten den römischen Forderungen nachgegeben. Und zum Nachteil von Südtirol-Aktivisten war seinerzeit von beteiligten österreichischen Stellen sozusagen aus vorauseilendem Gehorsam, mitunter aber auch aus bestimmten Interessenlagen, Recht gebeugt worden. Es wäre daher nur recht und billig, dass Österreich alles unternähme, um auf die völlige Rehabilitation der in Italien zu Unrecht Verurteilten und in aller Öffentlichkeit Stigmatisierten hinzuwirken. Wien sollte zudem offensiv gegenüber Rom auftreten, damit Italien seine diese Zeit betreffenden Archivalien freigibt und seiner moralischen Verpflichtung nachkommt, der Forschung die Möglichkeit zur Revision dieses unsäglich geklitterten Kapitels auch seiner eigenen politischen Geschichte zu gewähren. Schuldig wäre es dies sowohl den fremden wie den eigenen Opfern. *Reinhard Olt*

»U-Boats offshore!«

Vor 75 Jahren eröffnete die Kriegsmarine ihre U-Boot-Offensive gegen die Schifffahrt vor der nordamerikanischen Ostküste

Mit der deutschen Kriegserklärung an die USA erhielt die deutsche Marine im Dezember 1941 volle Handlungsfreiheit gegenüber US-amerikanischen Schiffen. Für Admiral Karl Dönitz, den Befehlshaber der Unterseeboote, bedeutete dies zudem die Möglichkeit zur Ausweitung des Operationsgebietes seiner Boote bis in den Westatlantik. Dabei griff er auf Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg zurück. Damals hatte die Kaiserliche Marine U-Boote an die Seeverbindungswege gelegt, auf denen der von den USA über den Nordatlantik geführte Verkehr ablief. Da der transatlantische Handelsverkehr überwiegend durch freien Seeraum führte, war er am wirkungsvollsten an seinen Ausgangs- und Endpunkten zu unterbinden. Die Endpunkte lagen weit auseinander in den europäischen Gewässern. Die Ausgangspunkte dagegen verdichteten sich in operativ günstiger Weise an der US-amerikanisch-kanadischen Küste, wo die deutschen U-Boote unter den alliierten Schiffen reiche Ernte hielten. An diese Erfolge von einst wollte Dönitz anknüpfen.

So eröffneten 25 Jahre nach dem ersten Erscheinen deutscher U-Boote vor der nordamerikanischen Ostküste am 14. Januar 1942 die Detonationen der Torpedos von fünf deutschen U-Booten des Typs IX die „Operation Paukenschlag“. Damit wurde der Unterseehandelskrieg erneut vor die US-amerikanischen und kanadischen Häfen getragen. Hier, in den von der US-Marine als sicher eingestuften „home waters“, fanden die U-Boot-Kommandanten zunächst friedensmäßige Verhältnisse vor: Die Küsten und Städte waren nicht abgeblendet, die Leuchtfeuer waren in Betrieb, und die Schifffahrt bewegte sich mit gesetzten Lichtern auf den angestammten Kursen. Maßnahmen zur U-Boot-Abwehr waren nicht getroffen worden, und die wenigen Gegenangriffe der amerikanischen Seestreitkräfte verliefen erfolglos, so dass die deutschen U-Boote überaus erfolgreich operieren konnten.

> Mit »Paukenschlag« zum Erfolg

Von diesem Zeitpunkt an hielten sich ständig U-Boote in diesem verkehrsreichen Operationsgebiet auf. Die alliierten Schiffsraumverluste stiegen dramatisch an, und der Warnruf „U-Boats offshore!“ scholl durch die amerikanischen Küstenstädte. Innerhalb eines halben Jahres hatten die deutschen U-Boote die Hälfte der US-amerikanischen Handelsflotte im Westatlantik versenkt, einen Großteil davon direkt unter Land. Gleichzeitig gingen in diesem Zeitraum nur sechs U-Boote verloren.

Neben dem Tonnageverlust fügten die im Westatlantik operierenden U-Boote den Alliierten weiteren Schaden zu, indem sie die feindlichen Seestreitkräfte zur Zersplitterung und den feindlichen Seehandelsverkehr zu zeitraubenden Umwegen und Verkehrserschwerungen zwangen. Eine weitere Folge ihrer Tätigkeit waren die Sperrung überseeischer Häfen, die Verunsicherung der Menschen und der Wirtschaftskreise in den amerikanischen Küstenstädten, die Anhebung der Seeversicherungsprämien und gravierende Stockungen im Schiffsverkehr.

Erst als sich die US-Marine endlich aus ihrer Schockstarre gelöst hatte und ihre Abwehrmaßnahmen erheblich verstärkte, ließ Dönitz die Aktivitäten seiner Boote im Westatlantik reduzieren, ohne jedoch auf eine andauernde Präsenz dort zu verzichten und dadurch den permanenten Druck von der feindlichen Handelsschifffahrt und den Seestreitkräften an den westatlantischen Verkehrsknotenpunkten zu nehmen. Mitte 1943 unternahmen die deutschen U-Boote zwei weitere erfolgreiche Offensiven gegen die Schifffahrt vor der amerikanischen Ostküste. *Jan Heitmann*

Die Polizei wird verheizt

Zu: Blutweihnacht (Nr. 51)

Die Bundeskanzlerin und ihr Innenminister sowie fast alle Medien stehen nach diesem erneuten Verbrechen weiter eisern und stur zu ihrer Parole „Der Islam gehört zu Deutschland“ und zur „Willkommenskultur“ sowie zu dem Spruch „Wir schaffen das“. Seit einem Jahr fehlt aber ein kompromissloses Gesamtkonzept im Kampf gegen den Islamismus und IS-Terrorismus.

Die Linken, Grünen und Teile der SPD, Kirchen und Sozialverbände sind nach wie vor gegen Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern und in ihren Heimatländern verurteilten Zugewanderten sowie Wirtschaftsflüchtlingen. Sie fahren weiter ihren Kuschelkurs und wollen gegen die Bevölkerungsmehrheit eine multikulturelle Gesellschaft.

Sogenannte Gutmenschen nehmen weiterhin nicht zur Kenntnis, dass von den Asylflüchtlingen um die 80 Prozent alleinstehende islamische Männer sind, fast immer ohne Papiere, Herkunftsnachweisen, behördlichen Überprüfungen und festen Wohnadressen. Für die Gutmenschen sind die begangenen Verbrechen stets nur Einzelfälle. Gerichte sprechen regelmäßig lasche Urteile aus oder es kommt zu kleinen Bewährungsstrafen oder abzuleistende Sozialstunden, worüber sich die Täter lustigmachen. Die Polizei wird in ihrem schweren Dienst verheizt.

Wie lange sollen übrigens unsere zahllosen bedürftigen Mitbürger und Obdachlosen beim Bundes- und den 16 Landesfinanzministern auf Wohnungen und auch auf Milliarden-Unterstützungen warten? **Hans-Jürgen Herwig, Hameln**

Klare Meinung zu Meinungsumfragen

Zu: Schizophren (Nr. 50)

Ich wäre mit dem Vorwurf der Geisteskrankheit bei den Befragten von Meinungsforschern nicht so schnell bei der Hand. Die Unstimmigkeiten zwischen Beurteilungen der Regierung einerseits und der Kanzlerin andererseits haben wahrscheinlich ganz andere Gründe.

Die ermittelnden Anstalten sind geschäftliche Unternehmen. Als solche dürften sie darauf achten, was ihre Auftraggeber gern hören. Solche Rücksichtnamen fließen in die Fragestellung ein.

Durch geschickte Wortwahl lässt sich allerhand erreichen. Warum sollten Meinungsforscher gewissenhafter vorgehen als die ARD, die in der „Tagesschau“ täglich einseitig gefärbte Bilder der Ereignisse liefert?

Eine weitere Fehlerquelle bildet die Art der Befragung. Beim Ermitteln von Meinungen eines sogenannten repräsentativen Querschnitts sind die Befragten dem Institut persönlich bekannt.

Wer wird unter diesen Umständen Ansichten äußern, die von den Medien als „populistisch“ gebrandmarkt werden? Also auch die Meinungen selbst sind nicht ganz frei, sondern wohl überlegt und gewichtet. Obendrein sind fünf Prozent Schwankungsbreite bei den Unschärfen technisch kaum vermeidbar.

Das gilt vor allem dann, wenn die Meinungs-Äußerungen über die Kanzlerin von anderen Befragten stammen als die Beurteilung der Regierung. Unter diesen Umständen würde ich die „Einfaltspinsel“ eher bei den Leuten suchen, die den Ergebnissen der Meinungsforscher blind vertrauen. **Volker Wittmann, Philippsburg**

Kaum Optimismus

Zu: Blutweihnacht (Nr. 51) und Merkels Opfer (Nr. 51)

Es ist ohnehin nahezu unerträglich, die Figuren der in Deutschland agierenden Politiker erleben zu müssen. Nun haben sie eine neue Plattform gefunden, um von ihrer eigenen Schandpolitik der Unfähigkeit und der Dominanz einer krankhaften Ideologie abzulenken. Mit geheuchelter Miene unter krokodilstränenreichen Bekundungen von „Trauer, Abscheu, Erschütterung, Betroffenheit“ werden die unschuldigen Opfer des Berliner Attentats dagegen auch noch verhöhnt.

Dabei hat doch erst die katastrophale Politik der sogenannten Willkommenskultur von Bundespräsident Gauck bis Kanzlerin Merkel, von SPD-Chef Gabriel bis Niedersachsens Ministerpräsident Weil, von CDU bis grün, rosarot, rot und blutrot zu diesem Wahnsinn geführt, dass jeder, auch jeder Verbrecher, ungehindert in dieses Land kommen darf und – steuergestützt – tun und lassen kann, was er will.

Und wer vor vielen, vielen Monaten schon längst besorgt davor gewarnt hatte, wie zum Beispiel die Pegida-Bewegung und die AfD, der wurde und wird nach wie vor als „Pack“ verleumdet. Wohin wird uns in Deutschland, in Europa und in der Welt diese Politik von professionellen Dilettanten führen? Eine Antwort lässt vor Beginn eines neuen Jahres wenig Optimismus aufkommen.

Trotzdem – ich wünsche der Redaktion, allen Autoren und den Lesern der *Preußischen Allgemeinen* viel Optimismus und Kraft für 2017! **Manfred Kristen, Freital**



Blumenmeer am Berliner Breitscheidplatz: Die Bürger zeigen Anteilnahme, die Politiker warnen nur vor Pauschalurteilen Bild: Mauritius

Verdummungspropaganda wird noch lauter erschallen

Zu: Blutweihnacht (Nr. 51)

Mich wundert es nicht, dass nach dem grausamen Anschlag in Berlin bundesweite Proteste ausblieben. Schließlich lässt die nahezu gleichgeschaltete Medienschickeria nicht zu, was aus ideologischen Gründen nicht sein darf. Ganz im Gegenteil: Die Verdummungspropaganda wird jetzt sogar noch lauter und noch dreister erschallen, als sie es ohnehin schon tat.

Das merkt man auch im beruflichen Alltag, wo es kaum noch Tabuthemen gibt, außer jenen, die eben nicht thematisiert werden dürfen, weil es der „große Bruder“ nicht erlaubt. Dies ist insbesondere der allgemeinen Einschüchterungs- und Verunsicherungsmethodik eines anscheinend stark komplexbelasteten Justizministers Heiko Maas und wiederum den Massenmedien zu verdanken. Niemand möchte den Anschein erwecken, Meinungen einer Bevölkerungsgruppe zu vertreten, die sozial geächtet wird und als „demokratiefeindlich“ gilt.

Teilweise kann man es den Berufskollegen noch nicht einmal übelnehmen, denn irgendwo müssen die Profiteure der Flüchtlingskatastrophe ja zu finden sein. Beispiel gefällig? Die Gattin eines Kollegen ist – böse ausgedrückt – eine abgewrackte Unternehmensberaterin, die keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen hat, seit sie sich selbstständig machte. Die Asylantenströme bedeuten für sie jedoch ein unverhofftes großes Glück, denn nun kann sie sich vor Aufträgen nicht mehr retten. Allerdings streicht sie jetzt nicht mehr die Personalpläne von Unternehmen zusammen, sondern gibt Deutsch- und Benimmunterricht für Asylbewerber.

Da verbietet sich jegliche Kritik schon aus unternehmerischen Gründen, auch wenn es einiges zu berichten gäbe. **Sylvie Becker, Bad Homburg**

Verzweiflungsakt

Zu: Licht ins Chaos (Nr. 51)

Die geplante Silvesteraktion in Köln zeigt doch die ganze Unfähigkeit von Polizei und Behörden. Eine dümmliche Kunstinstallation soll die feiernden Massen beschwichtigen und die Frauen vor sexuellen Übergriffen durch Ausländer schützen. Der Autor ironisiert das zu Recht als unsinnigen Verzweiflungsakt. Davon lässt sich jedenfalls kein Grapscher abschrecken. **Matthias Schöne, Hannover**

Falsch investiert

Zu: Licht ins Chaos (Nr. 51)

Der einzige, der zu Silvester von dem Lichtspektakel vor dem Kölner Dom profitiert, ist der Künstler. 225 000 Euro kriegt er dafür, dass er ein paar Gutmenschen-Begriffe auf die Domplatte projiziert. Das Geld wäre besser für eine Aufrüstung der Polizei angelegt, die – das ist vorherzusehen – doch nur wieder untätig herumsteht, wenn es zu Massenübergriffen kommt. **Karsten Balkhaus, Köln**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 1 – 6. Januar 2017

MELDUNGEN

Sozialstatistik im Vergleich

Königsberg / Allenstein – In einer gemeinsamen Studie haben die Statistischen Landesämter des Königsberger Gebietes und der Woiwodschaft Ermland und Masuren die sozialen Verhältnisse in den beiden größten Landesteilen Ostpreußens verglichen. Demnach lebten 2015 im nördlichen Ostpreußen knapp eine Million Menschen, im südlichen Ostpreußen fast 1,5 Millionen. Im Süden erreichten Männer im Durchschnitt ein Alter von 72,7, Frauen hingegen von 81,1 Jahren. Der Norden konnte diesbezüglich mit Werten von 65,5 und 75,4 Jahren nicht mithalten. Mehr als 67 Prozent der Russen gingen einer gemeldeten Erwerbsarbeit nach, wobei 5,7 Prozent als arbeitssuchend gemeldet waren. Ihre südlichen Nachbarn widmeten sich nur zu 47 Prozent einer solchen Beschäftigung, während 9,4 Prozent als Kunden der Arbeitsämter geführt wurden. Dafür verdienten sie mit durchschnittlich 770 Euro im Moant bei mittleren Lebenshaltungskosten von 216 Euro deutlich mehr als ihre russischen Nachbarn, die von den pro Kopf erwirtschafteten 420 Euro rechnerisch satte 261 Euro für die Kosten des täglichen Bedarfs verauslagen mussten. *T.W.W.*

Geheimer Tunnel entdeckt

Pr. Holland – Archäologen haben in in Pr. Holland einen Tunnel entdeckt, der wahrscheinlich das Schloss mit der Kirche St. Bartholomäus verbindet. Zu der Entdekkung kam es während Grabungen in der Umgebung des Schlosses. Die Kirche und das Schloss stammen aus dem 14. Jahrhundert. Ob der Tunnel auch in diese Zeit fällt, konnten die Archäologen allerdings noch nicht mit Sicherheit bestätigen. *PAZ*

Eskalierende Gewalt in Lyck

Lyck – Obwohl die polnische Regierung im Gegensatz zur deutschen nicht zur Masseneinwanderung aus der islamischen Welt ins eigene Land eingeladen hat, sich vielmehr vehement dagegen wehrt, ist es in Lyck zu eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und moslemischen Einwanderern gekommen. Polnischen Medienberichten zufolge hat ein 21-jähriger Pole in der Silvesternacht in Lyck einen Knallkörper in Richtung eines Kebab-Geschäfts geworfen. Angestellte des Ladens sollen daraufhin den Polen angegriffen und mit zwei Messerstichen getötet haben. Vier Tatverdächtige aus Tunesien, Algerien und Marokko wurden festgenommen. Am Neujahrestag versammelten sich daraufhin angeblich Hunderte Landsleute des Getöteten vor dem Geschäft, und aus der Menge wurden Pflastersteine und Knallkörper in Richtung des Ladens geworfen. Die Polizei nahm 21 Demonstranten fest. *M.R.*

Königsberg gedenkt Garnisonfriedhof

Denkmal an der Bastion Sternwarte und Gedenkstein beim Sackheimer Tor erinnern an Ersten Weltkrieg

In Königsberg setzen sich immer wieder Bürger für den Erhalt von Objekten und Stätten ein, die an die deutsche Vergangenheit der Stadt erinnern. Bereits vor zwei Jahren wurde an der Bastion Sternwarte ein Denkmal zum Beginn des Ersten Weltkriegs aufgestellt, nun folgte eine Gedenktafel für den Garnisonfriedhof in der Nähe des Sackheimer Tors.



Unscheinbar, aber dennoch ein sichtbares Zeichen: Gedenkstein in Sackheim Bild: J.T.

Den Waffenstillstand vom 11. November 1918 in Compiègne mit dem der Erste Weltkrieg für beendet galt, hat die Stadt Königsberg zum Anlass genommen, einen Gedenkstein für die Gefallenen aufzustellen. Gouverneur Anton Alichanow stellte während einer Veranstaltung gar in Aussicht, dass die Behörden weitere Suchaktivitäten und Maßnahmen zur Instandhaltung von Kriegsgräbern auch in Zukunft unterstützen werden.

Es ist bemerkenswert, dass die Königsberger Gebietsbehörden mit gleich zwei Gedenkstätten dieses historischen Ereignisses gedenken. Zunächst legten sie Blumen am Denkmal für die Helden des Ersten Weltkriegs ab, das bereits 2014 an der Bastion Sternwarte anlässlich des 100. Jahrestags des Kriegsbeginns eingeweiht worden war. Danach begaben sich die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung zum Sackheimer Tor. Dort wurde in der Nähe der Kreuzung Sackheim [Moskowskij Prospekt] und der ul. Datschnaja ein kleiner Gedenkstein aufgestellt. Dass dieses unscheinbare Denkmal an diesem Ort, angrenzend an Industrieanlagen, Lagerhallen und Autohäusern aufgestellt wurde, ist kein Zufall: Während des Kriegs befand sich nicht weit entfernt der Garnisonfriedhof, der einer der größten Militärfriedhöfe im damaligen Ostpreußen war. Etwa 3000 Soldaten lagen hier begraben, darunter 2629 Deutsche, 263 Russen, fünf Österreicher, zwei Rumänen, zwei Engländer, sowie je ein Amerikaner, Italiener und Franzose. In der Regel handelte es sich um Soldaten und Offiziere, die an ihren Verwundungen in Krankenhäusern verstorben waren.

Unter sowjetischer Herrschaft wurde der Friedhof mit vielen Gebäuden überbaut. In der Folge wurden viele sterbliche Überreste umgebettet, gingen verloren oder verblieben unter den Fundamenten der Gebäude oder Straßen.

Gouverneur verspricht mehr Unterstützung

Der Ort, an dem heute ein Gedenkstein steht, wurde zuvor gründlich untersucht und die Überreste der Opfer geborgen. Jedoch hatte man bei den Arbeiten für die Kanalisation ein großes Volumen Erde verschoben, so dass teilweise nur noch Fragmente der Überreste gefunden werden konnten. Der Gedenkstein an dieser Stelle wurde auf Initiative des Gouverneursrats zur Erinnerung an die Verstorbenen aufgestellt, die ihr Vaterland verteidigt hatten. Drei Jahre zuvor hatten schon Mitglieder des Rats auf dem ehemaligen Garnisonfriedhof die Anbringung einer Gedenktafel angeregt und die Ausschreibung für einen Entwurf wurde veröffentlicht. Von den eingereichten Vorschlägen wurde derjenige der polnischen Bildhauerin Agnieszka Lisjak ausgewählt. Es handelte sich um eine Bronze-Skulptur, die einen Soldatenmantel trug, knieend und die Hände wie zum Gebet zusammengelegt. Doch während einer Tagung des Kulturrats des Gouverneurs fiel der Beschluss, aus Kostengründen auf die Umsetzung zu verzichten. Infolgedessen wurde anstelle der Bronze-Skulptur eine steinerne Gedenktafel aus Karelien angefertigt. Auf dem Stein ist zu lesen: Hier wurden auf dem Ehrenfriedhof des Königsberger neuen Soldatenfriedhofs während des Ersten Weltkriegs 1914 bis 1918 begraben ... und die Zahl der begrabenen Soldaten aus verschiedenen Ländern sind erwähnt. Darüber hinaus sind auf dem Stein zwei Kreuze zu sehen, das lateinische und das orthodoxe, als Zeichen dafür, dass hier Vertreter verschiedener christlicher Konfessionen beerdigt wurden.

Jurij Tschernyschew

S61 in Lyck

Per Via Baltica schneller nach Warschau

Lyck erhält über eine geplante Schnellstraße eine bessere Verkehrsanbindung mit Warschau. In Lomza wurde der Vertrag zum Bau der Schnellstraße S61 Via Baltica einschließlich der Umgehungsstraße bei Lomza unterschrieben.

„Die Straßenbaufirmen dürfen bereits an der Ausschreibung für Arbeiten an einer Teilstrecke der S61 auf der Via Baltica – Ostrow Mazowiecka bis Szczuczyn – teilnehmen“, sagte die Premierministerin Beata Szydlo in Lomscha nach der Unterzeichnung des Vertrags. Sie äußerte auf einem Bürgertreffen ihre Freude über den abgeschlossenen Vertrag, da er der Region große Entwicklungsmöglichkeiten eröffne.

Etwa 50 Kilometer dieser Strecke befinden sich auf dem Gebiet des südlichen Ostpreußen. „Das ist eine zweibahnige Schnellstraße, die in kürzester Zeitspanne Warschau mit dem östlichen Teil unserer Region, deren Wahrzeichen Lyck ist, verbinden wird“, ergänzte Vizeminister Jerzy Szmit.

Die S61 werde Lyck einige Veränderungen bringen, denn neben dem Ausbau der Schnellstraße seien Investitionen in den Bahnverkehr geplant. Lyck bekomme eine nördliche Bahnverbindung über Korschen mit weiterer Elektrifizierung. Weitere Verbindungen seien über Ortelsburg und Johannisburg geplant, erklärte Szmit.

Investitionen auch in die Bahnverbindung

Die S61 wird polnischer Bestandteil der Via Baltica sein, welche die baltischen Länder mit dem südlichen Teil Europas verbindet.

In Ostrow Mazowiecka soll die Strecke in nördlicher Richtung über Lomza, Szczuczyn, Lyck, Suwalki nach Budzisko an der Grenze zu Litauen gehen. Dort geht sie in die litauische Straße A5 in Richtung Kaunas über, die dann weiter zumlettischen Riga führt. Laut Aussage des Vizeministers müsste das Bauvorhaben bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein. *PAZ*

Krimi mit Fortsetzung

Schicksal des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg ungewiss

Beim Krimi um die Zukunft des Deutsch-Russischen-Hauses (DRH) in Königsberg wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Nachdem sich die Leitung des Hauses gegen die Registrierung als ausländischer Agent – wegen der Finanzierung aus Deutschland, bislang zirka 80 000 Euro Bundesmittel pro Jahr – gerichtlich zur Wehr gesetzt hatte (siehe *PAZ* Folge 20/2016), haben die Behörden der Kulturvertretung der Russlanddeutschen im Königsberger Gebiet kurzerhand den Geldhahn zugedreht.

Schon seit September vergangenen Jahres fließen keine Gelder mehr aus Moskau. Besitzer der Immobilie ist die Gesellschaft der Russlanddeutschen „Eintracht“ mit Sitz in der russischen Hauptstadt. Der bisherige Direktor des Deutsch-Russischen-Hauses in Königsberg, Andrej Portnjagin, und seine Mitarbeiter wurden wegen der fehlenden Finanzierung entlassen. Nicht einmal die Rechnung der Stadtwerke in Höhe von umgerechnet 2500 Euro konnte der Direktor begleichen. Nun müssen die Mitarbeiter wohl oder übel von ihren Ersparnissen leben. Für das Jahr 2017 gibt es bislang keine Aussagen hinsichtlich der Finanzzuweisungen für die Unterhaltskosten der kulturellen Einrichtung.

Auf Nachfragen beim deutschen Generalkonsul in Königsberg, Michael Banzhaf, und bei Hartmut Koschyk, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, erhielt Christian von der Groeben, ein Verwandter von Friedrich von der Groeben, dem Initiator für die Gründung des DRH, Standardantworten wie: Das Haus habe „einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Kaliningrader Gebiet“ geleistet oder man werde sich dafür einsetzen, „dass das DRH erhalten und auch in Zukunft eine Stätte fruchtbarer Begegnungen“ bleibe und die Bundesregierung stehe in Kontakt mit der russischen Seite, um eine zukunftsfähige Lösung für das Haus zu finden.

Verleumdungen im Netz waren Auslöser für die Krise

Auf dem ehemaligen Grundstück der Familie von der Groeben wurde das Kulturhaus Anfang der 1990er Jahre erbaut. Es diente vor allem als Begegnungsstätte der im Königsberger Gebiet lebenden Russlanddeutschen. In ihm fanden neben Sprachkursen auch Veranstaltungen wie Konzerte und Lesungen, Ausstellungen und Theaterabende statt.

2012 führte die Landsmannschaft Ostpreußen ihr 5. Deutsch-Russisches Forum in den Räumen des DRH durch. Das Haus erfreute sich auch bei Russen als Begegnungszentrum sehr großer Beliebtheit. Viele Kontakte konnten geknüpft werden. Beobachter hoffen, dass dieses Band nicht der Hetze antideutscher Scharfmacher, die in sozialen Netzwerken vor einer „Germanisierung“ gewarnt und das DRH in Verruf gebracht hatten, zum Opfer fällt, sondern am Ende die Vernunft siegen wird. *MRK*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der Januar ist für viele von uns der Monat, in dem die Erinnerungen besonders belastend sind – auch heute noch nach 72 Jahren, denn damals begann die Zeit des großen Aufbruchs aus unserer bedrohten Heimat, und wir ahnten noch nicht, dass es keine Heimkehr geben würde. Die Flucht und die damit verbundenen Schrecken und Ängste verfolgen uns immer noch am Tag wie im Traum, mal mehr, mal weniger, aber im Januar holen sie uns unweigerlich ein. Das merke ich nicht nur an mir, sondern auch an den Zuschriften, die vermehrt die Ereignisse aus jenen Tagen betreffen, und mit einer will ich gleich beginnen. Sie kommt von Frau **Karen Baum** aus Allensbach, die sich schon einige Male an uns gewandt hat und nun wieder auf unsere Ostpreußische Familie setzt. Sie selber hat keine eigenen Erinnerungen an die Flucht, aber ihre Mutter **Christel Pfeiffenberger**, und aus deren Erzählungen geht hervor, dass diese noch einiger Ergänzungen oder Korrekturen bedürfen, die aus dem Leserkreis kommen könnten. Karen Baum schreibt:

„Meine Mutter Christel Pfeiffenberger musste mit ihrer zweiwöchigen Tochter aus Königsberg flüchten. Sie erzählte, dass sie sich am 26. Januar 1945 in Rothenstein aufhielt, wo sie bei ihren Großeltern wohnte, und voller Bangen hoffte, dass sie noch mit der Bahn oder Schiff flüchten könne. Dann erfuhr eine Tante von ihr, dass noch Züge nach Neukuhren fuhren. Sie erreichten auch den letzten Zug und kamen auch nach Neukuhren. Von dort aus gelangten sie mit einem Schiff nach Pillau – meine Mutter mit dem Baby, die Großeltern und die Tante. Meine Frage nun betrifft das Boot, mit dem die Flüchtenden von Neukuhren nach Pillau gebracht wurden. Es handelte sich um ein kleines Minensuchboot, nur für zwölf Leute, auf dem sich viele verwundete Soldaten befanden. Leider weiß ich nicht, zu welcher Tages- beziehungsweise Uhrzeit die Abfahrt war, aber vielleicht lässt sich trotzdem noch ermitteln, um welches Boot es sich handelte. Diese Frage stellt sich nun auch für das Minensuchboot, auf dem sie von Pillau nach Saßnitz fuhren. Welche Route dieses Boot nahm, ist mir unbekannt. Aber meine Mutter sagte, dass sie über die Stelle fuhren, an der vor drei Tagen die ‚Gustloff‘ untergegangen war. Von Saßnitz fuhren sie – mit dem Zug? – nach Heide in Schleswig-Holstein.“

Soweit die Aufzeichnungen von Frau Baum, die immerhin einige Zeitangaben enthalten, an denen sich mögliche Zeitzeugen orientieren könnten. In Pillau dürfte der Aufenthalt nur kurz gewesen sein, da die ‚Gustloff‘ am 30. Januar sank, und das Fluchtboot mit ihrer Mutter drei Tage später diese Stelle passierte. Nach Pillau zogen damals geballte Flüchtlingsströme, um am „Kai der Hoffnung“ ein Schiff zu erreichen – auch ich war darunter und kam Ende Januar aus Pillau heraus. Mit einem Minensuchboot wie Karen Baums Mutter, und beim Lesen ihres Briefes habe ich zuerst gedacht, dass ich vielleicht auch mit ihrem Boot geflüchtet bin, aber unser Flüchtlingsschiff landete – trotz aller Gefahren – in Swinemünde und nicht in Saßnitz, und wir wurden auch nicht nach Heide weitergeleitet, sondern mussten uns auf eigene Faust nach Westen durchschlagen. Wenn sich für diese Flucht über See noch Zeitzeugen finden würden, wäre Frau Baum schon viel geholfen. Aber dass sich noch jemand über die Fahrt mit dem Minensuchboot von Neukuhren nach Pillau erinnert, ist doch recht fraglich, hier ist der mögliche Zeitzeugenkreis aufgrund der fortgeschrittenen Zeit doch recht begrenzt. Frau Baum würde sich aber über jede Zuschrift freuen, auch wenn sie nur ein kleines Mosaiksteinchen enthält. Sie will auch jemandem aus unserem Leserkreis, der sich für ostpreußische Literatur interessiert, eine Freude machen und bietet zwei Bücher an: „Die Jeromin-Kinder“ von Ernst Wiechert, gebundene Ausgabe 1953, und „Kindheit in Ostpreußen“ von Marion Gräfin Dönhoff als Taschenbuch. (Karen Baum, Radolfzeller Straße 75 in 78476 Allensbach, Telefon 07533/3306, E-Mail: k-baeumchen@web.de)

Aber der Januar hat einen Januskopf, und seinem ernsten Gesicht steht ein heiteres gegenüber, denn nun steigt die Sonne wieder – nach alter ostpreußischer Bauernregel wird ja seit dem Dreikönigstag jeder Tag um einen Hahnenschrei länger. Und da sind noch die vielen guten Wünsche, die zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel eintrafen, von denen man hofft, dass sie noch lange wirken werden, und weil ich die Briefe und Karten, Faxe und Mails noch einmal in aller Ruhe sichte, entdecke ich dabei so manches, was auch für unsere Ostpreußische Familie gilt oder sie direkt betrifft. So muss ich die Grüße von Herrn **Heinz D. Rainer Ney** aus Potsdam an die Leserinnen und Leser weiterleiten, die sein neues Projekt unterstützen, mit dem er die Dokumentation der Kirchengeschichte Königsbergs vollenden will, die er mit dem Band „Gottes Häuser in Königsberg“ begonnen hat. Wie bei dem ersten Teil haben auch hier unsere Leserinnen und Leser mit ihren Informationen dazu beigetragen, dass der neue Band wieder eine authentische und ungemein umfassende Dokumentation zu werden verspricht. Der erste Band hat uns schon oft bei Leserfragen geholfen, für meine Arbeit ist er mir schon unentbehrlich geworden, wie aus verschiedenen Veröffentlichungen in der letzten Zeit ersichtlich. Herr Ney hofft, dass er seine Arbeiten für den Ergänzungsband im März abschließen kann, und ruft uns zuerst einmal einen „dankbaren Gruß“ zum Jahreswechsel zu. Er unterlegt diesen mit einem kolorierten Stich vom alten Königsberg mit der Turmkulisse seiner Gotteshäuser, mit dem wir unsere heutige Kolumne bebildern.



Kolorierter Stich vom alten Königsberg mit der Turmkulisse seiner Gotteshäuser Bild: privat

Und wie in jedem Jahr legte uns Herr **Hans-Georg Balzer** aus Groß Köris wieder eine Weihnachtsgeschichte aus seiner Kindheit vor – leider viel zu spät für eine Veröffentlichung, aber nach dem Fest ist ja vor dem Fest. Wenn ich hier und heute auf sie eingehe, hat das weniger mit Weihnachten zu tun, sondern mit einem vielleicht verhinderten Wiedersehen. Sie beginnt in dem noch unzerstörten Königsberg, in dem der kleine Hans-Georg eine glückliche Kindheit verbrachte, obgleich der Krieg schon einige Jahre dauerte und es um die Verpflegung durchaus nicht zum Besten bestellt war. Dass der Junge hin und wieder etwas zum Schmengern bekam – unvergessen noch heute ihre gezuckerten Bratäpfel –, lag an einer gutmütigen Händlerin, die im Keller eines Hauses in der Bullatenstraße auf dem Löbenicht Obst und Gemüse verkaufte und mit der Familie Balzer ein freundschaftliches Verhältnis hatte. Hans-Georg nannte sie „die dicke Tante“, denn die Frau mit dem gutmütigen Gesicht hatte einen beachtlichen Leibesumfang, aber das war durchaus nicht respektlos gemeint. Nach den schweren Bombenangriffen im August 1944 erfuhr der Junge, dass auch das Haus der Händlerin zerstört worden war, da war es aus mit den Bratäpfeln. Denn eine neue Verbindung kam trotz aller Bemühungen nicht mehr zustande, weder in Königsberg noch nach der Flucht, obgleich es einen Hinweis auf ihren Verbleib gegeben hatte, wie Herr Balzer schreibt: „Jahre später erfuhren wir, dass die überlebenden Familienmitglieder nach Konstanz gezogen waren. Ich bat einen jetzt dort lebenden Schulkameraden nach dem Namen **Sirock** zu suchen. Er wurde tatsächlich fündig. Ob es sich dabei um die Nachkommen meiner ‚dicken Tante mit dem großen Herzen‘ handelte, weiß ich nicht. Eine Hemmschwelle hinderte mich daran, es zu erfahren.“

Eine Hemmschwelle kannte Frau **Adelheid Walther** nicht, wenn sie an die Flucht dachte, die sie als Vierjährige erlebte. Und so verdanken wir ihr die Weihnachtsgeschichte, die wir in Folge 51/16 brachten. Ihre Tochter **Martina Fornoff** hatte sie nach den Erzählungen ihrer Mutter aufgeschrieben, die diese in jedem Jahr unter dem Weihnachtsbaum vortrug, und sie uns mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt. Auch beim letzten Weihnachtsfest erzählte Frau Walther von dem alten Mann, der am Heiligabend in einer kalten Allensteiner Fabrikhalle kauernde Flüchtlinge mit geröstetem Brot versorgte und damit ihren Hunger stillte – nur, dass sie ihre Geschichte diesmal aus der **Preußischen Allgemeinen** vorlas. Jetzt bedankte sich Frau Fornoff mit einer E-Mail bei mir: „Ich habe mich sehr über die Veröffentlichung der Erzählung meiner Mutter in Ihrer Weihnachtsausgabe gefreut. Zusammen mit einem Abonnement habe ich sie ihr zu Weihnachten geschenkt. Ihre Freude war so groß, dass sie die Geschichte gleich im Kreis der Familie vorgelesen hat. Natürlich kamen ihr dabei wieder die Tränen, doch waren ein paar davon bestimmt auch Freudentränen. Das nehme ich gern zum Anlass, Ihnen auch im Namen meiner Mutter aufs Herzlichste zu danken.“

Und die 76-Jährige dürfte sich noch mehr freuen, wenn sie erfährt, welche Resonanz ihre Geschichte bewirkt hat. Denn ich kann ihr die Zuschrift einer 89-jährigen Leserin aus Hamburg übermitteln, die sich an Adelheids Heimatort erinnert: Siewken im Kreis Angerburg. Dort verbrachte **Ilse Michelsen** ein halbes Jahr im Reichsarbeitsdienstlager, und sie denkt gerne an diesen „hübschen kleinen Ort“ zurück, wie er fest in ihrem Gedächtnis verankert ist. Das bestätigen auch ihre Erinnerungen an die Familie **Laskowski**, bei der sie im Sommer 1944 arbeitete und mit der sie noch nach dem Krieg Kontakt hatte. Nun möchte sie mit Frau Walther in Verbindung treten, um Erinnerungen auszutauschen, und diese Verbindung will ich gerne vermitteln. Ich freue mich immer, wenn sich neue Verbindungen ergeben oder alte wieder gefestigt werden. Und davon kann ich bald noch mehr berichten.

Eure

Ruth Geede

Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Bilderstürmerei gegen »Preußens Militarismus«?

Gesetzesnovellierung setzt Kommunen unter Zugzwang – Erinnerungen an nichtpolnische Volksgruppen sollen getilgt werden

Muss die im Dezember letzten Jahres nach Stettin zurückgeführte Skulptur Friedrichs des Großen aus dem Gebäude des ehemaligen Landeshauses der Pommerschen Provinz, dem heutigen Stettiner Nationalmuseum, wieder entfernt werden? Teilt ein solches Los auch das 2002 in Königshütte [Chorzów] wieder aufgestellte Friedrich-Wilhelm-von-Reden-Denkmal für den preußischen Oberberghauptmann und Minister? Laut einem Gesetzentwurf zur Novellierung eines bestehenden Gesetzes zum Verbot der Verherrlichung des kommunistischen Regimes und anderer totalitärer Systeme stehen beide Namen für den „preußischen Militarismus“ und müssten aus der Öffentlichkeit entfernt werden.

Die Novelle zum erst am 2. April vergangenen Jahres vom Sejm verabschiedeten Gesetz richtet sich außer gegen Straßennamen, Denkmäler und andere Gedenkobjekte, die der Roten Armee huldigen, auch gegen Symbole der NS-Herrschaft, des ukrainischen und litauischen Nationalismus sowie des „preußischen Militarismus“. Laut einer Radiosendung in Trójka, dem dritten Programm von Polens öffentlich-rechtlicher Hörfunkanstalt Polskie Radio, könnten republikweit 469 Objekte von dieser Novelle betroffen sein. „Auf diese Art wird ein Weg zur ‚Propaganda der einzig wahren Geschichte‘ geebnet. Die PiS will so die Spuren der heute in Polen lebenden Minderheiten tilgen, vor allem derer, gegen die einst gekämpft wurde“, sagte Piotr Tyma, der Vorsitzende des Verbandes der Ukrainer in Polen, gegenüber der am 13. Dezember erschienenen Ausgabe der „Gazeta Wyborcza“, der nach der Boulevardzeitung „Fakt“ zweitgrößten überregionalen polnischen Tageszeitung mit einer durchschnittlichen Auflage von rund 500 000 und einer geschätzten Leserschaft von 4,5 Millionen.

Für die deutsche Volksgruppe sieht der aus Chronstau stammende Vorsitzende der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln, Rafał Bartek, alle Denkmäler aus der Zeit der beiden Weltkriege betroffen. Im genannten Sender äußerte er die Befürchtung, die Novelle könne Interpretationswege öffnen und bald werde dann jedes Objekt mit den Jahresangaben 1914 folgende und 1939 folgende als eines angesehen, das ein totalitäres Regime propagiere und deshalb demontiert werden könne.

> »Die PiS will so die Spuren der heute in Polen lebenden Minderheiten tilgen, vor allem derer, gegen die einst gekämpft wurde«

Der Gesetzentwurf verschont zwar Relikte, die auf der Liste der denkmalgeschützten Objekte stehen oder sich auf einem Friedhof befinden, doch vielerorts besteht der zum Denkmal zugehörige Friedhof nicht mehr. Bartek befürchtet daher, dass Denkmäler selektiv entfernt werden könnten – quasi nach Gutdünken der Obrigkeit.

PiS-Senator Robert Mamatow, Initiator der Novelle, versuchte die Radiohörer damit zu beruhigen, dass er auf die Besonnenheit der Selbstverwaltungsorgane setze: „Es kann durchaus passieren, dass die Kommunen und Regionen entscheiden, dass ein Denkmal preußischer Soldaten das totalitäre System nicht glorifizieren würde, obwohl dessen Soldaten das preußische System auf polnischem Boden einführten. In solchen Fällen muss das Institut für Nationales Gedenken entscheiden.“

In der „Gazeta Wyborcza“ kam der Historiker der Warschauer Universität Włodzimierz Borodziej zu Wort, der einst in staatlichen Auftrage die Vertreibung der Deutschen geschichtlich zu deuten hatte. Seiner Meinung nach könnten nicht alle Nationalismen mit ihrem militärischen Arm als totalitär angesehen werden, so eben auch nicht der preußische oder russische Militarismus. Die Befürchtungen der deutschen Volksgruppe sind laut Borodziej durchaus nachvollziehbar: „Dabei gehören die Denkmäler doch zu ihrem kulturellen Erbe.“

Der Professor für Menschen- und Minderheitenrechte Grzegorz Janusz von der Universität Lublin fürchtet Retourkutschen von östlichen Nachbarn Polens, die bei sich Insignien polnischen Nationalismus entfernen könnten.

Die Novelle ist bereits der zweite Versuch der PiS zur Entkommunisierung Polens. Im Mai 2016 hatte der Präsident das im April verabschiedete Gesetz, das Straßennamen und Namen öffentlicher Gebäude sowie Denkmäler der Rotarmisten betraf, unterzeichnet. Allein in Warschau wurden seither 30 Straßennamen geändert. Die Novelle erweitert dieses Gesetz nun um Namenspatrone von Schulen oder Krankenhäusern. Die neuerliche Gesetzesänderung müssten die Kommunen innerhalb eines Jahres umsetzen, womit der Druck auf die Bilderstürmer erneut groß wäre. Die Kosten verspricht der Staat zu tragen.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 110. GEBURTSTAG

Lange, Hildegard, geb. **Dobrindt**, aus Wehlau, am 12. Januar

ZUM 103. GEBURTSTAG

Haekel, Richard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Warda, Erna, aus Kölmerdorf, Kreis Lyck, am 9. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Christoph, Gertrud, geb. **Szabang**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 8. Januar

Trautmann, Marta, geb. **Kerwel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Granholm, Adolf, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 47, am 10. Januar

Mauer, Artur, aus Treuburg, am 11. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Becker, Willi, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 12. Januar

Herbstreit, Alfred, in Königsberg/Tannenwalde, am 7. Januar

Rother, Frieda, geb. **Konstanty**, verw. **Schmidt**, aus Petergrund, Kreis Lyck, am 7. Januar

Schmidt, Elli, geb. **Luick**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 4. Januar

Voss, Esther, geb. **Schellwat**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 12. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bauer, Gertrud, geb. **Kupiczenski**, aus Lyck, von Mackensen-Straße 2, am 7. Januar

Macht, Felicitas, geb. **Sakowski**, aus Germau, Kreis Samland, am 10. Januar

Müller, Vera, geb. **Milbrett**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Januar

Schenkewitz, Lotte, geb. **Kowalewski**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borowy, Gertrud, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 6. Januar

Dröse, Emma, geb. **Eichert**, aus Tauern, Kreis Ebenrode, am 7. Januar

Eckstein, Hildegard, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar

Gonska, Horst, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar

Neuland, Elsa, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

Paepke, Charlotte, geb. **Althöfer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 12. Januar

Rogowski, Erna, geb. **Joswig**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 7. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Höppner, Ilse, geb. **Tobleck**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Januar

Kugge, Gertrud, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Januar

Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am 7. Januar

Sokolowski, Gertrud, geb. **Sokollek**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gerhardi, Traute, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Januar

Kowalewski, Siegfried, aus Kölmerdorf, Kreis Lyck, am 12. Januar

Murr, Edith, aus Lyck, am 11. Januar

Nachtweyh, Waltraud, geb. **Zyiewitz**, aus Neidenburg, am 11. Januar

Schneider, Johanna, geb. **Ullrich**, aus Wehlau, am 6. Januar

Stralla, Hildegard, geb. **Simanski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

Weiß, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

Zekorn, Edeltraut, geb. **Matthews**, aus Treuburg, am 9. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bieber, Elfriede, geb. **Kischkel**, aus Lyck, am 11. Januar

Heske, Elfriede, aus Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 8. Januar

Krause, Gertrud, geb. **Rehberg**, aus Regitten und Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 10. Januar

Krupinski, Bruno, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Januar

Lehr, Berta, geb. **Mrosek**, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Januar

Liebert, Ursula, aus Lyck, am 11. Januar

Malunat, Hannelore, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 8. Januar

Schmidt, Heinz, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 6. Januar

Skupsch, Werner, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar

Tulowitzki, Waltraut, geb. **Radeck**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 9. Januar

Watzkat, Heinz, aus Rossitten, Kreis Samland, am 5. Januar

Weber, Otto, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar

Wedler, Hermann, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Augustin, Waltraud, geb. **Doliwa**, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 7. Januar

Hartwig, Christel, geb. **Kraschewski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 12. Januar

Kilmach, Ulrich, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Januar

Klotz, Elsbeth, geb. **Schimanski**, geb. Seehag, Kreis Neidenburg, am 6. Januar

Klötzer, Elli, geb. **Bult**, aus Grünhoff, Kreis Samland, am 1. Januar

Kreutzberger, Heinz, aus Kühnen, Kreis Schloßberg, am 10. Januar

Liss, Ulrich, aus Lötzen, am 11. Januar

Luthi, Vera, geb. **Tramowsky**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. Januar

Marschand, Hildegard, geb. **Schink**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 10. Januar

Pitschke, Elsbeth, aus Königsberg, am 8. Januar

Rosenberger, Helene, geb. **Dietz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 10. Januar

Suttka, Hildegard, geb. **Klask**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar

Thalmann, Siegfried, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 2. Januar

Vierck, Helene, geb. **Parzianka**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 13. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bednarski, Irmgard, aus Neidenburg, am 6. Januar

Cordes, Martha, geb. **Kliecz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar

Heuss, Ruth, geb. **Gulbis**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 11. Januar

Kopitzki, Anneliese, geb. **Borowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

Laudien, Fritz, aus Neidenburg, am 6. Januar

Linkel, Lotte, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 11. Januar

Meissner, Christel, geb. **Herbstreit**, in Königsberg/Tannenwalde, am 26. Dezember

Orlowski, Helmut G., aus Langsee, Kreis Lyck, am 8. Januar

Pillath, Elfriede, geb. **Kowally**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar

Rudat, Gertrud, geb. **Schumann**, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 9. Januar

Schoenig, Willi, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 12. Januar

Schrick, Elisabeth, geb. **Bahlo**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 9. Januar

Schuler, Emmi, geb. **Bahr**, aus Germau, Kreis Samland, am 8. Januar

Schulmeistrat, Herta, geb. **Bendig**, aus Willkau, Kreis Samland, am 8. Januar

Siering, Marianne, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 11. Januar

Thiemig, Elfriede, geb. **Bartkus**, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 6. Januar

Twardowski, Kurt, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 9. Januar

Winkler, Erna, geb. **Bluhm**, aus Moditten, Kreis Samland, am 2. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bahl, Gerhard, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 8. Januar

Ballon, Margarethe, geb. **Teschner**, aus Ebenrode, am 10. Januar

Bialucha, Elfriede, geb. **Herrmann**, aus Schönlinde, Kreis Heiligenbeil, am 12. Januar

Cwingelberg, Halina, aus Lyck, am 12. Januar

Czerepan, Heinz, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar

Emmenecker, Christa, geb. **Filbrich**, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. Januar

Engel, Otto, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 6. Januar

Faust, Ilse, aus Lyck, Bismarckstraße 68, am 7. Januar

Firchau, Hildegard, aus Lyck, Morgenstraße 8, am 10. Januar

Frank, Erika, geb. **Szodruch**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. Januar

Grabowski, Günter, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar

Grote, Erika, geb. **Jendral**, aus Neidenburg, am 7. Januar

Hinz, Elli, geb. **Behrend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 7. Januar

Hoche, Hertha, geb. **Domas**, aus Rudau, Kreis Samland, am 1. Januar

Kalisch, Kurt, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar

Kalwa, Käte, geb. **Beutler**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

Ketter, Edith, geb. **Nowotsch**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. Januar

Kotzan, Gerhard, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 6. Januar

Laskawy, Edith, geb. **Czerwanski**, aus Steinhof, Kreis Ortelsburg, und aus Kreis Sensburg, am 7. Januar

Olschewski, Horst, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 12. Januar

Pohlmann, Helmut, aus Waldau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. Januar

Pospieschny, Renate, geb. **Nickel**, aus Lyck, Bismarckstraße 45, am 6. Januar

Schimkat, Gerhard, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 7. Januar

Seitz, Eva, geb. **Schneege**, aus Linkau, Kreis Samland, am 10. Januar

Simanski, Wilhelm, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 6. Januar

Twardy, Horst, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 11. Januar

Willam, Alfred, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar

Zibner, Werner, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 7. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bräuer, Magda, geb. **Kessel**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 7. Januar

Cziesso, Edith, geb. **Scharf**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 11. Januar

Grabow, Christel, geb. **Staschik**, aus Lyck, am 9. Januar

Gunia, Walter, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 8. Januar

Heise, Irmgard, geb. **Donder**, aus Lyck, am 9. Januar

Kundt, Gerhard, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 12. Januar

Lange, Dietrich, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, und Tilsit, am 9. Januar

Lotz, Erika, geb. **Pukrop**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 11. Januar

Masuch, Siegfried, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar

Scheffler, Werner, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar

Seeger, Winfried, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 6. Januar

Tomkowiak, Hertha, geb. **Kraft**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andreae, Michael, aus Königsberg, am 9. Januar

Buchholz, Dorothea, **geb. Knorr**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Januar

Daudert, Doris, geb. **Szallies**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

David, Irmgard, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar

Devantier, Christa, geb. **Gerwien**, aus Peyse, Kreis Samland, am 11. Januar

Doberstein, Helga, geb. **Frischmuth**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

Evers, Rosemarie, geb. **Piadya**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 7. Januar

Gert, Gerlinde, geb. **Kompa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar

Kröger, Brigitta, geb. **Armenat**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 8. Januar

Lube, Heidemaire, geb. **Pahlke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. Januar

Neumann, Burkhard, aus Elbing, am 7. Januar

Neumeister, Anneliese, geb., **Gayk**, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 8. Januar

Richter, Ingrid, geb. **Lison**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Januar

Schöttke, Werner, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 10. Januar

Seidel, Alfred, aus Ebenrode, am 9. Januar

Triebel, Ursula, geb. **Mossakowski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 8. Januar

Wagner, Dieter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Januar

TERMINE DER LO

2017

18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg.

1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt

8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt

13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen

17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode

22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 7. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker 2017.

Sonntag, 8. Januar, 11.40 Uhr, 3sat: Winter in Ostpreußens Zauberwald – Wiedersehen mit der Rominter Heide.

Montag, 9. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 100 Jahren: Das Deutsche Reich beschließt den uneingeschränkten U-Boot-Krieg.

Montag, 9. Januar, 20.15 Uhr, WDR: Margarete Steiff. Biographisches Drama, D/A 2005.

Montag, 9. Januar, 22.40 Uhr, WDR: Wer wenn nicht wir. Dokudrama, D 2011.

Mittwoch, 11. Januar, 18.30 Uhr, NDR: Elbphilharmoinie – Festakt der Eröffnung.

Mittwoch, 11. Januar, 20.15 Uhr, NDR: Elbphilharmonie 2017 – Das Eröffnungskonzert.

Donnerstag, 12. Januar, 9.25 Uhr, Arte: Jack London – Ein amerikanisches Original. Dokumentation, F 2016.

Freitag, 13. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 300 Jahren: Die Kupferstecherin und Naturforscherin Maria Sibylla Merian gestorben.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Gedenkfahrt

Unter dem Motto „Stationen von Flucht und Vertreibung“ steht die zehntägige Gedenkfahrt, zu der Peter Westphal für den 19. bis 28. Mai einlädt. Das Programm:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die einzigartige Altstadt von Thorn. Sie sehen das Rathaus mit dem Nikolaus-Kopernikus-Denkmal, die Marien- und Johanneskirche und das Kopernikus-Museum. Danach bleibt Zeit für einen kleinen Bummel durch die schöne alte Hansestadt. Anschließend Weiterfahrt entlang der Weichsel zum polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie von Ihrem russischen Reiseleiter erwartet werden, der Sie während Ihres Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Anschließend Weiterreise vorbei an Königsberg und weiter über Kreuzingen bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija“ beziehen. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

3. Tag: Fahrt in die Elchniederung. In Heinrichswalde besteht die Möglichkeit zur Teilnahme am evangelischen Gottesdienst mit der dortigen Gemeinde. Anschließend besuchen Sie die teilweise restaurierte deutsche Kirche in Heinrichswalde sowie Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums zur Geschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Anschließend Weiterfahrt nach Rauterskirch, dort offizieller Empfang und ein herzliches Treffen mit der örtlichen Bevölkerung sowie Besuch der historischen Kirche an der Gilge. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Fahrt über Seckenburg und durch den südlichen Teil der Elchniederung mit Besuch von Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Nach dem Abendessen für alle Interessierten Stadtrundfahrt durch Tilsit. Zunächst besuchen Sie den teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit dem wiedererstellen Königin-Luise-Denkmal. Beim anschließenden Bummel durch die Hohe Straße mit den frisch renovierten Jugendstilfassaden kann man die frühere Schönheit Tilsits erahnen. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof und Rautenburg zurück nach Tilsit. Bevor Sie Ihr Hotel erreichen ist noch ein Stopp am Waldfriedhof vorgesehen, einer Kriegsgräbergedenkstätte am Stadtrand von Tilsit. Natürlich besteht auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen abseits vom Gruppenprogramm. Unser erfahrener Taxiservice steht Ihnen für individuellen Erkundungsfahrten gerne zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und fahren über Labiau, einen weiteren Punkt der Fluchtstrecke, in das Samland. Zunächst besuchen Sie Germau, hier befindet sich eine der ersten im nördlichen Ostpreußen angelegten Kriegsgräbergedenkstätten. Anschließend erreichen Sie Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte. Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Gegen Abend erreichen Sie das ehemalige Gut Nesselbeck am nördlichen Stadtrand von Königsberg. Das frühere Gutshaus wurde liebevoll restauriert und zu einem stilvollen Hotel umgestaltet. Abendessen und Übernachtung am Stadtrand von Königsberg.

6. Tag: Bei der heutigen Stadtführung in Königsberg besuchen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten. Im Bunker des letzten Königsberger Festungskommandanten, General Lasch, erwartet sie eine sehenswerte Ausstellung zur Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Daneben lernen Sie eine aufstrebende russische Stadt im Umbruch und voller Kontraste kennen, die neben St. Petersburg zu den dynamischsten Zentren im Nordwesten Russlands zählt. In der Propstei der evangelischen Kirche ist der Tisch zum Mittagessen gedeckt. Während eines Treffens mit dem Propst erfahren Sie etwas über die Arbeit der Kirche im Kaliningrader Gebiet. Am frühen Nachmittag erleben Sie im wiedererrichteten Königsberger Dom ein kleines Orgelkonzert. Das in Deutschland gefertigte Instrument gehört zu den größten im ganzen Ostseeraum. Abendessen und Übernachtung am Stadtrand von Königsberg.

7. Tag: Nach dem Frühstück Rückreise vorbei am Frischen Haff entlang bis nach Heiligenbeil, hier fanden zu Kriegsende starke Kämpfe im „Heiligenbeiler Kessel“ statt, und weiter über die russisch-polnische Grenze. Weiter geht es über Braunsberg bis nach Frauenburg. Bei einer Führung durch den mächtigen Frauenburger Dom erleben Sie die einstige Wirkungsstätte von Nikolaus Kopernikus, der hier seine Welt verändernden Entdekkungen machte. Unterhalb der imposanten Burganlage des Frauenburger Domes besuchen Sie den von Deutschen und Polen gemeinsam aufgestellten Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff. Auf diesem Weg über das Eis des damals zugefrorenen Haffs zogen lange Flüchtlingstrecks unter größten Opfern vor der im Winter 1945 herannahenden Front nach Westen. Anschließend Schiffsfahrt von Frauenburg über das Frische Haff bis nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Von hier geht es weiter über die Frische Nehrung und durch das Weichseldelta bis nach Danzig. Abendessen und Übernachtung in Danzig.

8. Tag: Am Vormittag unternehmen Sie einen geführten Spaziergang durch die prachtvoll restaurierte Danziger Altstadt. Eine Schiffsfahrt auf der Mottlau zur Westerplatte, einem besonders geschichtsträchtigen Ort in der Danziger Bucht schließt sich an. Gemeinsam mit Ihrem örtlichen Reiseleiter besuchen Sie die Gedenkstätte, bevor es nach zirka einstündigem Aufenthalt wieder per Schiff zurück in die Danziger Altstadt geht. Vom Anleger aus setzen Sie Ihren geführten Spaziergang fort zum imposanten Krantor und erreichen durch die Frauengasse die Marienkirche, eine der größten Backsteinkirchen der Welt.

9. Tag: Am Vormittag Busfahrt in die benachbarte Schwesterstadt Gdingen (Gotenhafen). Von hier aus Schiffsfahrt durch die Danziger Bucht bis auf die Halbinsel Hela. Die Halbinsel bot in den letzten Kriegswochen die einzige Möglichkeit des Abtransports der aus den ostdeutschen Gebieten wie Ostpreußen, der Danziger Bucht und der Weichselniederung geflohenen Zivilisten über See. Auf diesem Wege verließen im Zeitraum von Januar bis Mai 1945 etwa 1,35 Millionen Menschen ihre Heimat. Anschließend per Bus vorbei an Heisternest wieder zum Festland und weiter durch Kaschubien bis nach Pommern zur Übernachtung in Köslin.

10. Tag: Rückreise nach Deutschland. Unterwegs Mittagspause auf einem polnische Markt bei Stettin.

Programmänderungen bleiben vorbehalten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen. Anmeldung und weitere Informationen: Peter Westphal, Obere Wiesenbergstr. 26, 38690 Vienenburg, Telefon und Fax (05324) 798228

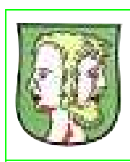


INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Jeder zweite Donnerstag im Monat, Café Rebecca, Matthias-Claudius-Kirche, Kiel-Suchsdorf: Gemeinsames Treffen. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Lyckreise 2017

Es geht los am 15. Juni und endet am 24. Juni 2017. Treffen ist in Danzig im Hotel Hotel Wolne Miasto, drei Sterne, ul. Sw. Ducha 2, 80-834 Gdansk. Am 15. Juni um 19 Uhr treffen wir uns zum gemeinsamen Abendessen im Hotel. Wir bleiben drei Nächte. Geplant sind:
– Stadtrundgang durch die Innenstadt von Danzig
– Besichtigung der Marienburg
– Besichtigung der Kathedrale in Oliwa
– Fahrt mit dem Schiff auf dem Oberlandkanal.

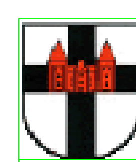
Am 18. Juni fahren wir weiter nach Lyck zum Hotel Rydzewski, Hotel Rydzewski, ul. Armii Krajowej 32, 19-300 Elk, woj. warmi sko-mazurskie. Wir bleiben hier sechs Nächte. Geplant sind:
– Stadtrundgang in Lyck
– Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm in Lyck
– Kleinbahnfahrt mit Picknick
– Staken auf der Krutinna
– Fahrt zur Bunelka
– Bootsfahrt auf dem Lyck-See
– Besuch historisches Museum
– Fahrt zum Viadukt nach Stanczyki und vieles mehr.

Am 24. Juni um zirka 9 Uhr beginnt die Rückfahrt mit dem Bus nach Warschau. Um zirka 14 Uhr sind wir in Warschau.

Die Unkosten für Übernachtung mit Halbpension und alle aufgeführten Aktivitäten betragen zirka 790 Euro pro Person. Der Einzelzimmerzuschlag für beide Hotels beträgt 150 Euro. (Die Anreise bis Danzig und die Abreise von Warschau sind nicht im Preis inbegriffen). Ich empfehle die Anreise nach Danzig und die Abreise von Warschau mit dem Flugzeug. Auf eine interessante Fahrt freue ich mich und hoffe auf rege Beteiligung. Wer Hilfe bei der Auswahl der Flüge braucht, kann sich per E-Mail an Marc Mader wenden: marc-mader@gmx.de.

Die Anmeldung bitte bis zum 15. Januar 2017 per Mail oder Brief an: heidi-mader@gmx.de oder Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen. Telefon (0421) 673 290 26.

Heidi Mader, Sprecherin der Mittleren Generation



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Zustellung des Heimatbriefes

Der diesjährige Weihnachtsheimatbrief ist fertig gestellt und zum Versand gebracht worden, Wer ihn noch nicht erhält, aber beziehen möchte, wende sich an unseren Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr. Es wird dann umgehend ein Exemplar zugesandt. Eine größere Anzahl der Pfingstheimatbriefe konnte leider nicht zugestellt werden, weil sich die Anschriften der Landsleute geändert haben. Alle Bezieher werden deshalb dringend gebeten, Adressen- und sonstige Personenstandsänderungen dem Mitgliederdatenverwalter Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Aquarelle und Zeichnungen

Unser Landsmann Professor Joachim Grube aus Augam ist ein passionierter Aquarellist und Zeichner. Seine Mal- und Zeichenmotive findet er vor allem in der Natur und an kulturgeprägten Orten, wie Stadtsilhouetten mit Flussufern und anderen ihn besonders faszinierenden Kulturlandschaften.

Seine Vorliebe ist das Festhalten des eines ihn beeindruckenden Moments auf Papier, meist in Aquarellbildern dargestellt oder auch ganz einfach als Bleistiftskizzen. Mögen es Flüsse oder Flusslandschaften sein, die eine unwiderstehliche Wirkung auf ihn als Betrachter ausüben, oder stille Winkel und ausdrucksvolle Dorf-, Burg- und Stadtansichten in Verbindung mit umgebender Natur. Für ihn als Kunstliebhaber gibt es eine Vielzahl solcher Motive.

Die individuellen Eigenarten von Natur sowie von Architektur und Natur faszinierten unseren Landsmann bereits seit seinem 15. Lebensjahr. Er hält solche Augenblicke nicht mit einer Fotokamera fest, sondern mit Pinsel oder Stift. So sind auf seinen Reisen im In- und Ausland und auf Rad- und Wandertouren, aber auch bei Reisen in seine Heimat Ostpreußen, eine Vielzahl von Aquarellen und Zeichnungen entstanden, die seine optischen und mentalen Eindrücke wiedergeben.

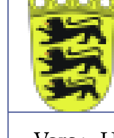
Erstaunlich bei Grube ist, dass er trotz seiner nüchtern wirkenden beruflichen Tätigkeit als Architekt und Hochschul-Dozent eine Vorliebe für die Eindrücke in der Natur und für das künstlerische Talent entwickelt hat. Diese Kombination von materieller und sinnlicher Welt ist ihm sehr gut gelungen.

Grube hat seine Werke bereits bei zahlreichen Gelegenheiten zeigen können. So werden zurzeit, und zwar aus Anlass seines 80. Geburtstages am 1. September 2016, in einer größeren Ausstellung 77 seiner Aquarelle und Zeichnungen im Nienburg-Museum gezeigt (29. Sept. 2016 – 29. Jan. 2017).

Ich wünsche unserem Landsmann und Kunstfreund noch viele schöne und erfolgreiche Schaffensjahre.

Gerd Birth

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag 17. Januar, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

– Zum Vormerken –

Dienstag 21. Februar: Jahreshauptversammlung
Dienstag 21. März: Stammtisch.
Dienstag 18. April: Frühlingsfest
Dienstag 16. Mai: Stammtisch.
Sommerpause: Juni, Juli und August
Dienstag, 19. September: Stammtisch.
Dienstag, 24. Oktober: Stammtisch.
Dienstag 21. November: Stammtisch .
Dienstag 19. Dezember: Vorweihnachtsfeier .

Alle Veranstaltungen beginnen um 15 Uhr und finden im „Krauthof“, Beihinger Straße 27, statt.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 18. Januar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Jahreshauptversammlung.

– Zum Vormerken –

Mittwoch, 15. Februar: Frühlingsbräuche in Ostpreußen
Mittwoch, 15. März: Bilder zur Osterliturgie

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

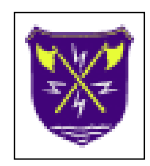
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Mittwoch, 19. April: Zum Lebenswerk von Siegfried Lenz
Mittwoch, 17. Mai: Lustige Geschichten zum Muttertag in Ostpreußen
Mittwoch, 21. Juni: Vortrag zum Thema Wolfskinder,
Alle Treffen beginnen um 15 Uhr und finden Hotel Wilde Rose in der Keßlerstraße statt.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 8. Januar, 15. Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826



Frauengruppe – Mittwoch, 11. Januar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Themen zum Jahreswechsel. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354



Königsberg – Freitag, 20. Januar, 14 Uhr, Johann – Georg – Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Donnerstag, 12. Januar, 15 Uhr, Kleiner Salon, Hotel zur Post: Treffen der Frauengruppe. Bitte beachten: Die Treffen finden ansonsten regelmäßig am 3. Donnerstag eines Monats statt. Es wurde in diesem Fall nur ausnahmsweise vorgezogen.

– Zum Vormerken –

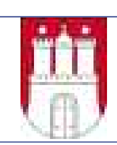
Sonnabend, 11. Februar, 15. Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen. Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten, Bummeln und Schauen am Büchertisch. Wer Kaffee und Kuchen möchte, kann ihn zusätzich bestellen.

Es folgt ein Gesangs- und Vortragsteil. Zwei Sängerinnen, Olga Koposova und Anna Minagulova von der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, werden heimatliche Lieder vortragen und zum Mitsingen einladen. Eckhart Hoffmann aus Syke wird in einem Vortrag an seinen Vater Georg erinnern, der als „Vogel-Hoffmann" in den 50er und 60er Jahren die Naturkunde-Sendungen des Schulfunks von Radio Bremen gestaltete und damit bei allen Schülern in und um Bremen die Liebe zur Natur entfachte. Georg Hoffmann ist mit seiner unvergleichlichen Stimme vielen bis heute unvergesslich geblieben. Sein Sohn hat einige Sendungen im Originalton archiviert und wird uns diese Aufnahmen teilweise vorspielen. Einer dieser Sendungen gibt Erinnerungen des „Vogel-Hoffmanns" an die Vogelwelt in seiner Heimat im westpreußischen Kreis Rosenberg wieder.

Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klops. Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Königsberger Fleck: 10 Euro, Eintritt und Königsberger Klopse: 15 Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. Ein Besuch der Veranstaltung ohne Teilnahme am Essen ist nicht möglich.

Anmeldungen unter Benennung des Speisewunsches in unserer Geschäftsstelle ab 12. Januar oder auf dem Anrufbeantworter. Wir leiten Ihre Anmeldung an das Atlantic-Hotel weiter und verpflichten uns zur Zahlung Ihres bestellten Essens, versäumen Sie daher bitte nicht Ihr Kommen.

Heinrich Lomann



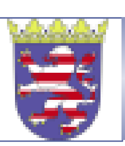
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Mittwoch, 18. Januar, 14 bis 16 Uhr, Deutsche Heimatstunde, Haus der Heimat, Teilfeld 8, (unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle der Buslinien 6 und 37). Es wird der Film Ostpreußische Landschaften vorgestellt. Eintritt frei.

Heimatgottesdienst

Sonntag, 22. Januar, 11 Uhr, St. Johanneskirche, Hamburg-Harburg (erreichbar mit der S-Bahn, Linie S3 und S31, Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck in den Gemeindesaal ein



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 14. Januar, 14:30 Uhr, Luise-Büchner-Haus Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: An diesem Tag heißt das Thema „Nord-Ostpreußen auf eigene Faust" – Hanna Schink und ihre Tochter Kerstin Hoffmann berichten von ihrer Reise. Wir freuen uns auf einen schönen Nachmittag und auf ein Wiedersehen. Auch Nichtmitglieder und Gäste sind bei uns immer gerne gesehen. Bitten beachten sie die geänderte Anfangszeit.

Wetzlar – Montag, 9. Januar, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: Jahreshauptversammlung. Ab 19.45 lautet das Thema eines Vortrages von Margarete Weise „Familiengeschichte in bewegten Zeiten". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 7. Januar, 11 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat: Neujahrsempfang des Kreisverbandes des BdV. – Dienstag, 10. Januar, 14,30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe. – Donnerstag, 12. Januar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Schlachtplatte. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition Anmeldungen bitte bis spätestens 6. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Anfahrt: Linie 16 der ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Sonnabend, 21, Januar, Großer Saal, Haus der Heimat: Das erste Monatstreffen in 2017 ist unserer Heimat gewidmet. Zu hören wird Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute sein. Zudem erfahren Sie etwas über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zum Heimatnachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358 oder einem anderen Vorstandsmitglied. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen! Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.

– Bericht –

Die Besucher der vorweihnachtlichen Feier erlebten ein heimatlich-besinnliches Programm mit viel Musik und Gesang, zusammengestellt von Dieter Schetat.

Mit weihnachtlichen Weisen erfreuten die Gäste der lyrische Bariton Helmut Domes, begleitet am Flügel von Horst Wilhelm, der Frauenchor unter Leitung von Liesl Zekert und Gi Yeon Hong-Nellen, Violoncello. Verbindende Texte sprachen Lieselotte Paul und Margitta Krafczyk. Pfarrer Holger Saal hielt die adventliche Ansprache. Auf jedem Kuchenteller lag wieder ein Marzipanherz – eine freundliche Spende der einst Königsberger Konditorei Gehlhaar.

Mit den Besuchern der Landsmannschaft feierten Staatssekretär Ingmar Jung, die Landtagsabgeordnete Astrid Wallmann, Stadtrat Markus Gaßner, als Vertreter des Magistrats, Stadtverordnetenvorsteher a.D. Wolfgang Nikkel, und BdV-Kreisvorsitzender.

Manfed Laubmeyer



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 10. Januar, 16.30 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Kegeln. – Freitag, 20. Januar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. Januar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen der Gruppe mit Jahreshauptversammlung und Vorstandswahlen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 24. Januar, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15. bis 18 Uhr geöffnet,

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 18. Januar, 15 Uhr, GHH: „Vor der Morgenröte" – Film von 2016 über die letzten Lebensjahre Stefan Zweigs in Brasilien

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln" sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Witten – Montag, 16. Januar 14,30 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Erörterung des Jahresprogramms.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 7. Januar, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Jahreshauptversammlung. Anschließend närrischer Heimatnachmittag.

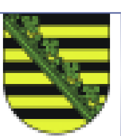
– Zum Vormerken –

Sonnabend, 11. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit dem Film „Ostpreußens Küste".

Donnerstag, 20. April, 15 Uhr, Mundus Residenz: Schabbern.

Donnerstag, 18. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt vor dem Café Rosengarten, Am Stiftwingert 21: Spaziergang im Stadtpark.

Donnerstag, 22. Juni, 15 Uhr, Mundus Residenz: Lesung aus Büchern ostpreußischer Dichter.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 28. Januar, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Gemeinsamer Nachmittag zum Thema „Trachten aus den Vertreibungsgebieten".

– Zum Vormerken –

Sonnabend, 13. Mai, 14 Uhr, Eschemueum: Gemeinsamer Nachmittag zum Thema „Persönlichkeiten Ostpreußens".
Sonnabend, 17. Juni, Leipzig: Tag der Heimat der Landesgruppe.
Donnerstag, 22. Juni: Dankeschönfahrt eventuell nach Torgau.
Sonntag, 16. Juli – Sonnabend, 29. Juli: Urlaubsfahrt zur Kurischen Nehrung.
Mittwoch, 2. August, Gerhard-Hauptmann-Oberschule: Brauchtumsnachmittag.
Sonntag, 10. September, Dresden: Vierter Gedenktag für die Vertriebenen.
Dienstag, 26, und Mittwoch, 27. September: Fahrten mit Schülern der Gerhard-Hauptmann-Oberschule zum Haus der Heimat nach Reichenbach.
Sonnabend, 7. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum: Erntedankfest typisch Ostpreußisch.
Sonnabend, 16. Dezember, 14 Uhr, Eschemuseum: Heimatliche Weihnacht mit gemeinsamem Liedersingen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 13. Januar, 12 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Gemeinsames Grünkohlessen.

Neumünster – Mittwoch, 11. Januar, 15 Uhr, Stadthalle, Kleinflekken 1, 24534 Neumünster: Die erste Zusammenkunft beginnt mit einer Filmvorführung aus dem ostpreußischen „Schatzkästchen". Landsmann Dr. Manfred Rühlein zeigt die schönsten Aufnahmen aus den Jahren 1925 bis 1945. Im neuen Jahr möchten wir wieder viele Teilnehmer begrüßen.

Macht Appetit!

Das Programm der Dittchenbühne im ersten Halbjahr 2017

Auch für 2017 haben sich die Ostpreußenfreunde vom „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ aus dem schleswig-holsteinischen Elmshorn eine Menge vorgenommen. Wieder bieten sie eine bunte Mischung aus Theateraufführungen, Vorträgen, Kursen und Reisen. Ihr Programm für das erste Halbjahr liegt jetzt vor und verspricht zum Beispiel für den 3. März und den 10. Mai „Räuchern nach alter Ostpreußischer Art“. Hermann Pietsch, einer der letzten deutschen Fischer aus Nidden, wird zeigen, wie die seefesten Bewohner der Kurischen Nehrung ihren frischen Fang haltbar und wohlschmeckend aufbereiteten. Anschließend werden Lachs und Forelle in gediegener Runde und geselliger Atmosphäre im Festsaal der Dittchenbühne verspeist. Der Räucherkurs kostet 30 Euro.

Bereits im Februar wartet ein anderes urtypisches Gericht auf den großen Hunger. Am 28. Februar wird an der Dittchenbühne für einen Kostenbeitrag von 12 Euro das traditionelle „Graue Erbsen süß-sauer nach ostpreußischer Art“ serviert.

Appetit auf Kulturgenuss machen die Aufführungen von Lessings „Nathan, der Weise“. Am 26. Februar wird der deutsche Bühnenklassiker seine Premiere in 2017 erleben. Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren, die selbst gerne einmal Bühnenluft schnuppern möchten, können bei „DittchenArt“ mitmachen. Schauspielübungen, Improvisationstechniken und Sprachtraining fördern ganz nebenbei auch die soziale Kompetenz. Ab 7. Februar soll es losgehen. Die Leiterin Maya Trojanowsky verspricht, demnächst auch Kurse für Teenager ab 13 Jahren zu geben.

Golden Ager, also die Generation 60plus, werden sich den Filmclub der Dittchenbühne vormerken. Am 24. Januar um 19 Uhr wird der österreichische Heimatfilm „Das Erbe von Björndal“ aus dem Jahr 1960 die Leinwand vor Herzschmerz flimmern lassen. „Grün ist die Heide“ bekundet am 25. April das Traumpaar des deutschen Nachkriegskinos, Sonja Zieman und Rudolf Prack.

Weitere Informationen: „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, Fax (04121) 897130, Internet: www.dittchenbuehne.de, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Foto: Lafrenz / Trakehner Verband

„Er hat Schmelz und Ausstrahlung, außerdem ist sein Charakter 1A“, schwärmte Topreiter Hubertus Schmidt jüngst im Fachmagazin St. Georg über sein Reittier. Der 14-jährige Trakehner-Hengst zählt derzeit zu den erfolgreichsten Vertretern der ostpreußischen Rasse. 2017 wird er unter anderem auf der Equitana, der weltgrößten Pferdemesse in Essen, auftreten.

Ein wildes Biest namens Hunger

Basierend auf den wahren Erlebnissen zweier ostpreußischer Mädchen entstand der Roman „Das Wiegenlied der Wolfskinder“

Eberhard Fechners Fernsehfilm „Wolfskinder“ machte ihr Schicksal 1990 auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Man schätzt, dass 1946/1947 20 000 verwaiste oder verlassene ostpreußische Jungen und Mädchen nach Litauen aufbrachen und dort unter dramatischen Umständen Nahrung und Zuflucht suchten. Auf der Flucht vor der Roten Armee im Winter 1945 waren diese „Wolfskinder“ von ihren Familien getrennt worden oder hatten ihre Mütter und erwachsenen Angehörigen in der Elendszeit nach dem Krieg durch Deportation, Mord, Hunger, Kälte und Typhus verloren. Auf ihren Bettelfahrten in Litauen fanden viele trotz des strengen Verbots, sie aufzunehmen, Unterschlupf bei den Bauern. Um ihre Herkunft zu verschleiern, erhielten sie eine neue Identität. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gab es für manche ein spätes Wiedersehen mit ihren Familienangehörigen im wiedervereinigten Deutschland.

In ihrem historischen Roman „Das Wiegenlied der Wolfskinder“ schildert die Schriftstellerin und Übersetzerin Johanna Ellsworth einfühlsam und authentisch das Schicksal zweier Kinder aus der Kreisstadt Gerdauen von März 1945 bis zum Spätsommer 1947 in Ostpreußen und Litauen. Die fiktive Handlung des Romans beruht in wesentlichen Teilen auf den Erlebnissen von Brigitte Trennepohl aus Ibbenbühren und Annemarie Kiuzauskas, die 2011 in Köln starb. Sie wurden 1937 beziehungsweise 1935 in Gerdauen geboren und wuchsen dort auf. Ihre Erinnerungen erschienen 1995 unter dem Titel „Was ein Kinderherz ertragen kann“ als gedrucktes Manuskript. Bei Kriegsende waren die Mädchen acht beziehungsweise neun Jahre alt. Wie Zehntausende andere ostpreußische Kinder fuhren sie seit Herbst 1946 häufig mit der Eisenbahn nach Litauen, um bei den Bauern Nahrungsvorräte zu sammeln. Annemarie Kiuzauskas blieb in Litauen, heiratete und bekam zwei Kinder. Die Erlebnisse beider Kinder hat Johanna Ellsworth in ihrer Romanfigur Gretel verarbeitet, die bei Kriegsende acht Jahre alt ist. Gretels siebenjähriger Bruder Karl ist eine fiktive Figur.

Im ersten Teil des Romans wechselt die Autorin zwischen der Außenperspektive und der kindlichen Sichtweise von Grete und Karlchen. Im Verlauf der Handlung nimmt der Leser den Überlebenskampf der auf sich gestellten, zuletzt voneinander getrennten Geschwister immer mehr aus deren Perspektive wahr und wird in die Gefühlswelt der Kinder in ihrer bedrohlichen Lage mit einbezogen. Die Handlung beginnt mit der Flucht der Geschwister, ihrer Mutter und ihrer Oma im Winter 1945 aus Gerdauen. Sie wollen nach Berlin, wo die Mutter Verwandte hat. Nach zwei Wochen steckt der Flüchtlingstreck fest: Sie sind von der russischen Front überrollt worden. Zusammen mit anderen Flüchtlingen, fast nur Frauen und Kinder, übersteht die Familie die letzten Kriegswochen auf einem Gehöft, wo es reichlich zurückgelassene Wintervorräte gibt. Aber die Fliegerangriffe verbreiten Angst und Schrecken. Nachts kommen Horden betrunkener Soldaten auf den Hof, plündern sie aus und vergewaltigen die Frauen. Am 8. Mai läutet die Kirchenglocke von Siegfriedswalde, der Krieg ist zu Ende. Gretel und Karl kehren mit ihrer Mutter und der Oma in ihren Heimatort zurück, finden aber in ihrer Wohnung nichts vor außer Müll. Nach einer Irrfahrt durch die Gegend versuchen sie mehrfach aufs Neue, in Gerdauen unterzukommen. Von Gretels und Karlchens Vater, der kurz vor Kriegsende zum Volkssturm eingezogen wurde, fehlt weiterhin jede Nachricht.

Dann darf die Mutter nicht länger für einen russischen Offizier und dessen Geliebte kochen und die Wäsche waschen, der neue Kommandant hat es verboten. „Das war der Tag, an dem ein wildes, hässliches, großes Biest in Gretels Welt eindrang, das sich nicht mehr vertreiben ließ und von nun an alles beherrschte, Tag und Nacht, Körper und Kopf, Gedanken und Träume. Es hieß Hunger.“

Im Oktober 1946 verschärft sich die Lage nochmals. Die Felder sind abgeerntet und gleichzeitig werden die Essensrationen gekürzt. Die Oma wird bettlägerig, die Mutter magert zusehends ab. Im November 1946 beginnen die Bettelfahrten nach Litauen, die Gretel zunächst gemeinsam mit ihrer Mutter unternimmt. Mit der Eisenbahn fahren sie über Insterburg nach Tauroggen, wo die Mutter Gretel eine Woche bei freundlichen, gut situierten Leuten unterbringt. Während einer winterlichen Bettelfahrt stirbt die Oma in Gerdauen. Später, als Gretel allein mit einem Rucksack voller Lebensmittel aus Litauen zurückkehrt, findet sie ihre Mutter tot auf einem Feld liegend. Man berichtet ihr, sie sei erschossen worden, vermutlich weil sie versucht hatte zu entkommen, als sie nach Sibirien verschleppt werden sollte. Um ihren stark geschwächten Bruder zu retten und weil sie nicht ins Kinderheim will, nimmt Gretel Karlchen und seinen Hund mit nach Litauen.

Der Überlebenskampf zweier Wolfskinder beginnt. Im Verlaufe der Geschichte wird Karlchen schwer krank, erholt sich aber wieder. Die beiden Geschwister verlieren sich und finden unter abenteuerlichen Bedingungen wieder zusammen. Sie treffen auf Partisanen, die als „Waldbrüder“ die sowjetischen Besatzer bekämpfen. Ob beiden schließlich die Flucht nach Westdeutschland gelingt, sei hier nicht verraten.

Von den Kriegsgreueln und den Nöten der Russenzeit wird im Roman bewusst vieles ausgelassen, um dem Leser nicht zu viel Unerträgliches zuzumuten. Unbewusst schirmten sich auch die Wolfskinder so gut wie möglich gegen die schrecklichen Eindrücke ab, um den eigenen Lebenswillen nicht zu schwächen. Menschlichkeit gab es immer, auch unter den notleidenden Kindern. Doch gerettet wurden die ostpreußischen Wolfskinder nur durch die große Hilfsbereitschaft der Litauer. Aus Dankbarkeit widmeten Brigitte Trennepohl und Annemarie Kiuzauskas vor 20 Jahren ihre gedruckten Erinnerungen den mildtätigen litauischen Menschen, die selbst großenteils arm waren, aber fast alle ein Herz für die verwaisten deutschen Kinder hatten.

Die Mutter liegt tot auf einem Feld

Dagmar Jestrzemski



Johanna Ellsworth: Das Wiegenlied der Wolfskinder. Historischer Roman, Husum Verlag, Husum 2016, broschiert, 275 Seiten, 14,95 Euro

Mit einem Rest Wehmut

Brigitte Trennepohls Lebensgeschichte – Von ihr selbst erzählt

Am 4. Juni 1937 erblickte ich in Gerdauen das Licht der Welt. Es war eine schwere Geburt. Ich wog zwölf Pfund – ein schweres Mädchen. Zwei große Brüder und eine gute Familie begleiteten meine sieben glücklichsten Kinderjahre. Auf meine Brüder war ich mächtig stolz und meinen Vater liebte ich abgöttisch. Er unternahm viel mit mir.

Ich ging ein Jahr lang in den Kindergarten und anschließend anderthalb Jahre in die Schule. Im Januar 1945 wurde mein Vater zum Volksturm eingezogen. Ich sah ihn nie wieder! Er hat mir sehr gefehlt. Die Front rückte immer näher. Ende Januar 1945 mussten wir flüchten, meine Mutter, meine Großmutter und ich bei 20 Grad Kälte. Unser Ziel war Berlin, doch wir landeten im Heilsberger Kessel.

Was folgte, war eine dreijährige Zeit des Elends und des Hungerns. Unsere Rettung waren Bettelfahrten nach Litauen. Wir Kinder sprangen auf fahrende Züge auf, denn regulär durften wir nicht mitfahren. Den Litauern kann man nicht genug danken. Sie gaben uns immer von dem wenigen, was sie hatten, etwas ab. Ich wurde fast nie weggeschickt und durfte auch immer im Haus übernachten – auch wenn es vor dem Ofen in der Asche war. Heute wundere ich mich, dass ich immer wieder nach Gerdauen zurückgefunden habe. Vielen Kindern gelang das nicht; das sind die heutigen Wolfskinder.

Mein großes Glück war, dass meine Mutter am Leben blieb. Im Herbst 1947 kamen wir nach 14-tägiger Bahnfahrt in Altenburg in Thüringen an. In der Nacht starb meine Großmutter, die buchstäblich verhungert war. Nach der dreiwöchigen Quarantänezeit in Erfurt holte uns endlich mein Onkel an unser Ziel Berlin. Meine Brüder hatten es auch geschafft, nur mein Vater nicht, er gilt bis heute als verschollen.

In Berlin durfte ich endlich wieder zur Schule gehen. Nach einem guten Abschluss machte ich eine Schneiderlehre. In den Ferien fuhr ich zu meinem Bruder Kurt nach Ibbenbüren. Dort lernte ich meinen geliebten Mann kennen. Wir heirateten 1957 und hatten drei Kinder. Mittlerweile habe ich sieben Enkel und sogar zwei Urenkel. Bis jetzt sind alle gesund! Darüber bin ich glücklich.

Seit zwölf Jahren bin ich Witwe. Ich habe mehrere Ehrenämter in Ibbenbühren und in der Kreisgemeinschaft Gerdauen. Im Auftrag der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen betreue ich die Wolfskinder aus dem Kreis und der Stadt Gerdauen, die auf Spenden aus Deutschland angewiesen sind. Im Jahr 2007 waren es noch 21 Wolfskinder; heute leben nur noch neun von ihnen. In all den Jahren habe ich immer wieder meine Heimatstadt Gerdauen und Litauen besucht. Auch wenn ich seit der Flucht ein glückliches Leben hatte, bleibt doch immer ein Rest Wehmut an die Kindheit im Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen.

Brigitte Trennepohl hat nicht nur Johanna Ellsworth inspiriert und beraten, sondern hat schon viele Lesungen aus „Das Wiegenlied der Wolfskinder“ abgehalten, unter anderem im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Wer an einer Lesung interessiert ist, kann sich unter Telefon (05451) 13858 an sie wenden.



Brigitte Trennepohl: Sie kümmerte sich viele Jahre selbst um in Litauen lebende ehemalige Wolfskinder Bild: privat



Rechts: 1948 mit der Mutter und dem Bruder Martin

Das Unsichtbare sichtbar gemacht

Der westpreußische Impressionist Ernst Kolbe und sein Blick auf die Küstenlandschaften an der Ostsee



Inspirationsquelle: Die Küstenlandschaften in Pommern und Westpreußen regten zu Meisterwerken an Bild: Gollner

Max Liebermann, Lovis Corinth oder Max Slevogt kennen wohl die meisten Kunstliebhaber. Aber auch ein anderer Maler hat die Stilrichtung des Impressionismus mit beeindruckenden Werken der Landschaftsmalerei bereichert. Wer die Bilder von Ernst Kolbe im Westpreußischen Landesmuseum bestaunt, kommt jedenfalls zu dem Schluss, dass er zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist. 1876 wurde der Maler und Lithograph im westpreußischen Marienwerder geboren. Das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf besitzt, laut Direktor Lothar Hyss, die umfangreichste Sammlung von Kolbe-Werken in Deutschland. Sie umfasst 50 Ölbilder, darunter auch Ölskizzen. In der Dauerausstellung des Hauses sowie in verschiedenen thematischen Sonderschauen ist eine Auswahl seiner aussagekräftigsten Bilder zu sehen.

Impressionen von der Ostsee stehen im Mittelpunkt. Die Gemälde mit Fischerdörfern, mit Häfen in Stolpmünde oder Rügenwaldermünde sowie mit Stränden an der pommerschen und westpreußischen Küste sind Beweise für die große Bedeutung der Ostsee als Inspirationsquellen. Kolbes künstlerischen Wurzeln liegen in der Tradition der deutschen Landschaftsmalerei des 19. Jahrhunderts. Die Bilder spiegeln zum einen den tatsächlich erlebten Landschaftsraum wider und lassen andererseits auch die außerhalb des Sichtbaren liegende Dimension der Natur erkennen.

Seine Jugend verbrachte Kolbe auf Gut Dahlow in der Nähe von Stargard in Pommern. Im Berliner Atelier des Malers Rudolf Schlabitz startete er seine Künstler-Karriere. Nachdem Kolbe Malerei und Zeichnung an der Königlichen Akademie der Künste in Berlin bei Julius Ehrentraut und Paul Vorgang studierte, trat er

Einzelausstellung und Begabtenstipendium

1899 in das Atelier des Landschaftsmalers Eugen Bracht (1842 – 1921) ein, dem er 1902 als Meisterschüler nach Dresden folgte. Dies war ein Meilenstein in der Entwicklung des Künstlers, der schon bald mit seinen Landschaftsmalereien die Öffentlichkeit beeindruckte.

1906 kehrte Kolbe nach Berlin zurück und wurde Mitglied des Vereins Berliner Künstler. Seither war er in Berlin-Steglitz selbstständig künstlerisch tätig. Eine große Auszeichnung für den Künstler war seine Einzelausstellung im Rahmen der Großen Berliner Kunstausstellung von 1912. Ein Jahr später erhielt er den Preis der Julius-Helfft-Stiftung, die Stipendien an besonders begabte junge deutsche Landschaftsmaler vergab. Der Erste Weltkrieg unterbrach die Künstlerkarriere. Kolbe, 1914 bereits 38 Jahre alt, war in Polen, Serbien und Frankreich als freiwilliger Krankenpfleger tätig.

Als produktivste Schaffensperiode im Leben des Künstlers gelten die zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre, In dieser Zeit entstanden viele seiner Meisterwerke. „Fischkutter in voller Fahrt bei Stolpmünde“, „Westpreußische Landschaft mit Birken“, „Bergwiese vor Ortler“ und „Winterliche Ansicht von Danzig“ sind nur einige seiner herausragenden Arbeiten.



Oben: Blick auf Augustinerbrücke und Hofkirche in Dresden
Rechts: Zu Unrecht vergessen – der Künstler Ernst Kolbe

Bild: Wikipedia



Bild: Archiv

Auch wenn die Ostseelandschaften Ernst Kolbe immer wieder faszinierten, unternahm er zahlreiche Studienreisen. Neben der Pommerschen Landschaft, der Ostseeküste von Lübeck bis Danzig, den Tiroler Bergen und den Dünen auf Sylt malte Kolbe auch Bilder mit Innenräumen der Fischer- und Patrizierhäuser. Hinzu kamen Lithographien mit Danziger Ansichten.

Einen Einschnitt in der Entwicklung zu einer zunehmend impressionistisch-expressiven Malweise bildeten die Machtübernahme der Nationalsozialisten und deren „Kulturpolitik“. 1943 wurde die Berliner Wohnung des Künstlers von einem Bombenangriff getroffen, wobei zahlreiche Bilder beschädigt wurden. Kolbe zog nach Bütow in Pommern und später nach Rathenow im Havelland, wo er am 18. Juli 1945 starb. Nicht sterben sollte die neugierige Aufmerksamkeit für sein Werk. *D. Göllner*

Schabbern von L bis M

2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, heißt das Büchlein, dass der aus Gumbinnen stammende Pfarrer Felix Arndt (1908–1999) in fleißiger Kleinarbeit zusammenstellte. Die PAZ bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es mit Folge 35 weiter:

L

Lucht = Hausboden
luchtern = begehrlich
Luntrus = scherzhaftes Scheltwort für einen Jungen
Lusern (weiches „s“) = langsam arbeiten
Lutschbacken = volle, runde Backen
Lutschpungel = Gummisauger für Kleinkind
loswuchten = eilig loslaufen

Redensarten

Aus der kalten Lameng = sofort, ohne Vorbereitung
jemanden lausen = jemanden übervorteilen,
mich leckert = ich habe auf Süßes Appetit
reden wie e Endche Licht = reden ohne Sinn und Verstand

M

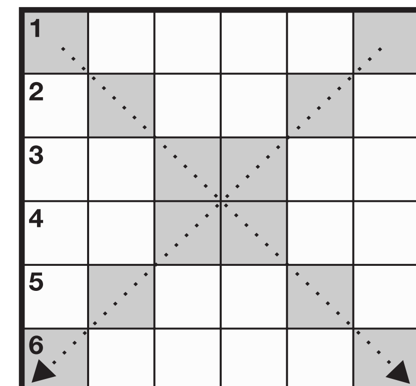
Maachen = liebkosend für Mama
maddern = ziellos herumhantieren, wiederholt versuchen
magritsch = umsonst, Freitrunk nach Geschäftsabschluss
mampsen = mit vollen Backen kauen

Sudoku

			6		9			
6								9
4		9		2		8		6
8		6	9		3	2		4
				7				
7		5	4		8	3		1
5		1		8		6		2
2								3
			2		1			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



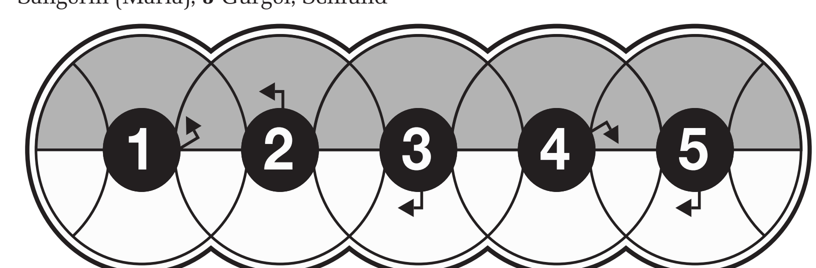
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Finanzbegriffe.

1 altägyptischer Gott
2 Götze, Idol
3 Froschlurch
4 heftig weinen
5 schlechter Leumund
6 verwirrt, unschlüssig

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Art von Handgepäck.

1 altgriechische Orakelstätte, **2** Herausgeber, **3** Prachteingang, **4** griechische Sängerin (Maria), **5** Gurgel, Schlund



Schwedenrätsel

Blume des Bieres; Gischt – Geheimdienst der USA (Abk.) – große Makrele – kleines Klappfenster – Südtiroler Alpinist (Reinhold) – norditalienischer Fluss – durchsichtiger Schnaps (ugs.) – Alpengipfel in Südtirol – Zitterpappel – kleine Rechnung – Zeitraum von zehn Jahren – afrikanischer Strom – in der Tiefe – ausgenommen, frei von – frühere Münze – Zeitmesser – franz. Kurort an der Riviera – Feingebäck – Muse der Liebesdichtung – Modell, Bauart – altägyptische Königin – Teil des Gesichts – bezeichnen; taufen – chem. Element, Seltenerdmetall – Bienenzüchter – sich voll entwickeln – lustig beisammen sein – gälischer Name Irlands – großer schwarzer Vogel – lauter, zänkischer Mensch – Ankerplatz vor dem Hafen – Imbiss, Zwischenmahlzeit – norddt.: ungezogenes Kind – unnachgiebig, hart – Kummer, Seelenschmerz – ringförmiges Schmuckstück – benedeien, weihen – Staat in Nahost – Inselstaat in Ostasien – japanische Hafenstadt – achten, anerkennen – Marineunteroffizier – Anstoß, Anregung – Ausbildungszeit (Beruf) – Nordwestfranzose – in Geldscheinen oder Münzen – Einfuhr – emsiges Insekt – Sache, Gegenstand – Beschäftigung, Tätigkeit – Oper von Bizet – indischer Fürstinnentitel – Wallfahrtsort des Islam – Liniennetz, Gitternetz – Röhrchen, Hohlnadel – Rast; Unterbrechung – jäh, zusammenhanglos – Fest-, Tanzraum – poetisch: Getränk – dt. Dichter (Hermann) – zirkulierende Hitze in Backöfen – Stadt u. See in Pennsylvania – Rist des menschlichen Fußes – ein Balte – nicht innen – Talent, Neigung – Fahrstuhlführer – Meeresufer – Dienststelle; Behörde – lange, schmale Vertiefung – Fußglied – Gewürz-, Gemüsepflanze – Anteil, Anspruch (an einer Mine) – Mediziner – Wirtshausrechnung – fein, empfindlich – ein Mineral – einer der Erzengel – Papier knicken – Schluss – Holzblasinstrument – zarte, anmutige Märchengestalt – kegelförmiges Indianerzelt – einflussreich; zahlungskräftig – Abkürzung für Minute – Lockenstrang, Haarbüschel – Kfz-Zeichen Trier – eingeschaltet, nicht aus – linker Nebenfluss der Donau – Klebemittel – organischer Moorboden – die Kreiszahl – schweiz. Alpenpass (Sankt ...) – Verkaufsschlager – weibliches Lasttier

PAZ17_01

So ist’s richtig:

Diagonalrätsel: 1. Osiris, 2. Abgott, 3. Kroete, 4. heulen, 5. Verruf, 6. ratlos – Obolus, Steuer

Kreiskette: 1. Delphi, 2. Editor, 3. Portal, 4. Callas, 5. Rachen – Ledertasche

Sudoku:

5	2	4	6	3	9	8	7	1
9	6	3	7	4	1	8	2	5
4	9	8	1	5	2	7	3	6
4	7	2	8	3	9	6	1	8
8	6	5	2	7	1	3	4	9
1	9	3	6	8	4	5	2	7
5	4	2	7	8	6	1	3	9
3	8	1	9	6	5	4	7	2
7	5	9	1	4	2	8	6	3

Heimatvertriebene ja, Asylsucher nein

Wer gehört zur Schicksalsgemeinschaft einer Nation? Ist die aktuelle Zuwanderungspolitik rechtens? Antworten von Wolfgang Thüne

„Ich stehe nicht hier vor Ihnen, um Beifall zu erhaschen. Dafür ist der Anlass zu ernst, zu traurig!“ – Mit diesen Worten beginnt eine Rede, die viele Menschen bewegte, die ihnen aus dem Herzen sprach und wichtige Dinge der aktuellen Diskussion gerade rückte. Wolfgang Thüne, LO-Vorstandsmitglied und Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, hat sie im Oktober zum Tag der Heimat im Bürgerhaus in Wetzlar gehalten. Auf Wunsch vieler Leser drucken wir sie hier in leicht gekürzter Form ab. Thüne setzt sich mit dem Leitwort des Tags der Heimat auseinander. Es lautete „Identität schützen – Menschenrechte achten“.

Das diesjährige Leitwort des Bundes der Vertriebenen ist bei flüchtiger Betrachtung ein Schlagwort. Leider hat der Bundesinnenminister bei seinem Grußwort, haben die Ministerpräsidenten der Länder bei ihren die Bedeutungsschwere des Mottos nur unzureichend erkannt und plakativ geantwortet. Da werden wir [, die Heimatvertriebenen], ob unseres Fleißes gelobt, da wird die gelungene Integration gefeiert, da werden wir mit den Asylanten und Migranten verglichen. [...]

Die Forderung „Identität schützen“ ist aber keine hohle Floskel. Sie ist ein Auftrag, an jeden Einzelnen wie auch an das Volk als Ganzes sowie den Staat als Demokratie. Jedes Lebewesen, jeder Mensch ist einzig und hat seine eigene Identität, wenn es auch nur der Fingerabdruck ist. Bei Grenzüberschreitungen wird mittels des Fingerabdrucks wie des Passes daher die Identität einer jeden Person festgestellt. Kein Staat, der den Anspruch eines geordneten Rechtsstaates erhebt, kann darauf verzichten. Keine Demokratie kann ohne Zustimmung des Volkes eine unkontrollierte und zudem von den Migranten erzwungene Einwanderung tolerieren, wenn ein Volk seine Identität bewahren will. Wir Vertriebenen wurden akribisch in Aufnahmelagern registriert. Vom Schlagwort „Willkommenskultur“ haben wir nichts gespürt.

Das Asylrecht ist ein Individualrecht

Das Asylrecht ist ein Individualrecht. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 bezieht sich überhaupt nicht auf Kriegsflüchtlinge. Dieser Umstand wird der Bevölkerung überhaupt nicht vermittelt. Dies bedeutet, dass, wenn in einem Land kriegsähnliche Zustände herrschen, nicht automatisch die gesamte Bevölkerung das Recht auf Asylstatus beziehungsweise auf Beantragung auf Asyl hat. Deswegen waren die meisten europäischen Staaten entsetzt über die Öffnung der Grenzen, die Aussetzung der Kontrollen und das deutsche „Wir schaffen das“! Wesentliches Kriterium der Anerkennung eines Staates als souveränes Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist und bleibt das eigene Staatsgebiet und die Kontrolle über das eigene Territorium. Kein Land hat das Recht, durch sträfliche Handhabung des Asylrechts andere Staaten unter moralischen Druck zu setzen.

Unsere Integration als Deutsche unter Deutschen haben wir [die Heimatvertriebenen], selbst geschafft, ohne Aufforderung der bis 1949 nicht einmal existenten Bundesregierung, ohne das „Wir schaffen das!“. Obgleich selbst die Siegermächte von der Fortexistenz des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 ausgingen und sich das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes auf eben diese territorialen Grenzen bezog, hat die Bundesregierung diese Wiedervereinigung nicht geschafft. Alle ihre Bemühungen scheiterten und wurden schließlich aufgegeben. Man fand sich mit der völkerrechtswidrigen Amputation der Ostprovinzen ab und machte die „Oder-Neiße-Linie“ zur Grenze.

Morgen am 3. Oktober begehen wir in der Frankfurter Paulskirche den „Tag der deutschen Einheit“. Was hat das mit dem „Tag der Heimat“ zu tun? Es weckt in uns die schmerzliche Erkenntnis, dass für uns Heimatvertriebene das „Recht auf Heimat“ nicht gilt, das „Recht auf Selbstbestimmung“ nicht verwirklicht wurde. Unsere Vertreibung und Entrechtung bestehen fort. Das Vertreibungsunrecht bleibt über unseren Tod hinweg ungesühnt. Doch das scheint außer uns Vertriebenen niemand zu stören. Aber keine Angst, das ist zwar eine schmerzende Wunde, verbittert aber keinen von uns. Wir sind keine Revanchisten, keine Terroristen. Wir sind Leid gewohnt, wenn wir auch weiterhin als Mahner für die Realisierung der Menschenrechte aktiv auftreten. Die Politik hört das nicht gerne, weil sie an ihr größtes Defizit erinnert wird.



Wolfgang Thüne bei seiner Rede in Wetzlar. Der rheinland-pfälzische Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen wurde 1943 in Rastenburg geboren. Bekannt wurde der Metereologe unter anderem als langjähriger Wettermoderator (1971-1986) des ZDF Bild: privat

Als Festredner zum „Tag der deutschen Einheit“ ist Daniel Cohn-Bendit vorgesehen. In einem Vorabinterview sagte er der Allgemeinen Zeitung aus Mainz, dass wir „Bio-Deutschen“ in einem neuen Deutschland leben, in einer „multikulturellen Mehrheitsgesellschaft“. Die Bundesrepublik sei eine für jegliche Zuwanderung „offene Nation“. Dies ist sie nicht, ja darf sie nicht sein, wenn sie dauerhaft Frieden im eigenen Land sichern und wahren will. Es gibt im Völkerrecht kein Menschenrecht auf Einwanderung. Wer garantiert, dass bei weiterem Schwinden der „Bio-Deutschen“ nicht eines Tages in Deutschland ethnische Konflikte ausbrechen, gar von außen bürgerkriegsähnliche Zustände entfacht werden?

Fernstenliebe statt Nächstenliebe

Zu dem Schlagwort „Wir schaffen das“ sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler im Focus, dass er die Gefahr sieht, „dass wir eine deutsche Sondermoral entwickeln“. Dies sehe ich auch und die Besonderheit liegt darin, dass wir die „Fernstenliebe“ predigen und dabei die „Nächstenliebe“ total verkümmern lassen. Winkler wies darauf hin, dass die Bundesrepublik in Sachen Asylrecht 1949 einen Sonderweg eingeschlagen habe. In der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes hieß es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“. Doch dann wurden die Worte „im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“ gestrichen. Diese Streichung ist problematisch und hat nach Winkler, ich zitiere, „mit dazu beigetragen, dass sich das Bild verfestigte, die Bundesrepublik sei asylpolitisch ein Land der unbeschränkten Möglichkeiten“. Winkler weiter: „Ich meine, es ist eines der großen Versäumnisse der deutschen Politik, dass dem durch die Propaganda von Schleusern entstandenen Zerrbild vom Paradies Bundesrepublik nie wirksam entgegengetreten wurde. [...]

Es ist richtig, dass das Grundgesetz eine fixe Obergrenze beim Asylrecht ausschließt. Eine humanitäre Asylpolitik bedeutet jedoch, dass man vorab die Frage stellt, wer wirklich verfolgt ist im Sinne des Asylrechts oder schutzbedürftig im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. So gehen die Rechnungen und Versprechungen der Schlepper auf, hat sich links der politischen Mitte ein internationalistisch orientiertes Gutmenschentum entwickelt mit dem Ziel einer multikulturellen Zivilgesellschaft. Damit ist aber unsere Demokratie hochgradig gefährdet. Wenn es in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, zum Wohle des Volkes, so wird daraus deutlich, dass in einer Demokratie, ja in allen Demokratien der Welt, Volk und Staatsgewalt in einer Weise zusammengehören, dass Staatlichkeit vom Volk getragen wird: Das Volk ist Subjekt von Staatlichkeit! Nicht jeder Migrant gehört automatisch zum deutschen Volk. [...]

Eine Demokratie als Volksherrschaft, in der Herrscher und Beherrschte identisch sind, wo das Volk als Subjekt der Staatsgewalt gleichzeitig auch deren Objekt ist, kann keine „offene Nation“ sein. Eine Demokratie kann nicht auf wechselnden Ethnien wie unkontrolliert wachsenden „Parallelgesellschaften“ aufbauen. Daher unterscheiden alle souveränen Demokratien streng zwischen Staatsbürgern als Mitglieder des Volkes und ausländischen Mitmenschen. Dies ist keine Diskriminierung, sondern eine von allen Völkern praktizierte sinnvolle und notwendige Unterscheidung. Asylanten und Wirtschaftsmigranten gehören nicht automatisch zur „Schicksalsgemeinschaft“ eines Volkes wie wir Heimatvertriebenen.

Vertriebene erwarten eine Antwort

Der „Tag der Heimat“ soll nicht nur daran erinnern, dass die Wahrung der Identität der Landsmannschaften wie der Vertriebenen insgesamt gefährdet ist, sondern auch die kulturelle Identität des deutschen Volkes als Summe seiner Stämme. Jedes Volk bedarf einer tragenden nationalen Identität, einer gewissen ethnischen, kulturellen und weltanschaulichen Homogenität, einer „Leitkultur“. Drei Viertel der Deutschen finden nach jüngsten Umfragen, dass die deutsche Kultur „Leitkultur“ sein muss und bleiben soll. An dieser Wirklichkeit muss sich jede Politik orientieren. Zur Wirklichkeit gehört dass eine große Mehrheit der Deutschen ihre eigene Identität über eine in Jahrhunderten gewachsene Kulturtradition und eine gemeinsame Herkunft und Sprache definiert. Das hat mit Chauvinismus oder Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun, sondern ist Ausdruck eines tief im Unterbewusstsein aller Nationen verankerten Identitätsgefühls. Alle unsere europäischen Nachbarvölker fühlen so.

Wenn Politik den Mehrheitswillen des Volkes bewusst ignoriert und pauschal diffamiert, dann muss sie die Quittung auch ertragen. In einer Demokratie ist der Bürger der Souverän. Als mündiger Bürger ist er ein selbstbestimmter Wähler, der nach dem Prinzip des Königsberger Philosophen Immanuel Kant handelt: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, um dich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien.“ Freiheit ist nicht ohne Mut zu haben.

Stellvertretend für viele Europäer hat der österreichische Philosoph Hans Köchler folgende Frage gestellt: „Ist das faktische Überranntwerden - mit Außerkraftsetzen praktisch aller rechtlichen und sicherheitstechnischen Barrieren - gewollt, und wenn ja, in welchem Ausmaß, oder ist es schlicht ein Symptom einer Wohlstands- und Spaßgesellschaft, die den Willen zur Selbstbehauptung verloren hat?“ Diese geistige Auseinandersetzung muss geführt werden, vom Volk zum Wohle des Volkes. Wir Heimatvertriebenen erwarten hierzu eine klare Antwort der politisch Verantwortlichen.

Eine Demokratie lebt von einem offenen Dialog zwischen Bürgern und den sie repräsentierenden Politikern. Alle Parteien sollten dies berücksichtigen, denn der Bürger ist der Souverän und das zeigt sich bei den Wahlen.

Maßgeschneidertes Modezentrum

Im Konfektionsviertel kleideten sich einst die Berliner ein – Heute werden dort ganz andere Gesetze geschrieben

Dort, wo heute das Bundesjustizministerium steht, wurde früher geschneidert. Im Berliner Konfektionsviertel wurde einst Mode „für die Stange“ angefertigt.

Einer der populärsten Komponisten von Chansons und Couplets in Berlin war vor 1914 Richard Nelson. Sein Ladenmädel von 1908 wurde zum Evergreen: „Sie war in der Leipziger Straße / in einem Modesalon. / Ein Sprühteufelchen, / keck und voll Rasse/, sie hatte Chic und Façon.“

Ein junger Mann entdeckt die Schöne, und hinter allen drei Strophen vom ersten Kennenlernen bis zum erotischen Tête-à-Tête im Separee lautete der Refrain: „Erst kamen die Blusen und Kleider, / und dann die Jupons voller Plis, / und dann die Dessous und so weiter, / und dann, / und dann kam sie!“

Der Berliner war sofort im Bilde. Ein guter Modesalon in der Leipziger Straße wurde natürlich von den naheliegenden Konfektionsbetrieben am Dönhoffplatz, am Spittelmarkt und am Hausvogteiplatz beliefert. Besonders das Viertel um den Hausvogteiplatz war weltberühmt und neben Paris zumindest in der Damenmode bis 1933 stilbestimmend bis hinein in die USA. Nach den Napoleonischen Kriegen wurden die innerstädtischen Plätze begehrte Standorte. Die günstige Lage zum Schloss und damit zum Königshof lockte viel Gewerbe an, auch aus dem Textilbereich.

Vorrangig waren es jüdische Unternehmer, die hier ohne hinderliche Auflagen tätig werden konnten. Sie begannen mit kleinen Betrieben, die in kürzester Zeit zu stadtbekannten Unternehmen, in mehreren Fällen zu Hoflieferanten wurden. Im Jahr 1815 gründete Nathan Israel in der Spandauer Straße ein erstes Geschäft für Stoffe und Kleidung. Seine Nachfahren steigerten Umsatz und Renommee des zum Nobelkaufhaus gewordenen Betriebes derart, dass es mit Harrods in London verglichen wurde.

Am Hausvogteiplatz selbst gründete der aus Königsberg stammende Hermann Gerson 1836 ein ebenfalls später berühmtes Modehaus. Andere große Häuser, die bald folgten, waren das von Valentin Manheimer, David Levin und Rudolph Herzog.

Der Erfolg der meisten Unternehmen beruhte auf einer fast revolutionären Neuerung: Es wurden nicht mehr Einzelstücke je nach Kundenwunsch gefertigt, sondern größere und dabei gleichgroße Mengen wurden auf Vorrat hergestellt, und für sie galt eine feste Preisliste. Man kaufte zum ersten Mal „von der Stange“, und das vom einfachen Kleid bis zum vornehmen Kostüm oder Herrenanzug.

Alte Fotografien aus dem Zentrum zeigen große, vierstöckige Häuser, oft mit prächtigen Fassaden verziert. Die Häuser dienten der Lagerung, der Vorführung und der Verwaltung. Gefertigt wurde fast durchweg außerhalb. Täglich kamen zahlreiche Zwischenmeister, die sich die Aufträge abholten und diese dann an Tausende von billig arbeitenden Frauen im Osten und Norden Berlins weitergaben. Es ist dies die düstere Kehrseite der so glanzvollen Konfektionsindustrie.

Noch bis in die 1920er Jahre war Heimarbeit gang und gäbe. Die Frauen, oft auch ihre Kinder, schufteten unter meist erbärmlichen Verhältnissen und bei skandalösen Stücklöhnen oft bis zu 18 Stunden am Tag. Die miserablen hygienischen Umstände taten ein Übriges, dass viele Frauen erkrankten und an Schwindsucht starben. Erst als die Berliner Gesundheitsbehörden massiv Alarm schlugen, besserte sich die Lage allmählich.

Aber da hatte die blühende Konfektionsindustrie bereits ihren Höhepunkt überschritten. Gut die Hälfte der Betriebe gehörte jüdischen Familien oder Unternehmern, bei der Damenkonfektion waren es fast 70 Prozent. 1933 trat das NS-Regime auch in Berlin mit der erklärten Absicht einer „Arisierung“ jüdischer Unternehmen an. Weniger durch äußeren Druck, sondern durch innere NS-Betriebszellen wurden die Inhaber seinerzeit zur Teilhabe deutscher Kommandantisten, zur Abtretung und zum Verkauf gezwungen.



Ein Denkmal aus hohen Spiegeln erinnert am Hausvogteiplatz an die jüdischen Textilfabrikanten von früher Bild: pa

Nach der Kristallnacht 1938 kam es zu zahlreichen Enteignungen. Viele Unternehmer emigrierten und bauten in den USA oder in England neue Geschäfte auf. Andere, die im Land blieben, wurden verhaftet und später oft genug in Vernichtungslagern ermordet.

Heute hat das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJ) im ehemaligen Konfektionsviertel seinen Sitz. Vier große Blöcke, in denen 1933 noch 59 Konfektionsbetriebe arbeiteten, wurden ab 1994 in ein Gesamtensemble integriert. Den Eingang in der Mohrenstraße zieren heute die berühmten Kolonaden von Carl Gotthard Langhans von 1787.

Das BMJ hatte im vergangenen Jahr Historiker der Humboldt-Universität mit der Erforschung der Geschichte dieser Gebäude beauftragt. Was überall in Deutschland bei jüdischen Betrieben und Geschäften geschah, spiegelt sich auch hier. Gewalttätige Blockaden und Boykotte waren ab April 1933 an der Tagesordnung, bald auch Zwangsschließungen und Zwangsübereignungen. Die Gewalt der Straße wurde begleitet von bürokratischen Maßnahmen der Industrie- und Handelskammer und Aktionen der eigens gegründeten „Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten“ (Adefa).

Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ und der „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“ war 1938 das Ende aller jüdisch geführten Betriebe gekommen. Die endgültige Zerstörung des Konfektionsviertels besorgten ab 1943 alliierte Bomber.

„Berliner Chic“, so der Slogan aus den 1920er Jahren, wurde ab 1949 mit einigem Erfolg im Westen Berlins fortgeführt. Aber an die großen Erfolge aus der Vorkriegszeit kam man nicht mehr heran. Und Pläne nach der Wende, am alten Ort ein Konfektionsviertel wiederaufzubauen, haben sich rasch zerschlagen.

So bleibt die Erinnerung an eine große Zeit der Berliner Mode, die ein zweiter Berliner Operettenkomponist, Paul Lincke, in einem weiteren Evergreen festgehalten hat: "Ich kleid' mich stets nach neuester Façon, / beweg' mich im Salon, / ich erfinde neue Moden, / was ich trage, das ist schick, – / man sieht's beim ersten Blick.“ Und dazu der schöne Refrain: "Sehn Sie, das ist ein Geschäft, / das bringt heute noch was ein! / 'ne jede aber kann das nicht, / das muss verstanden sein!“ *Dirk Klose*

Aufs Tapet gebracht

Schloss Ludwigslust frisch saniert – Kostbarkeiten an den Wänden

Besucher, die ein prunkvoll möbliertes Schloss erwarten, sind in Ludwigslust fehl am Platz. Wer jedoch einen Blick fürs Detail hat, zum Beispiel für korrespondierende Dekorationen von Raum und Möbeln, und die schlichte Eleganz frühklassizistischer Raumausstattung, gute Gemälde sowie übersichtliche Kabinettstücke schätzt, der wird den frisch sanierten Herzogsflügel beeindruckt verlassen. Die Sanierung des baugleichen Damenflügels gegenüber dauert noch bis mindestens 2020.

Im Zentrum der Sanierung des Ostflügels stehen die beiden Regenten Friedrich und Friedrich Franz mit ihren Gemahlinnen Luise Friederike und Luise genuin. Initiator der großzügigen Schlossanlage war Herzog Friedrich, der nach dem Tod von Christian Ludwig II. 1756 den Lieblingsjagdsitz seines Vaters zum repräsentativen Regierungssitz des Herzogtums Mecklenburg-Schwerin entwickelte. 1837, nach dem Tod seines Neffen und Nachfolgers Friedrich Franz, verlegte dessen Erbenkel Paul Friedrich, Gemahl Alexandrines von Preußen, den Regierungssitz zurück nach Schwerin.

Obwohl Ludwigslust bis 1945 Wohnsitz der herzoglichen Familie blieb und danach bis 1991 Sitz der Kreisverwaltung war, also genutzt wurde, verschlag die Sanierung, Konservierung, Restaurierung und Rekonstruierung bislang 19 Millionen Euro. Kosten, die zum Großteil aus Fonds der Europäischen Union finanziert werden konnten. Dabei haben allein in den letzten zehn Jahren über 100 vorwiegend regionale Handwerksbetriebe sowie Restauratoren unter der Leitung des landeseigenen Betriebes für Bau- und Liegenschaften an dem Projekt gearbeitet.



Tierisch schön: Die Königswohnung von Ludwiglust Bild: Museum Schwerin

Am spektakulärsten aus kunsthistorischer Sicht ist die Wiederherstellung der Bildergalerie, die vor weniger als zehn Jahren überhaupt nicht mehr existierte. Am eindrucksvollsten für den Besucher sind zweifellos die illusionistischen Velourtapeten, zu ihrer Zeit der letzte Schrei. Sie beenden den Schloss-Rundgang mit einem Paukenschlag.

Fast schon real wirkend, imitieren die Tapeten herabhängende Stoffbahnen, die mit Velourbändern gerafft und von einer oberen und unteren Bordüre gerahmt sind. Für Lutz J. Walter aus Wernigerode, einen der ganz wenigen Restauratoren überhaupt, der die Rekonstruktion alter Papiertapeten unter Verwendung originaler Materialien, Rezepturen und Techniken beherrscht und ausführt, war Ludwigslust eine wahre Schatzgrube. Die Fülle an Befunden teils sehr kostbarer Papiertapeten aus 200 Jahren, von der Fertigstellung des Schlosses 1780 bis 1980, soll auch dem Besucher nicht verborgen bleiben. Eine Dauerausstellung im dritten Stock ist bereits geplant.

Das ultimative Glanzstück im sogenannten Russischen Zimmer stammt aus der Kollektion 1810–1813 der bedeutenden Tapetenmanufaktur Dufour & Cie in Paris. Dank erhaltener Tapetenreste konnte Restaurateur Walter die seltenen Draperietapeten in jeder Hinsicht originalgetreu rekonstruieren. Allein für den Mehrfarben-Handdruck im Russischen Zimmer waren dazu 90 verschiedene Modelle erforderlich. „Vergleichbares“, so Walter, „ist mir bisher nicht begegnet.“ *Helga Schnehagen*

Der König wäre erfreut

Schloss Belvedere in Potsdam kann dank Spenden saniert werden

Die Erbauung des Pfingstbergs in Potsdam war für König Friedrich Wilhelm IV. ein Herzensanliegen. Er entwarf selbst das Belvedere – die „Schöne Aussicht“ –, das als Schlossprojekt allerding unvollendet blieb. Es besteht praktisch nur aus zwei Türmen und Kolonnadenrundgängen, an denen zuletzt der Zahn der Zeit genagt hat.

Die Sanierung der durch Feuchtigkeit und Abnutzung gezeichneten Eingangshalle des Belvedere-Schlosses auf der „Pfingstberg“ genannten Anhöhe kann aber jetzt beginnen. Der Förderverein Pfingstberg in Potsdam e.V. (FVP) und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg haben dafür bislang an Spenden die Hälfte der aktuell auf 20000 Euro geschätzten Gesamtkosten eingeworben. Die Baumaßnahmen sollen zu Ostern abgeschlossen sein.

Um das vom FVP 2015 ausgerufene Spendenprojekt der Sanierung der Eingangshalle des Belvedere zum Erfolg zu führen, waren die Vereinsmitglieder im Rahmen der „Kultur-in-der-Natur“-Veranstaltungen an den Wochenenden von Mai bis September 2015 und 2016 im großen Umfang aktiv. Sie informierten über das Vorhaben und regten zum Spenden an. Am 3. Juli vergangenen Jahres fand zudem ein Benefizkonzert mit dem RotaryKlub Potsdam-Belvedere im Schloss Belvedere statt, bei dem die Besucher rund 1200 Euro spendeten. Eine Spende in Höhe von 2000 Euro erhielt der FVP bereits im Vorfeld von den Potsdamer Rotariern.

Die offene, nur aus Kolonnaden und Treppen bestehende Eingangshalle des Belvedere war stark sanierungsbedürftig. Arbeiten am Mauerwerk und dem Putz wurden vor allem wegen Feuchtigkeitsschäden dringend notwendig. Eine auf solche Fälle spezialisierte Firma aus Brandenburg an der Havel wurde mit der Bausanierung beauftragt.

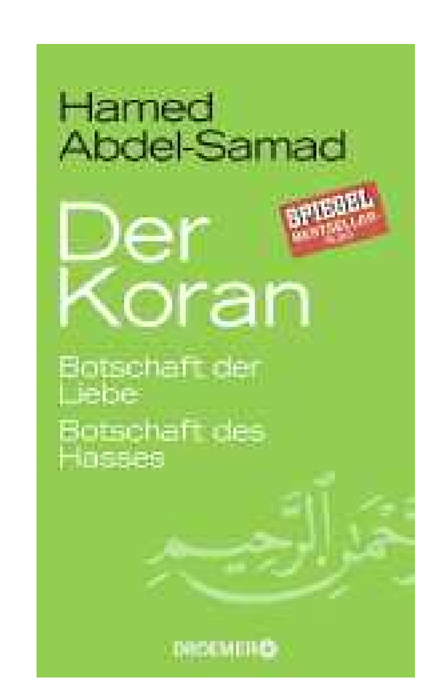


Der Nässe ausgesetzt: Eingangsbereich des Belvedere Bild: Förderverein Pfingstberg/Andrea Linkewitz

Zur Vorbereitung wurde bereits Anfang 2015 das Mauerwerk geöffnet, damit eine Belüftung und Austrocknung stattfinden kann. Im März 2016 wurde eine Abdichtungsmaßnahme auf dem Pegasusplateau vorgenommen, um das Eindringen von Regenwasser zu reduzieren. Jetzt soll zunächst die Westkonche (Konche = muschelförmige Einbuchtung/ halbrunde Nische im Mauerwerk) wieder aufgebaut werden. Dabei wird es eine Neuerung geben: Das Mauerwerk der beiden westlichen Konchen wird beim Wiederaufbau vom dahinterliegenden Kalksteinmauerwerk entkoppelt, um eine Durchfeuchtung dauerhaft zu verhindern.

Die Bauweise als hinterlüftete Fassade bedingt das Öffnen originaler und neuer Lüftungskanäle. So werden zum Beispiel im Zuge der Baumaßnahme auch die alten überputzten Lüftungen der gesamten Torhalle wieder freigelegt. Bis zum Frühjahr 2017 wird die Eingangshalle deshalb im Bereich der Westkonche eingehaust sein.

Nach der Sanierung wird die Eingangshalle gestrichen, Abplatzungen an den Pfeilern und Schäden an den Fußböden und an der Treppe werden ausgebessert. König Friedrich Wilhelm IV. wäre erfreut zu sehen, dass sein Belvedere nicht verkommt. *H. Tews*



Supermarkt Koran

Hamed Abdel-Samad betrachtet den Islam aus kritischer Distanz

Der islamkritische Autor Hamed Abdel-Samad deutet in seinem Buch „Der Koran – Botschaft der Liebe. Botschaft des Hasses“ den Koran für die säkulare Gegenwart. Auch wenn das heilige Buch des Islam heute zu einem „Selbstbedienungsladen“ geworden sei, das es jedem pfiffigen Muslim erlaube, seine eigene Version des Islam zu basteln, gebe es in ihm dennoch verborgene Botschaften auch für unsere Zeit.

Der Politologe und Autor Abdel-Samad hat in der Vergangenheit schon des Öfteren durch seine islamkritischen Äußerungen aufhorchen lassen. Von ihm stammt der Satz „Der Islam ist der Faschismus des 21. Jahrhunderts“, er hat auch Mohammed bereits als „Massenmörder und krankhaften Tyrannen“ bezeichnet.

Sein neues Buch plädiert für eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Koran. Er plädiert dafür, den Koran nicht als etwas „Göttliches“ und „Unantastbares“ zu sehen, sondern als ein Buch, das zunächst für die Menschen seiner Zeit geschrieben wurde. Die kritische Auseinandersetzung beginnt für Abdel-Samad mit der „Vermenschlichung“ des Propheten. Die Koranexegese könne „erst Früchte tragen, wenn man sich von der Macht des Textes als ewiges und allgemeingültiges Wort Gottes emanzipiert hat“.

Muslime müssten lernen, den Koran zu lesen wie die Christen die Bibel. Für die Christen enthaltedie Bibel zwar das Wort Gottes, das im Lichte der Gegenwart interpretiert werden müsse, aber der Koran sei das uninterpretierbare Wort Gottes „in klarer arabischer Sprache“. Weil der Koran jedoch oft widersprüchlich und gar nicht so klar sei, wie die Koranhüter behaupteten, sei der Koran so zu einem Supermarkt verkommen, in dem man eben fast alles finden könne. Wer Suren suche, die die Gewalt oder den Krieg rechtfertigten, werde sie finden. Doch er werde auch solche finden, die den Frieden beschwörten. Deshalb auch der Titel des Buches: „Der Koran. Botschaft der Liebe. Botschaft des Hasses.“

Manche der Passagen im Koran bräuchten deshalb auch ein Verfallsdatum, wie die Waren in einem Supermarkt. Wenn man also den radikalen Moslems vorwerfe, sie seien keine echten Muslime, weil sie die Gewaltpassagen des Koran benutzten, um ihre Gewalt zu legitimieren, so müsste man auch den sogenannten moderaten Muslimen vorwerfen, die sich auf die Friedenspassagen des Koran beriefen, dass sie den Koran einseitig interpretierten und sie deshalb auch keine richtigen Muslime seien. Abdel-Samad gibt so auch den moderaten Muslimen, die auf der Unantastbarkeit des Koran beharren, eine Mitverantwortung an dem aus ihm abgeleiteten Morden der Fundamentalisten und islamischen Extremisten. Damit ist er bereits weiter als die Islamkenner unter unseren Politikern, die die Muslime immer noch zwischen moderat und radikal unterscheiden wollen.

Die Gründe, warum der Koran zu einem Supermarkt verkommen sei, liege bereits in Mohammed selbst begründet. Die frühen mekkanischen Suren zeugten von einer gewissen Milde des Propheten, weil Mohammed in der Defensive für seine Botschaft habe werben müssen. In den späteren medinensischen Suren habe Mohammed seine Herrschaft bereits mit Gewalt stabilisiert, deshalb zeugten sie häufig von Härte, Gewalt und Gesetzesdurchsetzung. Mohammed sei Prophet und Religionsstifter, Politiker und Feldherr zugleich, das werde heute oft vergessen.

In den Schlusskapiteln seines Buches gesteht der Autor dem Islam auch positive Werte für die heutige Zeit zu. Die Gerechtigkeit gehöreals zentraler Wert des Koran dazu, ebenso ein Ausgleich zwischen Arm und Reich. Auch das Streben nach Wissen, keineswegs nur religiösem, sei dem Muslim nicht verwehrt. Die islamische Zivilisation habe in den nachkoranischen Jahrhunderten unter dem Einfluss hellenistischer Philosophie anspruchsvolle ethische Systeme entwickelt, die sich eine Zeitlang gegen die Scharia habe durchsetzen können und dem heute von Islamismus und Terrorismus geprägten Bild des Islam konträr entgegenstünden.

Das meiste, was der aus Ägypten stammende Autor Abdel-Samad in seinem Buch mitteilt, ist nicht neu. Dem Buch kommt aber das große Verdienst zu, ohne Scheuklappen und Denkverbote an den Koran heranzugehen und so auf verständliche und klar strukturierte Weise auch für eine breite Leserschaft den Koran zu entmystifizieren. Abdel-Samad war, als er noch in seiner Heimat lebte, selbst ein radikalerAnhänger des Islam und kennt von daher wie kaum ein anderer die Denkmuster der islamischen Extremisten. Heute lebt er unter Polizeischutz in Deutschland und verfolgt seine Religion und ihre Entwicklung mit engagierter Distanz. *Bodo Bost*

***Hamed Abdel-Samad: „Der Koran. Botschaft der Liebe. Botschaft des Hasses“**, Droemer Knaur Verlag, München 2016, gebunden, 240 Seiten, gebunden, 19,99 Euro*



Diaby plaudert

Als Schwarzer im Bundestag

„Unser Kleingartenfreund“ stellte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier nach der Bundestagswahl 2013 das neue Fraktionsmitglied Karamba Diaby vor. Überflüssige Mühe, denn Diabys Faible für Laubenpieper war längst bekannt. Jetzt hat Diaby, geboren 1961 im Senegal, der von 1986 bis 1991 Chemie in Halle studierte, eine gut lesbare Autobiografie publiziert, die oft in Kleingärten spielt. Über deren Schadstoffbelastung hat Diaby 1996 seine Dissertation verfasst.

Das eigene Wesen schildert er in Kontrasten: „Islamisch erzogen“, aber Liebhaber von „Eisbein mit Sauerkraut“, Fan von deutscher Pünktlichkeit, aber nicht von deutscher Perfektion, „Afrodeutscher“, der weiß, dass Afrikaner und Türken zu den „am schlechtesten integrierten Einwanderern“ zählen. „Harmoniesüchtig“, aber voll schlechter Erinnerungen an die „stille Feindseligkeit in der DDR“ gegen Ausländer. Deren Spuren verblassen nur langsam, wie Diaby in unangenehmen Begegnungen mit Schaffnern, Polizisten und Taxifahrern erlebte. Da half ihm galliger Witz: „Sie kommen aus Ostdeutschland? Sieht man das nicht?“

Liebhaber von Politik und Kleingärten

Diaby berichtet von Kindheit und Jugend im liberalen Senegal, „eine Art Musterschüler“, der aber alte Barbarismen weiter pflegt, etwa Polygamie oder die „grausame Verstümmelung“ durch die Beschneidung von Mädchen. Ende 1985 kam er als Gaststudent in die DDR, wo er sich in Komitees und Gremien unersetzlich machte, aber alles aufmerksam registrierte – „Marxismus-Leninismus“-Druck, Schufterei in Studenten-„Brigaden“, „verordnete Völkerfreundschaft“, Spitzelklima unter Kommilitonen. Vor der „Wende“ fürchtete er sich, erkannte sie aber rasch als Glücksfall: Keine Zwangsheimkehr nach Diplom, Stipendium nun vom DAAD. DDR-Erbe blieben nur Wortschatz-Reste (Broiler, Plaste).

„Richtiger Ossi“ war Diaby schon zu DDR-Zeiten, blieb dann „eener von uns, ein Ossi!“ 2001 wurde er deutscher Staatsbürger, Ende 2007 trat er der SPD bei. Ab 2009 machte der glühende Fan von Halle Wahlwerbung in eigener Sache mit originellen Ideen. Sein Vorname „erregt meistens grinsende Gesichter: Karamba Karacho, ein Whiskey“, also machte er ihn zum Wahlslogan.

Auch seine Hautfarbe war gut: Wo redet der „Obama von Halle“ am entspanntesten mit dem Wählervolk? Natürlich im Kleingarten beim Bierchen, wofür er Bierdeckel mit seinem Porträt mitbrachte und als Werbegeschenk Pflanzensamen und Flaschenöffner verteilte. Diaby wurde „Kult“. Und kam mit überdurchschnittlich gutem Resultat ins Parlament, einer vom Drittel der „Neulinge“ unter 630 Abgeordneten.

Umgehend heuerte ihn eine Hallesche Zeitung für eine Wochenkolumne eigener Erlebnisse an, was er gern nutzte. Als ihm wieder ein Polizist dumm kam, engagierte er sich zur „Kennzeichnungspflicht für Polizisten“.

Launiger sind seine Bemerkungen zum Alltag im Bundestag: „Im Plenum sitzen faulste Abgeordnete“, da die Hauptarbeit in Ausschüssen geleistet werde. Wer schwänzt, werde mit „saftigem Bußgeld“ belegt. Jeder Abgeordnete darf im Jahr 150 Besucher empfangen und ihnen das Hohe Haus zeigen, was ihm unerwartete Kontakte schaffe, etwa zum „Verein der in der DDR geschiedenen Frauen“.

Über allem stehen Diabys kleine Erfolge von lokaler Größe: Zuschüsse für die Händel-Festspiele in Halle, zusätzliche Mittel für eine dortige TBC-Klinik und so weiter. *Wolf Oschlies*

***Karamba Diaby: „Mit Karamba in den Bundestag – Mein Weg vom Senegal ins deutsche Parlament“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2016, gebunden, 223 Seiten, 20 Euro*

Marinemaler wiederentdeckt

Klaus Peter Scholz verfolgt die Spuren des Ostpreußen Franz Herpel

Da der Lebensmittelpunkt des Marinemalers Franz Herpel (1850–1933) in Königsberg lag und seine Bilder in Ostpreußen sehr verbreitet waren, sind viele seiner Werke in den Kriegswirren verschollen oder zerstört worden. Klaus Peter Scholz hat sich mit seinem Buch „Franz Herpel – Marinemaler und Segler in Königsberg“ auf Spurensuche begeben, um an den Maler und sein Werk zu erinnern.

Über Herpels Vorleben ist wenig bekannt. Er studierte an der Kunstakademie in Königsberg und verbrachte auch sein weiteres Leben dort. Seine Leidenschaft galt der Marinemalerei, und er verbrachte viele Studienreisen an Bord, um so die See in all ihren Facetten kennenzulernen. Er malte Szenen aus der Schifffahrt mit Begegnungen auf dem Meer und vor verschiedenen Häfen und Küsten. In seinen kraftvollen Seestücken zeichnete er die rauen Naturkräfte eindrucksvoll nach.

Seine Heimat hat er in vielen Ansichten festgehalten, besonders die Hafenstadt Pillau. In seinen Skizzenbüchern ist die Annährung an ein Objekt festgehalten, wie er in verschiedenen Ansichten immer mehr Details herausgearbeitet hat. Herpel war Mitglied im Königsberger Segelklub Rhe und besaß selbst Segelboote. Er begleitete den Klub über 50 Jahre mit Zeichnungen, Gemälden und einem illustrierten Liederbuch. Der Autor Scholz war Marineoffizier und hat selbst Beziehungen nach Königsberg. Er ist Segler und Mitglied des in Hamburg wiedergegründeten Segelklubs Rhe.

Mit diesem Buch hat er in einer bemerkenswerten Spurensuche das umfangreichste Verzeichnis des Schaffens von Herpel zusammengetragen. Durch verschiedene Überlassungen befinden sich heute noch Ölbilder im Besitz des Segelklubs Rhe. Ein Freund Herpels nahm dessen Skizzenbücher mit auf die Flucht. Über alte Auktionskataloge und Nachforschungen zum Verbleib von Bildern in Privatbesitz ist es Scholz gelungen, fast alle Werke zu erfassen. Auch die Abbildung eines Herpel-Bildes 1983 im *Ostpreußenblatt* hat ihn auf die Spur des Bildes gebracht. Scholz beschreibt das Leben Herpels und lässt die Bilder sprechen. 80 farbige Reproduktionen, zwölf Schwarz-Weiß-Abbildungen und 100 Zeichnungen und Skizzen repräsentieren das beachtliche Leben des Malers. Zu jedem gibt es einen Kommentar zur Entstehung sowie Details, die zum Auffinden führten.

Reizvoll ist der Vergleich einiger Gemälde, zum Beispiel von Pillau, mit zeitgenössischen Ansichtskarten sowie alten und neuen Fotos. Mit diesem abwechslungsreich geschriebenen und grafisch sehr schön gestalteten Buch hat Scholz das Lebenswerk von Herpel für die Nachwelt erhalten. *B. Heitmann*

***Klaus Peter Scholz: „Franz Herpel – Marinemaler und Segler in Königsberg“**. Verlagsgruppe Husum, Husum 2016, 112 Seiten, 27,95 Euro*



Eine »Stadt voller historischer Brüche«

Das renommierte Marburger Herder-Institut legt eine Fleißarbeit über Breslau, die Kulturhauptstadt 2016, vor

Seit 2010 gibt das Marburger Herder Institut den historisch-topografischen Atlas schlesischer Städte heraus. Deutsche und polnische Wissenschaftler sind jeweils Bearbeiter. Der fünfte Band kann als Geschenk für die Kulturhauptstadt Europas 2016 gewertet werden. Das Format des Werkes ist A3, was günstig für die Lesbarkeit der zahlreichen Karten, Skizzen, historischen Stadtansichten und Fotos ist. Der Band gliedert sich neben dem Geleitwort der Herausgeber und der Einführung in einen stadthistorischen Teil von den Anfängen Breslaus (1206) bis zur polnischen Gegenwart, und dem kartografischen Teil, der durch einen aktuellen polnischen Plan von 2014 eingeleitet wird sowie durch eine Gegenüberstellung zweier Pläne der Breslauer Altstadt von 1932 und 2016.

Der stadthistorische Teil spiegelt die wichtigen Etappen Breslauer, schlesischer, österreichischer, preußischer, deutscher und auch polnischer Geschichte wider. Die Region um Breslau stand vom Mittelalter bis zur Neuzeit im Fokus verschiedenster Interessen – Polen, Böhmen, Habsburg –, bis daraus durch die endgültige Zugehörigkeit zu Preußen/Deutschland seit Ende des Siebenjährigen Krieges 1763 bis 1945 eine rein deutsche Geschichte wurde.

Seit den Anfängen im 13. Jahrhundert sind Schlesien und damit auch Breslau Gebiete der deutschen Ostsiedlung. Nicht zuletzt dokumentieren das die Städtegründungen. Dieser Aspekt hätte in der historischen Darstellung etwas deutlicher zum Ausdruck kommen können. Zwar wurde eine Darstellung der Einwohnerzahlen der Stadt im Laufe der Jahrhunderte gebracht, aber ohne ethnische Zugehörigkeit. Dies geschieht erst nach der Volkszählung von 2011: Von 630131 Einwohnern waren nur 3,4 Prozent keine Polen, der Anteil der Deutschen wird mit 1153 Menschen angegeben, die anderen Minderheiten sind Ukrainer und Juden. Die einst deutsche Stadt wurde zu einer polnischen Metropole.

Die Darstellung der Geschichte der Region und der Stadt ist sehr detailliert und dicht. Die zahlreichen Fußnoten, das umfangreiche deutsch/polnische Literaturverzeichnis sowie auch der Bildnachweis zeigen, dass die wohl kompetentesten, erreichbaren Materialien für die Darstellung Pate standen. Bestechend ist die Auflockerung des Textes mit verschiedensten Materialien wie Skizzen, Karten, Stadtplänen, Stadtansichten und für die Neuzeit eine Fülle an Fotos aus deutscher und jetzt polnischer Zeit. Diese unterschiedlichen Illustrationen fördern stark das Verständnis der Texte.

Kritisch muss angemerkt werden, dass der Begriff „wiedergewonnene Gebiete“ für die jetzt polnischen ehemaligen Ostprovinzen Deutschlands zwar erklärt wird als eine Taktik der kommunistischen Herrscher Polens, um polnische Siedler für die Vertreibungsgebiete zu gewinnen. Es wird aber nicht gesagt, wie heute dieser Vorgang in Polen gesehen werden sollte: Nämlich Breslau und Schlesien sind wie Ost-Brandenburg, Pommern und Ostpreußen bis 1945 deutsche Geschichtslandschaften. So bleibt der Eindruck, dass diese Regionen schon immer polnisch waren.

Der kartografische Teil bringt Messtischblätter, thematische Karten sowie Luftbildaufnahmen. Zeitlich erfasst werden die preußisch-deutsche Zeit im 19. und 20. Jahrhundert bis 1945, es folgen die Jahrzehnte bis zur Gegenwart unter polnischer Hoheit. Deutlich ist zu erkennen, dass die Polen an der in Jahrhunderten gewachsenen Siedlungsstruktur festhalten, was auch im Wiederaufbau der 1944/45 zerstörten Innenstadt eindrucksvoll zum Ausdruck kommt. Elemente sozialistischer Stadtplanung sind dennoch nicht zu übersehen.

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa in Potsdam kennzeichnet das heutige Breslau [Wroclaw] als eine Stadt voller historischer Brüche mit einem multiethnischen und multikulturellen Erbe. Diese Charakterisierung kann aus Text und Karten/Fotos herausgelesen werden. Allerdings ein Reiseführer mit Stadtplan ist das Werk nicht. Hier ist der anspruchsvolle, geschichtsinteressierte Leser gefordert. Das Gesamtwerk, die schlesischen Städte historisch darzustellen und zu kartieren, kann als wichtiger Beitrag für das deutsch-polnische Verhältnis gewertet werden und die Wahrnehmung zu unseren östlichen Nachbarn stärken. *K. Lau*

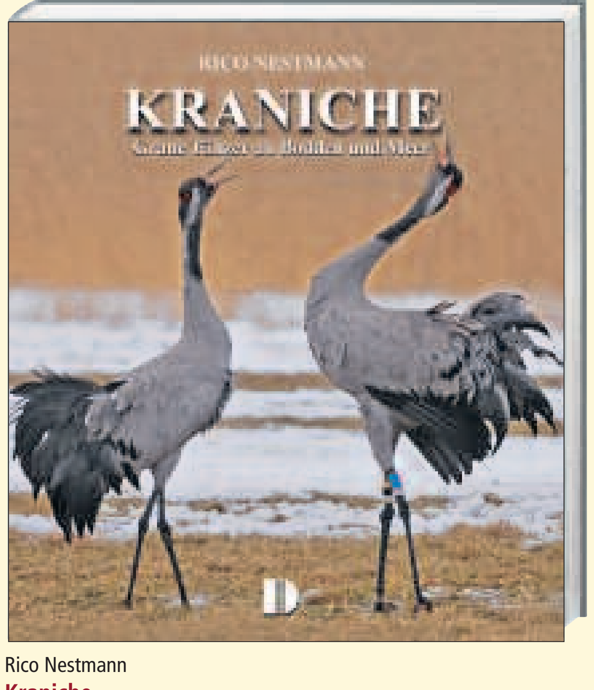
***Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung (Hg.): „Wroclaw / Breslau, Band 5 des historisch-topographischen Atlas schlesischer Städte“**, Herder-Institut, Marburg 2016, gebunden, 80 Seiten, 35 Euro*



Christopher Spatz
Nur der Himmel blieb derselbe
Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben
Eine der größten humanitären Katastrophen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielte sich von 1945 bis 1948 im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung ab. Über 100.000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Übriggebliebenen waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Zuhause waren sie ganz auf sich gestellt. Manche landeten in sowjetischen Heimen, andere flohen auf eigene Faust nach Litauen, um ihr Leben zu retten. Von der Tragödie dieser Kinder nahm die Welt jahrzehntelang nahezu keine Notiz. Erst in den 1990er-Jahren wurde die Öffentlichkeit auf ihre Schicksale aufmerksam. Christopher Spatz rekonstruiert das Leben der damaligen Bettelkinder und lässt die Betroffenen selbst zu Wort kommen. In mehr als 50 lebensbiografischen Interviews erzählen die zwischen 1930 und 1942 Geborenen, wie sie das Unmögliche schafften und überlebten. Ihre Erinnerungen sind ein erschütterndes Dokument. Die Geschichte der ostpreußischen Hungerkinder bietet berührende Einblicke in ein uns heute fernes, doch so nahes Land. Es sind Blicke in die Seelen seiner letzten Kinder. 336 Seiten
Nr. P A1032 Kartoniert **16,95 €**

Rolf Reinicke
Steine am Ostseestrand (80 Seiten)
Der Autor, ein erfahrener Geologe, ist zu Hause an den Stränden der Deutschen Ostseeküste. Er hat zusammen mit seiner Frau alle Steine in diesem Besuch gesammelt, fotografiert und deren Herkunft bestimmt.
Nr. P A0875 **Kartoniert** **9,95 €**

Freya Klier
Wir letzten Kinder Ostpreußens
Zeugen einer vergessenen Generation
Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegenden und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmonate. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht" zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Später arbeitete sie als Schauspielerin und Theaterregisseurin, 1980 war sie Mitbegründerin der DDR-Friedensbewegung. Freya Klier hat zahlreiche Preise und Ehrungen erfahren, unter anderem erhielt sie im Jahr 2012 das Bundesverdienstkreuz. 448 Seiten
Nr. P A0789 **Gebunden** **24,99 €**



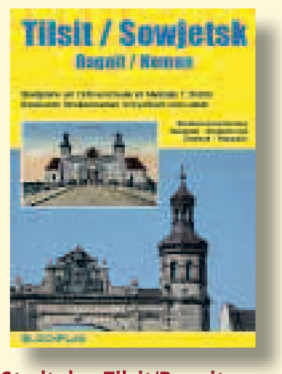
Rico Nestmann
Kraniche
Graue Tänzer am Bodden und Meer
Kraniche sind mit ihrer Größe, Anmut und Schönheit eindringliche Sinnbilder für die Kostbarkeit der Natur auf unserer Erde. Der Schutz der Kraniche bewahrt zugleich eine Vielzahl anderer Tier- und Pflanzenarten sowie die Reinheit von Wasser, Boden und Luft in den ausgedehnten Territorien dieser Vögel. Im Flug zwischen den Brut- und Überwinterungsgebieten überqueren die „Vögel des Glücks" mehrere Länder und Rastplätze. Hier fressen und ruhen die Vögel zwischen den einzelnen Flugetappen. Mit dem vorliegenden Band wird die Faszination des Kranichzuges zwischen Bücherdeckeln lebendig. Mit ebenso einzigartigen wie eindrucksvollen Fotografien sowie kenntnisreichen Texten kann sich der Leser und Betrachter Auge in Auge mit den „Vögeln des Glücks" sehen und eines der faszinierendsten Naturschauspiele Mitteleuropas hautnah erleben. Aber der Bildband ist vor allem auch eine wahre Schatzkammer ebenso schöner wie eindrucksvoller Kranichfotografien. 136 Seiten
Nr. P A1078 **Gebunden** **19,95 €**

Rolf Reinicke
Funde am Ostseestrand
Nach dem erfolgreichen Steine-Buch liegt jetzt vom gleichen Autor das Buch Funde vor, in dem es um Muscheln, Schnecken und viele andere Pflanzen und Tiere am Ostseestrand geht. 80 Seiten
Nr. P A0839 **Kartoniert** **9,95 €**

Rolf Reinicke
Pflanzen am Ostseestrand
Mit diesem wunderschön illustrierten Taschenbuch bekommt der interessierte Strandwanderer einen wertvollen Naturführer. Er zeigt die besondere Pflanzenwelt an den Stränden der Ostsee, auf ihren Dünen und an den Ufersäumen der Bodden und Haffe. 80 Seiten
Nr. P A1077 **Kartoniert** **9,95 €**



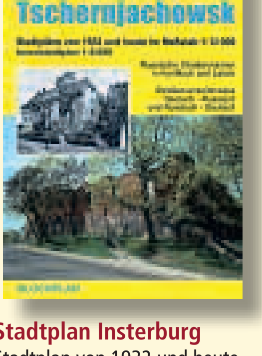
Stadtplan Königsberg 1931 und Kaliningrad heute
Stadtplan von 1931 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0614 **Karte** **5,95 €**



Stadtplan Tilsit/Ragnit
Stadtpläne um 1930 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0615 **Karte** **5,95 €**

Stadtplan Gumbinnen
Stadtplan von 1936 und heute im Maßstab 1 : 12.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0616 **Karte** **5,95 €**





Stadtplan Insterburg
Stadtplan von 1932 und heute im Maßstab 1 : 12.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0617 **Karte** **5,95 €**

Nord-Ostpreußens Südosten Insterburg – Gumbinnen – Rominter Heide – Trakehnen
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1938 bis 1945
Nr. P A0695 **Karte** **8,95 €**

Stadtplan Cranz/Rauschen
Stadtplan von 1935 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0739 **Karte** **6,95 €**

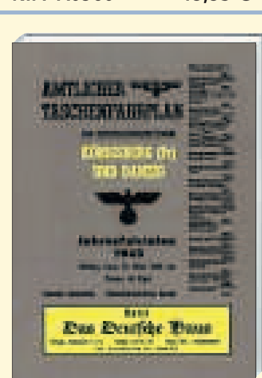


Johanna Ellsworth
Das Wiegenlied der Wolfskinder
Historischer Roman
Winter 1944/45: Gemeinsam mit ihrer Mutter und Großmutter fliehen die Geschwister Gretel und Karlchen aus dem ostpreußischen Gerdauen vor den russischen Soldaten. Ihr Ziel ist Berlin, wo die Mutter Verwandte hat, doch erweist sich die Reise bald als Irrwanderung durch Ostpreußen, in der Zwangsarbeit, Hunger, Krankheit und Tod den Alltag bestimmen. Als die Lebensmittelrationen nach Kriegsende immer knapper werden, wird die achtjährige Gretel nach Litauen geschickt, um Gegenstände gegen Essen einzutauschen. Nach dem Tod der Mutter auf sich allein gestellt, verschlägt es die Geschwister zu einem litauischen Bauern, wo sie durch Zufall getrennt werden. Der historische Roman, basierend auf den Lebenserfahrungen von Zeitzeugen, ist Erlebnisbericht und spannungsreiche Fiktion zugleich und beleuchtet authentisch das (Über-)Leben deutscher Flüchtlingskinder nach dem Zweiten Weltkrieg, die als „Wolfskinder" in die Geschichte eingingen. 276 Seiten
Nr. P A1015 **Kartoniert** **14,95 €**

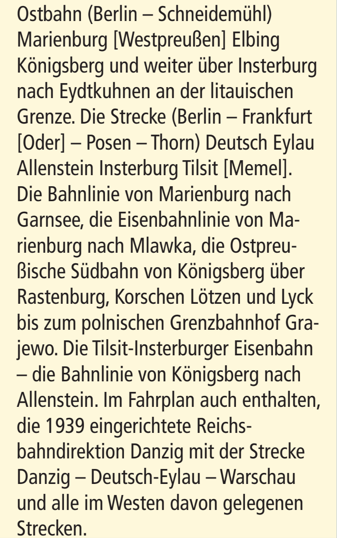


Jahresfahrplan 1942/1943
Amtlicher Taschenfahrplan für den Bezirk Stettin
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
234 Seiten
Nr. P A0960 **19,95 €**

Die Reichsbahndirektion Stettin befand sich in der preußische Provinz Pommern und reichte bis Rostock bzw. bis Berlin. Wichtige Strecken in der Direktion waren (Berlin) Neustrelitz Neubrandenburg Stralsund Saßnitz (Hafen) (Schweden); (Berlin) Angermünde Stettin und Pasewalk Stralsund der Stettiner Bahn sowie die Strecke Stettin Stargard Köslin Stolp Lauenburg (Pommern) (Danzig). Die Gründung der privaten Eisenbahngesellschaft Berlin-Stettiner-Eisenbahn im Jahre 1836 mit Direktionssitz in Stettin gilt als Ausgangspunkt für die spätere Reichsbahndirektion Stettin. Der Taschenfahrplan enthält ein sehr umfangreiches Ortsverzeichnis, die allgemeinen Bestimmungen für Reisende im Jahr 1942, die Fernverbindungen, Streckenpläne, die Abfahrt und Ankunft der Züge in Stettin und Schifffahrtslinien.



Jahresfahrplan 1943
Amtlicher Taschenfahrplan Königsberg (Pr.) und Danzig
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
182 Seiten
Nr. P A0670 **17,80 €**



Wichtigste Strecken: Preußische Ostbahn (Berlin – Schneidemühl) Marienburg [Westpreußen] Elbing Königsberg und weiter über Insterburg nach Eydtkuhnen an der litauischen Grenze. Die Strecke (Berlin – Frankfurt [Oder] – Posen – Thorn) Deutsch Eylau Allenstein Insterburg Tilsit [Memel]. Die Bahnlinie von Marienburg nach Garnsee, die Eisenbahnlinie von Marienburg nach Mlawka, die Ostpreußische Südbahn von Königsberg über Rastenburg, Korschen Lötzen und Lyck bis zum polnischen Grenzbahnhof Grajewo. Die Tilsit-Insterburger Eisenbahn – die Bahnlinie von Königsberg nach Allenstein. Im Fahrplan auch enthalten, die 1939 eingerichtete Reichsbahndirektion Danzig mit der Strecke Danzig – Deutsch-Eylau – Warschau und alle im Westen davon gelegenen Strecken.

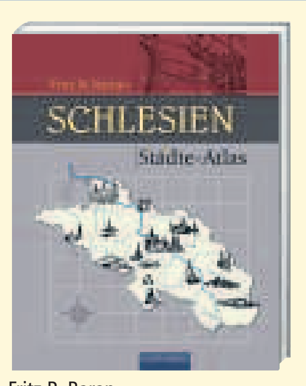


Nord-Ostpreußens Samland Königsberg – Cranz – Rauschen – Pillau
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0740 **Karte** **8,95 €**

Nord-Ostpreußens Norden vom Kurischen Haff bis zur Szeszuppe
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0869 **Karte** **8,95 €**

Nord-Ostpreußens Mitte vom Kurischen Haff bis zur polnischen Grenze
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0876 **Karte** **8,95 €**

Rund um das Frische Haff Königsberg bis Elbing Braunsberg bis Bartenstein
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Historische Deutsche Ortsnamen.
Nr. P A1013 **Karte** **8,95 €**



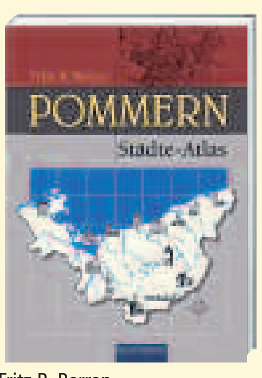
Fritz R. Baran
Schlesien Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne schlesischer Städte von Auras bis Zülz
360 Seiten/Gebunden
Nr. P 4021 **29,95 €**

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Schlesien, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Schlesien neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche östlich der Oder gelegene Städte und Kreise der Provinz Schlesien vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die heute zu Polen und der Tschechischen Republik gehörenden Städte.



Fritz R. Barran
Ostbrandenburg Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostbrandenburgischer Städte von Arnswalde bis Züllichau
144 Seiten/Gebunden
Nr. P 3022 **19,95 €**

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostbrandenburg, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen zu den gerade auch östlich der Oder gelegenen Städte und Gemeinden neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostbrandenburg nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen.

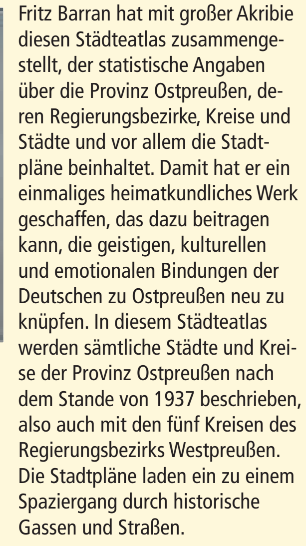


Fritz R. Barran
Pommern Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne pommerscher Städte von Altdamm bis Zanow
208 Seiten/Gebunden
Nr. P 3019 **24,95 €**

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Pommern, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne der heute zu Polen gehörenden Städte beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen und ihrer Bewohner zu Pommern neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Kreise der Provinz Pommern nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen, der heute zu Polen gehörenden Städte.



Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 **24,95 €**



Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünf Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen. Die Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch historische Gassen und Straßen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ______ Name ______

Straße/Nr. ______ Telefon ______

PLZ/Ort ______

Datum ______ Unterschrift ______

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Berlin will noch mehr Asylsucher

Berlin – Die Bundesregierung macht Druck bei der Umverteilung von Asylsuchern in der EU. Es geht Berlin vor allem darum, dass Asylsucher aus Griechenland und Italien in andere EU-Staaten wie Deutschland verteilt werden. Dies ungeachtet der Tatsache, dass 2016 bereits rund doppelt so viele Asylanträge in Deutschland gestellt wurden wie im gesamten Rest der Europäischen Union, nämlich 658 000 von EU-weit 988 000. *H.H.*

Christen aus Heim geworfen

Berlin – Zwei christliche Iraner sind nach einem Bericht der „B.Z.“ aus einem Berliner Asylheim geworfen worden, nachdem sie von dort ebenfalls wohnenden Moslems bedroht worden waren. „Wir töten euch!“, hätten Muslime ihnen angedroht und sie auch tätlich angegriffen. Als die Christen die Vorfälle der Heimleitung meldeten, habe diese den beiden Hausverbot erteilt. Träger des Heims ist das DRK. *H.H.*

ZUR PERSON

Kapitän mit zwei Herzen

Wenn die Metapher vom Wirtschaftskapitän in einer bestimmten Person ihren ganz besonderen Ausdruck findet, so ist dies ohne Zweifel **Peter Tamm**. Schlugen in der Brust des Verlegers doch zwei Herzen: das des Managers und das des fanatischen Schiffsliebhabers, den die Zeitläufe daran gehindert haben, Karriere auf See zu machen. So stand er viele Jahre lang auf der Kommandobrücke des Axel-Springer-Verlages statt auf schwankenden Planken.

Tamm schmiedete ein riesiges Zeitungs- und Zeitschriftenhaus, das er wie ein Schiff führte. Er machte die „Bild“ groß, verhalf dem von Springer gekauften Ullstein-Verlag zur Blüte. Nach dem Tod Axel Springers 1984 wurde er zur Leitfigur des Unternehmens. Energisch beanspruchte er die alleinige Führung und Verantwortung für sich, womit sich der als eigenwillig und durchsetzungsfähig, manchem auch als ruppig und eitel geltende Alleinvorstand nicht nur Freunde gemacht hat. Als die nachrückende



Managergeneration aufbegehrte, schied Tamm 1991 aus dem Konzern aus.

Dieser vorzeitige Weggang hat ihn sehr verletzt, doch er gab ihm die Möglichkeit, sich dem zu widmen, was er als sein eigentliches Lebenswerk betrachtete: die weltgrößte Privatsammlung zur Schifffahrts- und Marinegeschichte, die er 2008 als Stiftung in das Internationale Maritime Museum Hamburg einbrachte.

So entschieden er als Springer-Chef gegen alles Linke im Land gekämpft hatte, so entschieden lehnte der Professor ehrenhalber eine einseitige Geschichtsdarstellung um der „Politischen Korrektheit“ willen ab. Wissenschaft in Demutshaltung, quasi bemäntelt mit dem hierzulande allgegenwärtigen Büßerhemd, war nicht seine Sache.

Am 29. Dezember hat der leidenschaftliche Zigarrenraucher seine „Monte Christo“ für immer aus der Hand gelegt. *Jan Heitmann*



Man höre und staune!

Böse Zahlen

Wie Simone Peter noch mehr »Nafris« ins Land bekommen will, wie gut das der Wirtschaft tut, und warum Statistik von Übel ist / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Diesmal hat sich Simone Peter ein wenig verrannt. Mit ihrer Attacke auf die Polizei infolge des Einsatzes gegen „Nafris“ in Köln konnte die Grünen-Vorsitzende nicht einmal mehr bei den eigenen Leuten punkten. Zu offensichtlich war die grüne Wunschwelt an den Klippen der Wirklichkeit zerschellt. In so einem Moment ist es angeraten, zumindest zum Schein auf die andere Seite zu schleichen, statt am alten dogmatischen Blödsinn kleben zu bleiben.

Kurz zuvor war Peters Welt noch in Ordnung gewesen. Nachdem fünf junge „Flüchtlinge“ in Berlin versucht hatten, einen schlafenden Obdachlosen in Brand zu stecken, hatte die Parteichefin die richtigen Rezepte parat: Für diese Jugendlichen und jungen Männer müsse es viel mehr Fürsorge geben, forderte sie. Zudem solle dafür gesorgt werden, dass noch weit mehr Menschen aus deren Herkunftsländern zu uns kommen, so Peter, und zwar per Familiennachzug.

Das ist der neueste Kniff: Die Familien schicken einen minderjährigen Verwandten nach Deutschland, damit der Rest der Sippe ganz legal per Familienzusammenführung später nachkommen kann. Falls der Auserwählte gar nicht mehr so „minderjährig“ sein sollte, schmeißt er einfach seine Papiere weg – schon ist er wieder 17!

Im Jahr 2014 kamen 4300 „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“, kurz UMF, zu uns. 2015 waren es 14 436 und im vergangenen Jahr gelangten allein bis Ende Oktober mehr als 50 000 UMF in die Bundesrepublik. Selbstverständlich ist es völlig ohne Belang, ob sie daheim verfolgt oder bedroht waren. Sobald jemand behauptet, unter 18 zu sein, öffnet sich das Tor.

Nun allerdings hat die Groko den Familiennachzug geringfügig eingeschränkt. Wer von den mutmaßlich Minderjährigen nachweislich kein Flüchtling ist, soll seine Angehörigen erst nach zwei Jahren nachholen dürfen, heißt es im „Asylpaket II“. Gegen diese unsagbare Unmenschlichkeit laufen die Grünen seit einem Jahr Sturm: „Wer in Deutschland bleibt, muss schnellstmöglich seine Familie nachholen können“, heißt es in der Erklärung der Partei vom 16. Januar 2016.

Jeder einzelne UMF kostet 60 000 Euro pro Jahr für Unterkunft und Betreuung, wobei Simone Peter die Betreuung ja gern noch erheblich ausbauen möchte. Es sind also schon etliche Milliarden, und wenn erst die Familien da sind … Alles in allem könnten bald mehrere Millionen Menschen als UMF oder Angehörige ins Land strömen, ob mit zweijähriger Verzögerung oder gleich.

Aber warum auch nicht? Nun ja, einer wachsenden Zahl von Deutschen könnte unwohl werden bei dem Gedanken. Da gilt es, die Sache „richtig zu kommunizieren“ und die w u n d e r b a r e n Vorteile herauszustreichen, die uns allen durch die Asylsucher zukommen.

> Viele Frauen blieben dieses Silvester lieber zuhause, wie ihre Schwestern im Orient auch

Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, und sein Kollege vom Ifo-Institut, Clemens Fuest, gehen als strahlende Vorbilder voran. Die „Flüchtlinge“ stimulierten die deutsche Wirtschaft, jubelt Fuest, Fratzscher nennt den Asylstrom gar ein „kleines Konjunkturprogramm“.

Durch die 20 Milliarden Euro, welche die Länder 2016 für Asylsucher ausgegeben hätten, sei die Wirtschaft nämlich um 0,3 Prozent gewachsen. Was für ein glänzendes Geschäft! Zumindest wenn man ausblendet, dass 20 Milliarden Euro gut 0,6 Prozent unserer Jahreswirtschaftsleistung von etwas mehr als drei Billionen entsprechen. Wir haben also 0,6 Prozent aufgewendet, um 0,3 Prozent zu erlösen. Bravo!

Man hat sich lange gefragt, warum wir den einst hochgeschätzten „Wirtschaftsexperten“ seit der Finanzkrise nicht mehr so recht über den Weg trauen. Die dargelegte Rechnung könnte unsere Vorbehalte erklären. Die Experten lassen sich davon aber nicht bremsen. Fratzscher ist ganz euphorisch: Langfristig könne der positive Effekt der „Geflüchteten“ für die Wirtschaftsleistung sogar auf 0,7 Prozent steigen. Vorausgesetzt natürlich, wir geben zuvor doppelt so viel für sie aus; das wäre dann mehr, als wir für unsere Landesverteidigung übrig haben.

Aber wozu auch Landesverteidigung, wenn sich der Krieg ohnehin längst ins Inland verlagert hat? Dort ist nicht die Bundeswehr zuständig, sondern die Polizei. Und die hat an Silvester gute Arbeit geleistet gegen den neuen Feind im Innern. Dass es weniger Übergriffe auf Frauen gab, dürfte allerdings nicht allein auf die massive Polizeipräsenz zurückzuführen sein.

Von fast allen großen Festplätzen melden Augenzeugen, dass sich dieses Mal kaum noch Frauen hingetraut hätten. Das war sehr kooperativ von den jungen Damen, denn wo keine Frauen sind, da kann sie auch keiner belästigen oder vergewaltigen.

Damit ist das Abendland dem Morgenlande schon wieder ein Stück nähergerückt in unserer „globalisierten, offenen Welt“. Im Orient bleiben züchtige Frauenzimmer ja auch zu Hause, wenn sich ihre Männer draußen amüsieren. Wer von ihnen ohne männliche Aufsichtsperson vor die Tür geht, hat selber Schuld.

Als Schlussstein von mehr als 200 Jahren Frauenbewegung in Europa (Es begann mit der „Erklärung der Frauen- und Bürgerinnenrechte“ durch die Französin Olympe de Gouges 1791) ist dieses „Zuhausebleiben“ allerdings kein Schmuckstück, weshalb Leute, die Feminismus und Multikulti gleichermaßen propagieren, Bauchgrimmen davon bekommen. Daher sollen auch die Frauen eben gerade nicht zuhause bleiben. Berlins Bürgermeister Michael Müller fordert alle Bürger auf, nach dem mörderischen Lkw-Anschlag in seiner Stadt keine Angst zu zeigen. Es wäre fatal, wenn sie sich jetzt zuhause einschlössen. „Spiegel“-Autor Jan Fleischhauer wundert sich über diese „Empfehlung zum alltäglichen Heroismus“ aus dem Munde eines SPD-Politikers, der erst kurz vor Weihnachten einen neuen Mercedes erhalten habe, der über verstärkte Bodenplatten und schussfeste Fenster verfüge. Schau an!

Immerhin lesen wir in dem Magazin auch, dass unsere Sorgen wegen der Zuwanderer unbegründet seien, schlimmer noch: „Wer meint, obwohl dies seit Jahrzehnten jede seriöse Statistik widerlegt, dass Ausländer irgendwie doch krimineller seien als Deutsche, … der folgt Parolen ohne Wahrheitsgehalt und hat als Bürger und Wähler die Pflicht, sich besser zu informieren.“

Und wo? Beispielsweise in der polizeilichen Kriminalstatistik für 2015, weil die für das vergangene Jahr noch nicht vorliegt. Dort steht, dass 27,6 Prozent der Tatverdächtigen Ausländer gewesen seien, während der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei nur 11,8 Prozent gelegen habe. Die durchschnittliche Kriminalitätsbelastung von Nichtdeutschen liegt demnach mehr als doppelt so hoch wie bei Deutschen. Dabei seien, wie der Sender RBB ergänzt, alle Straftaten, die (wie Einreise- oder Aufenthaltsvergehen) nur von Ausländern begangenen werden können, schon herausgerechnet worden.

Jetzt wird es kompliziert. Handelt es sich bei den Zahlen der Polizeistatistik nun um „Parolen ohne Wahrheitsgehalt“ oder um Informationen, die einzuholen wir „als Bürger und Wähler die Pflicht“ haben?

Egal, da muss man dann eben solange „differenzieren“, bis alles wieder „seriös“ klingt. Oder besser nicht, weil die Zahlen für bestimmte Zuwanderergruppen noch hässlicher werden könnten, wenn wir sie nach einzelnen Herkunftsregionen aufschlüsseln. Hängen in Deutschland lebende Kanadier denn überdurchschnittlich häufig im sozialen Netz fest, sind junge Männer aus dem Land des Karate häufiger gewalttätig als deutsche Jungmannen? Fallen hier wohnende Spanier öfter durch Raub und Diebstahl auf als Einheimische? Dreimal nein.

Differenzieren bringt also auch nichts. Daher lassen wir das lieber und beschimpfen jeden, der das Thema anschneidet, gleich als Rassisten, bevor das Schwein mit „Zahlen“ kommt.

MEINUNGEN

*Der Studioleiter des WDR-Hörfunks in Köln, **Lothar Lenz**, schaltete sich am 1. Januar mit einem für einen Staatssender ungewöhnlichen Kommentar in die Debatte um die **Polizeitaktik** zur Kölner **Silvesterfeier** ein:*

„Da waren sie wieder, die gewaltgeilen Männerhorden – aber diesmal wartete zum Glück genug Polizei … Deshalb ist es verfehlt, den Polizeieinsatz als ‚rassistisch‘ zu diffamieren. Nur weil die Beamten potenzielle Täter am Bahnhof auch nach ihrem Aussehen beurteilt und überprüft haben? Ja, wonach denn sonst?“

***Alexander Wallasch** nimmt auf „Tichys Einblick“ (2. Januar) die **Grünen** aufs Korn:*

„Eine politische Partei, die gegenüber der anwachsenden Migranten-Gewalt mit dem Finger auf die Polizei zeigt … (ist) politisch für alle Folgen dieses Ablenkungsmanövers verantwortlich. Von diesen Kräften im Lande kann man mit Fug und Recht sagen: Sie nehmen die nächsten Opfer billigend in Kauf.“

***Alexander Kissler** beklagt im „Cicero“ (30. Dezember), dass die **Grenzen der Meinungsfreiheit immer enger** gezogen würden, während die Staatsgrenzen offengehalten werden sollen:*

„Immer rigider wird auf eine scharfe Grenze zwischen Meinung und Hassrede, Politik und Populismus gedrängt, wobei leicht das Eine mit dem Anderen und das Tolerable mit dem Staatskonformen verwechselt wird. Gleichzeitig wird das Lob der Grenzenlosigkeit gesungen. Keine Grenzen soll es geben zwischen Deutschland und Österreich, Österreich und Italien, der EU und den sie umgebenden Meeren, zwischen Mein und Dein, dem Eigenen und dem Fremden, den Religionen und Kulturen. Welch törichter Tausch.“

***Karim Dabbouz**, im Ruhrgebiet geborener Autor arabischer Herkunft, beschuldigt in seinem Blog (1. Januar) die Multikulti-Beschwichtiger, am **„Generalverdacht“ schuld zu sein**, der nun jungen Nordafrikanern entgegenschlage, denn sie hätten die Falschen hereingelassen:*

„Sowohl der Islamismus als auch die religiös begründete männliche Gewaltkultur richten sich letztendlich gegen die Selbstbestimmung des Menschen. Ihre ersten Opfer sind immer die Schwachen. Jetzt lernen wir, dass wir dem nur mit Stärke etwas entgegensetzen können. Dabei ist uns die Freiheit längst abhanden gekommen. Diejenigen, die dies nicht sehen wollen, sind das eigentliche Problem.“

*Im Kampf der Politik gegen sogenannte **„Fake News“** (Falschmeldungen) sieht **Christian Ortner** in der Wiener „Presse“ (29. Dezember) nichts als einen Krieg **gegen die Meinungsfreiheit**, denn:*

„Jeder Versuch, staatliche Organe entscheiden zu lassen, was wahr und was falsch ist im Universum der Internetkommunikation, was erscheinen darf und was nicht, spielt letztlich all den autoritären Kontrollfreak-Regimes von China bis zum Bosporus in die Hand, die sich dann darauf berufen können, nicht anders als westliche Demokratien zu handeln. Wahrheitsministerien aber brauchen wir weder in Brüssel noch in Wien noch in Berlin.“